



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Das Ende des Balkanfluchs?  
Der schwierige Weg Kroatiens in Richtung  
Unabhängigkeit, Demokratie und Europa

Verfasser

Philipp Emanuel Hatzoglos, B.A.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (M.A.)

Wien, im Dezember 11

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Peter Gerlich

*Svjetlo je uvijek na kraju tunela.*  
Das Licht ist immer am Ende des Tunnels.

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	5
2. Ursachen für wiederkehrende Konflikte am Westbalkan .....	9
2.1. Erste historische Grundlagen nationaler Mythen Kroatiens bzw. Serbiens ..	10
2.2. Die lange Zeit Kroatiens und Serbiens unter Fremdherrschaft .....	12
2.3. Erster Versuch der Gegensatzüberwindung durch Zusammenschluss .....	18
2.4. Das Problem der strukturellen Dominanz Serbiens im 1. Jugoslawien .....	22
2.5. Blutiger Bürgerkrieg und kroatischer Ustašastaat .....	25
2.6. Das 2. Jugoslawien: Bestrafung, Neuaufbau und Verdrängung .....	29
2.7. Der Kroatische Frühling und die Verfassung von 1974 .....	34
2.8. Die letzten Tage Jugoslawiens .....	37
3. Der Weg Kroatiens in die staatliche Unabhängigkeit und Demokratie .....	41
3.1. Definition und Grundlagen demokratischer Staaten .....	44
3.2. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit .....	48
3.3. Kein friedlicher Anfang für Kroatien .....	51
3.4. Ein Situationsvergleich ehemaliger Föderationen Osteuropas .....	54
3.5. Die Ära Tudjman und Kroatiens Anfänge als Fassadendemokratie .....	57
3.6. Der Systemwandel aus zivilgesellschaftlicher Sicht .....	60
3.7. Die Konsolidierung der kroatischen Demokratie ab 2000 .....	63
3.8. Die Rolle und Reaktionen des Auslands .....	66
4. Vom Balkan nach Europa? Der Weg Kroatiens in Richtung EU .....	69
4.1. Geografische und etymologische Bestimmung des Balkans .....	70

4.2. Alte und die Entstehung neuer Balkanstereotypen .....	72
4.3. Vorstellungen von Europa in Kroatien bzw. <i>am Balkan</i> .....	75
4.4. Problemstellungen im kroatischen EU- Beitrittsprozess .....	79
4.5. Die letzten Schritte bis zur Mitgliedschaft Kroatiens .....	82
4.6. Die EU- Perspektiven des Westbalkan im Überblick .....	85
5. Resümee .....	88
6. Abbildungen .....	92
7. Anhang .....	99
8. Abkürzungen und Hinweise .....	100
9. Literatur- und Quellenverzeichnis .....	102
9.1. Internetquellen .....	105
10. Abstract (deutsch/englisch) .....	107
11. Lebenslauf .....	111
12. Persönliche Erklärung .....	112

# 1. Einleitung

Der Begriff *Transformation* versucht ein angeblich länderübergreifendes Phänomen in ein Wort zu fassen, dass die politische Landkarte der Welt vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark und nachhaltig verändert hat. Waren es anfangs vor allem Militärdiktaturen in Lateinamerika, Süd(ost--)asien und Südeuropa die zu Fall kamen, so zeigten sich auch unerwartete Liberalisierungstendenzen in anderen als *undemokratisch* eingestuften Staaten der Welt. Länder des Nahen Ostens, Teile Sub-Sahara- Afrikas und schließlich sogar die sozialistische UdSSR sowie deren kommunistische Verbündete schienen sich der westlichen Vorstellung von Freiheit, Demokratie und einer kapitalistischen Werteordnung immer mehr anzunähern oder ganz zu öffnen. (vgl. Carothers 2002, S. 5ff.).

Man sprach von sogenannten *Demokratisierungswellen*<sup>1</sup>, die nun in gewisser Weise fast alle (noch) autoritären Staaten zu erfassen schienen und bis zum Ende des 20. Jahrhunderts schließlich das - zumindest formelle - Ende fast aller autokratischen Staatssysteme der Welt einleiteten. Das *westliche System* konnte sich anscheinend bewähren und hatte sich endgültig durchgesetzt.

Aus der wissenschaftlichen Beobachtung heraus ergab sich schließlich eine eigene Forschungsschule der *Transitologie* bzw. der *Transformationsforschung*<sup>2</sup>, die diesen vordergründig politischen Wandel von Staaten zunächst einheitlich zu untersuchen begann. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass viele der Annahmen analytisch zu eng gefasst bzw. größtenteils sehr vereinfachend waren und nur bestimmte Aspekte mitberücksichtigten. Regionale, historische, kulturelle, wirtschaftliche, soziale und andere Vorbedingungen der Gesellschaft in den von einem Systemwechsel offenbar betroffenen Staaten wurden meistens ausgeblendet oder deren Wichtigkeit negiert. So konnten stattdessen dutzende Länder in „*ein und demselben Topf*“ (Carothers) eines möglichst einleuchtenden Transitions- Paradigmas landen. Es ergaben sich

---

<sup>1</sup> Der Begriff wurde von Samuel P. Huntington geprägt. Die 3. *Demokratisierungswelle* schließt den Umbruch in Osteuropa meist mit ein, an anderen Stellen wird aber von einer 4. Welle gesprochen.

<sup>2</sup> Während die Begrifflichkeiten grundsätzlich synonym verwendet werden, werden sie mancherorts unterschieden. Dabei wird Transition z.B. eher dem wirtschaftlichen Systemwechsel zugeschrieben und Transformation dem politischen bzw. gesellschaftlichen Wandel. (vgl. Schweiger 2005, S. 19).

teilweise rasante, teilweise in Folge höchst unerwartete politische Entwicklungen. Die theoretische Forschung zeigte in der Praxis größere Lücken auf. Immer mehr Länder fanden sich in Grauzonen zwischen *wirklichen* Demokratien und Autokratien wieder. (vgl. Carothers 2002, S. 5 ff.).

Kritik an solchen Modellvorstellungen kommt daher vor allem von „Modernisierern“ oder Regionalexperten, die eine analytische Verkürzung langwieriger, oft Jahrzehnte andauernder Prozesse zugunsten eines scheinbar alles erklärenden Paradigmas bemängelten. Diese Vereinfachung gesellschaftlicher, politischer Prozesse geschehe vor allem, um an positive und möglichst sichtbare Ergebnisse gelangen zu können. Schließlich bedeutete die Einführung freier Wahlen und die Bildung neuer Parteien zunächst nur eine formelle Konsolidierung der Demokratie<sup>3</sup>. Die Schwierigkeiten des Wechsels vom Staatssozialismus zum Kapitalismus als wirtschaftliche Dimension der Gesamtproblematik wurden zudem erst durch den Fall Osteuropa bemerkbar.

Betrachtet man nun die Situation der Nachfolgestaaten des kommunistischen Jugoslawien, so kommt man tatsächlich nicht zu demselben Ergebnis wie in den oft beispielhaft herangezogenen *Transitionsländern* Lateinamerikas, Asiens oder auch Südeuropas. Es waren zumindest in Teilen wesentlich günstigere staatliche oder gesellschaftliche Vorbedingungen vorhanden. Die jeweilige Landeselite konnte sich in den meisten Fällen mit der vorhandenen Zivilgesellschaft arrangieren, und zwar innerhalb bereits lange Zeit vorher definierter Landesgrenzen. Außerdem betraf diese Transformation im Normalfall nur die politische Herrschaftsform, die Wirtschaftsform des Kapitalismus war hier größtenteils bereits vorher etabliert.

Doch selbst im Vergleich zum restlichen *Osteuropa*<sup>4</sup> zeigten sich in der Region des ehemaligen Jugoslawien erhebliche Unterschiede in der Abfolge der Geschehnisse einer Transformation auch resultierend aus regionalen Besonderheiten, die in der Forschung lange wenig Beachtung fanden. Hier war der Systemwechsel nicht bloß ein doppelter, d.h. sowohl das politische als auch das wirtschaftliche System wurden in Osteuropa ab 1989 gleichzeitig umgewälzt. Jugoslawien gesellte sich nämlich außerdem zu jenen Ländern hinzu, in denen ein Staat auch in einzelne nationale

---

<sup>3</sup> Im Gegensatz zu etwigen (versteckten) Demokratiedefekten, die noch lange unerforscht blieben.

<sup>4</sup> Zum besseren Verständnis Osteuropas als politischem Begriff vgl. Segert 2002.

Komponenten aufgelöst werden musste<sup>5</sup>. Jedoch verlief dieser Wechsel zumindest im Fall Ostmitteleuropas, aber selbst im Falle der Gründung Russlands, weitgehend friedlich und relativ schnell. Soziale Probleme und neue Schief lagen ergaben sich hier wie dort. Besonders die Arbeitslosigkeit oder bis dato unbekannte Formen der Korruption im Wirtschaftsleben machen so bis heute große Probleme Osteuropas aus, die jedoch weitgehend als (vorübergehender) Preis des Systemwandels und der neuen Freiheit hingenommen wurden. (vgl. Kornai 2006).

Es stellt sich somit zunächst die Frage, wieso gerade die Auflösung Jugoslawiens ab 1991 mehrere kriegerische, teilweise über Jahre andauernde Auseinandersetzungen zur Folge haben konnte und damit ein im negativen Sinne einzigartiges Beispiel des modernen Systemwandels im Europa nach zwei Weltkriegen darstellt.

Welche gesellschaftlichen und politischen Faktoren bzw. innere Ursachen können eine Rolle dafür gespielt haben, dass Gewalt, andauernder Hass und gegenseitige Ausgrenzung mit scharfen ethnische Trennlinien als die einzigen Auswege aus einer sozialistischen Föderation in einzelne unabhängige Nationalstaaten angesehen wurden? Warum wurde in Serbien trotzdem so lange an der Idee des *Brüderlichen Jugoslawien* festgehalten, völlig im Gegensatz zum hier hauptsächlich untersuchten Kroatien? Handelt es sich dabei insgesamt um ein über lange Zeit still tradiertes, später laut artikuliertes *post-jugoslawisches* Dilemma von einem Nebeneinandersein eigentlich sehr eng verwandter Völker ohne Aussicht auf ein soziales und politisches Miteinander oder lässt sich dieser Fluch in den aktuellen Zeiten und aufgrund der Entwicklungen insbesondere in Kroatien doch überwinden?

Die scheinbare Logik der Schlussfolgerungen einer Transformationsforschung stößt im Falle des ehemaligen Jugoslawien oft an ihre Grenzen<sup>6</sup>. Religion, Geschichte, mythenhafte Erzählungen, alte Ökonomiestrukturen oder andere gesellschaftliche, ethnische bzw. soziokulturelle Grundlagen der Gesellschaft stellen eine besondere Rolle bei der politischen, demokratischen Entwicklung und den *Staatskonflikten* dar, die Kroatiens Weiterentwicklung nach der proklamierten Unabhängigkeit über lange Zeit hinweg behinderten.

---

<sup>5</sup> Weitere Fälle Osteuropas: Tschechoslowakei, UdSSR.

<sup>6</sup> Dass man „die“ Transformationsforschung trotzdem nicht völlig verallgemeinern kann und es hier natürlich verschiedene Entwicklungen gibt, soll an anderer Stelle erklärt werden.

Um dies besser verstehen zu können ist es notwendig einen Rückblick auf dieses ehemalige Jugoslawien und seine (politische) Geschichte zu unternehmen, aus dem schließlich u.a. der Staat Kroatien hervorgegangen ist. Der erste Abschnitt der Arbeit ist ein wichtiger Rückblick auf der Suche nach Gründen für regionale Probleme und demokratische Defizite, aber auch ein Schritt den Unterschied zwischen Geschichte und nationalem Mythos als Politisierungsinstrument zu verdeutlichen.

Nationalistisch, undemokratisch bzw. „*uneuropäisch*“<sup>7</sup> anmutende Reflexe und weiter bestehende gesellschaftliche Problemlagen sind eng mit den alten innerpolitischen Vorgängen und Erfahrungen auch Ex-Jugoslawiens verknüpft. Schließlich resultieren vor allem aus den gemeinsamen Staatserfahrungen und einer quasi vorbelastenden Geschichte viele Beweggründe für scheinbar immanente Vorurteile und den Beginn konfliktreicher Auflösungsvorgänge in dieser Region. Hinzu kommen oft mythenhafte Erzählungen, die mit historischen Tatsachen und deren Konstruktionen vermenget werden. Im Zentrum der Untersuchung steht der „kroatisch-serbische“ Gegensatz als Kernelement dieser Gesamtproblematik.

Der zweite Teil der Arbeit soll sich daran anschließend mit dem Weg Kroatiens in die Unabhängigkeit und in Richtung Demokratie auseinandersetzen. Welche Hindernisse waren bereits zu erwarten, wie verlief der Weg in einen unabhängigen Nationalstaat? Wie schnell konnte sich eine Demokratie entwickeln, welche Ereignisse unterstützten oder hemmten das Ziel *am Ende des Tunnels*? Welche vergleichbaren Situationen gibt es im Rest Osteuropas? Wie sah die internationale Position aus?

Im dritten Teil der Arbeit soll schließlich der hürdenreiche Weg Kroatiens in Richtung EU- Mitgliedschaft untersucht werden. Stereotypen des Balkans und Europas sollen dabei auf den Grund gegangen werden, da sie oft selbst als ein Hindernis für eine rasche Entwicklung und gesamteuropäische Integration dienen können und zudem verschiedentliche Anwendung insbesondere in Kroatien fanden.

Abschließend stellt sich in diesem Sinne noch die Frage, ob Kroatien für sich oder sogar die gesamte Region Südosteuropa das Ende eines scheinbaren *Balkanfluches* einleiten konnte.

---

<sup>7</sup> Der Begriff *uneuropäisch* wird im Zusammenhang mit *dem Balkan* häufig benutzt, drückt jedoch an sich eine gewisse Überheblichkeit aus und ist daher unter Anführungszeichen gesetzt.

## 2. Ursachen für wiederkehrende Konflikte am Westbalkan

Ursachen für den gewaltvollen Zusammenbruch Jugoslawiens findet man vor allem in seiner komplexen Geschichte<sup>8</sup>. Diese im geschichtspolitischen Zusammenhang zu betrachten macht in Fächern wie den Politikwissenschaften einen Sinn, auf jeden Fall solange dadurch die Widerspiegelung alter Klischees und Ressentiments auf einer heutigen (sozialen) Ebene erkennbar sind und daraus dauerhafte Problemfelder im politisch Bereich oder aktuelle Machtkonstellationen resultieren. Gleichzeitig müssen andere wie z.B. religiöse, kulturelle, ethnische, wirtschaftliche oder soziale Faktoren zumindest in Teilen berücksichtigt werden, da sie hier ebenfalls Grundlagen späterer politischer Konflikte bilden und Einfluss auf das Entwicklungspotential Kroatiens als einem eigenständigen Nationalstaat, einer allgemein anerkannten Demokratie oder einem vollwertigen Partner im geeinten Europa haben. Wie erwähnt wurden derartige Aspekte in der Transformationsforschung jedoch lange Zeit stark vernachlässigt. (vgl. Carothers 2002).

Gerade das Beispiel Jugoslawien mit dem Ausbruch der Gewalt in Europa und seiner schwierigen Auflösung in nationale Elemente zeigt die Wichtigkeit, hier ergänzende Herangehensweisen und tiefergehende Erklärungsmuster für diesen spezifischen Systemwandel aufzustellen. Schließlich ist der Übergang in einen unabhängigen und demokratischen Staat Kroatien tatsächlich nicht mit einer einfachen diesbezüglichen Erklärung erfolgreich abgeschlossen worden.

Außerdem soll durch eine nähere Beschäftigung mit den innersozialen Konflikten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien eine von außen nachvollziehbare „Ursache und Wirkung“- Logik hergestellt werden, die zumindest ein gewisses Verständnis für weiterbestehende Probleme schaffen könnte. Eine über lange Zeit vorherrschende *„Erklärung des Nichteuropäischen des Balkans als Grundlage für die Politik der Nichteinmischung“* (Todorova 1999, S. 262) und damit eine Abkehr des restlichen Europa wäre somit der falsche Weg. Im Gegenteil sollte eine nähere Beschäftigung

---

<sup>8</sup> Und v.a. den daraus im Verlauf resultierenden (nationalen) Mythen.

mit den Konflikten „von außen“ geschehen, da es sich beim sogenannten *Balkan* und seinen Ländern nicht nur geographisch zweifelsohne um einen Teil Europas handelt.

## 2.1. Erste historische Grundlagen nationaler Mythen Kroatiens bzw. Serbiens

Nach wie vor ist die Herkunft der Kroat/innen eine wissenschaftlich teils umstrittene Frage, wodurch Spekulationen aber auch einer nationalen Mythenbildung ein großer Raum zur Verfügung gestellt wird.

In einigen Quellen wird ihr Ursprung im heutigen Iran angenommen. Dies würde etwa durch Schriften bereits aus der Zeit vor Christus belegt, die im Raum des Schwarzen Meeres gefunden wurden. Ihr Weg führte sie demnach nach einer Zwischenetappe dort weiter über die Westkarpaten und einige Jahrhunderte später schließlich in die römische Provinz Pannonien, die zu der Zeit vorwiegend von den Awaren beherrscht wurde, sowie an die östliche Adriaküste Dalmatiens. (Strohmaier 2004, S. 21). Diese Hypothese wird vor allem von einigen kroatischen Wissenschaftler/innen vertreten. Eine andere Annahme betrachtet die Wanderungen der Kroat/innen sogar als eine Heimkehr in ihre ursprüngliche Heimat, während weitere Quellen überhaupt von einer illyrischen Abstammung ausgehen. *„Entscheidend an den verschiedenen Herkunfts- und Migrationstheorien der Kroaten ist, daß (!) eine klare Unterscheidung zu den Serben vorgenommen wird.“* (zit. Strohmaier 2004, S. 22).

Die Herkunft der Serb/innen wird oft in Kleinasien und/oder im Kaukasus vermutet. Nichtsdestotrotz wird meist zumindest von einer gemeinsamen slawischen Herkunft ausgegangen. Jedenfalls belegt ist, dass diese Völker<sup>9</sup> zur selben Zeit den gleichen innereuropäischen Grenzraum zu besiedeln begannen.

*„Jugoslawien (Südslawien) ist über lange Jahrhunderte hinweg ein Grenzland. Bereits in der Spätantike verläuft hier an der Drina die wichtige Grenze zwischen dem west- und oströmischen Reich, zwischen dem römisch-katholischen und dem orthodoxen Christentum.“* (<http://fiffoost.org/jugoslaw/land/geschichte.php>, Abruf: 13.10.2011).

---

<sup>9</sup> Oder eben doch ein Volk, das sich im Laufe der Zeit und aufgrund der politischen Umstände spaltete.

So fanden zwischen 300 und 700 n. Chr. „*Wanderungen der slawischen Völker (u. a. Serben, Kroaten, Slowenen, Bulgarien und Makedonier) auf die Balkanhalbinsel statt.*“ (dies., Abruf: 13.11.2011). Sie besiedelten fortan einen Raum, der vorher nur teilweise und meistens spärlich von Illyrern besiedelt war und bis dahin zumindest nominell noch unter griechischem bzw. römischem Machteinfluss gestanden hatte. Tatsächlich lag die Gewalt zu der Zeit aber bei den Awaren, einem wenig erforschten asiatischen Reitervolk. Eine neuere Hypothese geht davon aus, dass die Kroat/innen bzw. Serb/innen im Kampf gegen die Awaren von Byzanz bzw. dem im Untergang befindlichen (West-) Rom zur Hilfe gerufen wurden. Außerdem hatte in späterer Folge das Frankenreich Gebietsinteressen, die es mit Hilfe von außen zu verteidigen galt. (vgl. Strohmaier 2004, S. 22).

Da sich die slawischen Völker nicht rasch genug auf eine gemeinsame Linie einigen konnten - oder weil sie einfach tatsächlich voneinander unabhängig agierten<sup>10</sup> - vor allem aber wahrscheinlich aufgrund der in dieser Region kollidierenden Interessen genannter Mächte entwickelten sich nun zwei voneinander unabhängige Königreiche mit jeweils relativ kurzer Lebensdauer. Diese sollten allerdings zu einer wesentlichen Grundlage kroatischer und serbischer Nationalismen werden und sich insgesamt sehr gut als Mittel zu einer politischen Instrumentalisierung dieser Völker sowie ihrer (politischen) Trennung eignen. „*Sowohl in der serbischen als auch in der kroatischen nationalen `Wiedergeburt` spielte die Berufung auf mittelalterliche Königreiche eine zentrale Rolle; die Serben konstruierten eine Kontinuität zwischen ihren aktuellen nationalen Bestrebungen und dem orthodoxen Königreich unter der Nemanjiden-Dynastie, welches zu Beginn des 13. Jahrhunderts aufblühte und Mitte des 14. Jahrhunderts, noch vor den osmanischen Eroberungen, in Territorien widerstreitender Adelsclans zerfallen war. Kroatische Vordenker beriefen sich auf ein katholisches Königreich unter der Trpimir-Dynastie, das nach kurzer Blütezeit Ende des 11. Jahrhunderts seine selbstständige Existenz einbüßte und in Ermangelung eines Thronfolgers eine Personalunion mit Ungarn einging.*“ (Buchenau 2004, S.41). Nach einem gescheiterten Versuch Fürst Ljudevits noch unter der Frankenherrschaft gelang es Fürst Branimir im Jahr 879 schließlich, als Herrscher Kroatiens anerkannt

---

<sup>10</sup> Diese Annahme wird vor allem durch nationale Mythen Kroatiens bzw. tlw. Serbiens vertreten.

zu werden. 925 wurde dann Fürst Tomislav mit dem Segen des Papstes König von Kroatien. Seine Dynastie konnte sich rund 150 Jahre erfolgreich an der Macht halten. Neben der „Rückeroberung“ Dalmatiens von Byzanz gab es in dieser Zeit weitere Gebietsgewinne. *„Auch das Territorium Bosniens wurde von Tomislav beherrscht. Bis heute gilt dies als die ruhmreichste Epoche der kroatischen Geschichte. Sie dient auch als Beweis für das Recht der Kroaten auf einen eigenen Staat. [...] Diese kroatische Glanzzeit war jedoch nicht von langer Dauer.“* (zit. Strohmaier 2004, S. 23).

## 2.2. Die lange Zeit Kroatiens und Serbiens unter Fremdherrschaft

Aufgrund des Fehlens eines kroatischen Machthabers fiel der Großteil des Landes an König Ladislaus I. von Ungarn. Die kroatisch besiedelten Regionen entlang der Küste wie etwa die Stadt Dubrovnik bzw. Dalmatien gingen dagegen an Venedig. In diesem Zusammenhang ist auch eine unterschiedliche Entwicklung Binnen- und Küstenkroatiens zu beobachten, die in Folge oft als ein zu überwindender innerer Gegensatz empfunden wurde. Gleichzeitig wird auch die These aufgestellt, dass sich diese zwei Teile Kroatiens wiederum nicht einigen konnten und keinen gemeinsamen Vertreter aufstellen *wollten*. Schlussendlich sahen die Binnenkroat/innen nur eine Lösung in einer Personalunion mit Ungarn, während sich die Küstenkroat/innen an Venedig bzw. der päpstlichen Macht orientierten. Dies geschah wiederum, weil Rom nach der Kirchenspaltung in dieser Region Verbündete gegen die Orthodoxie suchte und Dalmatien deswegen aktiv zu unterstützen begann. (Strohmaier 2004, S. 24 f.). Sowohl im Falle Binnen- als auch Küstenkroatiens begann nun aber eine lange Zeit der Fremdherrschaft, die sich allerdings unterschiedlich intensiv äußerte und daher nicht immer als solche interpretiert wird. Vor allem die Religion galt anfangs noch als verbindendes Element, weniger die Idee der Nation. Eine nationale Abgrenzung von den Fremdmächten und eine Homogenisierung der Kroat/innen fanden nur begrenzt statt. (Buchenau 2004, S. 40).

Einige Regionen Kroatiens verblieben teilweise über viele Jahrhunderte bis ins Jahr 1918 ohne erwähnenswerte Widerstände im österreichisch- ungarischen bzw. auch im italienischen Machtbereich. Jedoch gab es hier oft einen gewissen Unmut, da sich

vor allem die adeligen Kroat/innen von ungarischer Seite übergangen fühlten. Diese gewährten Kroatien zwar einen Sonderstatus samt Selbstverwaltung und eigenem Landtag<sup>11</sup>, allerdings hatte dies in der Praxis der Machtausübung wenig bis kaum Bedeutung.

Ähnlich und doch etwas anders stellte sich die Situation der Serb/innen dar. Der oben erwähnte serbische mittelalterliche Staat hatte die Errichtung eines eigenen orthodoxen Erzbistums zur Folge. Nemanijas Sohn Rastko erwirkte dies 1219 beim Patriarchen in Nicea, nachdem er auf dem Berg Athos zum Mönchen Sava geworden war. *„Erst die Unabhängigkeit der Kirche vollendet die Unabhängigkeit des Königreichs – während der erste serbische König seine Krone noch von einem Legaten des Papstes empfangen hatte, werden seine Nachfolger bereits durch den ‚eigenen‘ Erzbischof in Žiča gekrönt. Und obwohl die Serben im Raum des heutigen Serbiens seit der Landnahme unter byzantinischem Einfluss standen, kann erst nach der Erlangung kirchlicher Unabhängigkeit von einer festen Verankerung des östlichen Christentums gesprochen werden. [...] Die Könige traten als Beschützer und Beschenker der Kirche auf, mischten sich aber auch in kirchliche Angelegenheiten und nutzten die orthodoxe Staatskirche politisch.“* (Buchenau 2004, S. 41f.).

Nach einer Expansion des serbischen Reiches unter Dušan über Makedonien und Montenegro bis hin zur griechischen Peloponnes und nach Bulgarien zerfiel dieses aufgrund von Streitigkeiten jedoch wieder in einzelne Einflusssphären.

Ab dem 14. Jahrhundert drangen schließlich die Osmanen immer weiter in Richtung Zentraleuropa vor. 1389 wurden die Serben in der *Schlacht am Amselfeld*<sup>12</sup> von den türkischen Truppen vernichtend geschlagen, was später den Stoff für einen weiteren Kernmythos der serbischen Nationalitätsfindung bilden sollte.

Schrittweise wurde serbisches Territorium unter die Herrschaft der Osmanen gestellt. Insofern befanden sie sich in einer ähnlichen Situation wie die Kroat/innen. Jedoch gab es den wesentlichen Unterschied, dass die eigene Glaubensgemeinschaft nun nicht nur hierarchisch zumindest zeitweise der griechisch-orthodoxen Linie unterstellt

---

<sup>11</sup> kroat. *Sabor*

<sup>12</sup> serb. Kosovo-Polje.

war, sondern überhaupt die Besatzungsmacht von einem muslimischen Imperium ausging. Lediglich serbische Bergstämme in Montenegro und *Hayduken*<sup>13</sup> leisteten teilweise erfolgreichen Widerstand gegen den politischen Einfluss des Osmanischen Reiches. Andererseits wurden der orthodoxen Kirche durch den Sultan aufgrund des Millet-Systems weitreichende quasi-staatliche Autonomie und Selbstverwaltung ihrer Untertanen gewährt. Schließlich wurde das Patriarchat von Peć 1557 wiedererrichtet und deren Einflussgebiet bis hin zur Westgrenze des Osmanischen Reiches in die eroberten Territorien Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens<sup>14</sup> oder Südungarns erweitert. Man erhoffte sich seitens der Türk/innen neben einer „Ruhigstellung“ der örtlichen Serb/innen vor allem der katholischen Kirche samt dem Papst zumindest in der eigenen Machtsphäre einen Riegel vorschieben zu können. *„In der kroatischen Geschichtsschreibung wird daher die serbische Orthodoxie gerne als Profiteurin und Kollaborateurin des Osmanischen Reiches dargestellt [...].“* (Buchenau 2004, S. 43). Tatsächlich gab es seitens der serbischen Patriarchen aber immer wieder geheime Kooperationen mit Wien, Rom oder Moskau, die nicht selten mit dem Tode bestraft wurden. Patriarch Arsenije III. Crnojević half so der habsburgischen Offensive nach der dritten Türkenbelagerung Wiens 1683 und musste sich wenige Jahre später mit diesen zusammen in Richtung Norden zurückziehen um der osmanischen Bestrafung zu entgehen. Gleichzeitig machten sich einige serbische Familien auf denselben Weg und siedelten sich dauerhaft in den Süd- und Ostteilen des Habsburgerreiches an. Das Patriarchat geriet infolge dessen wieder unter griechische Oberhoheit. Der vorwiegend niedere slawische Klerus Serbiens wurde erst wieder in später initiierten Nationalbewegungen von Bedeutung. *„Durch den Frieden von Karlowitz (1699) und Passarowitz (1718) wurde die Save-Donau-Linie zur grenze (!) zwischen den Serben unter österreichisch-ungarischer und osmanischer Herrschaft.“*

(<http://fiffoost.org/jugoslaw/land/geschichte.php>, Abruf: 5.11.2011).

Die orthodoxen „Überläufer/innen“ erhielten durch die nun geschaffene Metropole Karlowitz innerhalb des Habsburgerreiches durch Kaiser Leopold I. Autonomierechte und wurden größtenteils Wehrbauern an der Militär- und Reichsgrenze. Insgesamt

---

<sup>13</sup> Räuberkrieg, später (verklärt) als „Freiheitskämpfer des Balkans“ bezeichnete Banden.

<sup>14</sup> Die Osmanen hatten zeitweise auch kroatisches Land erobert, hier z.B. in Slawonien, Dalmatien.

hat die serbisch-orthodoxe Kirche weitestgehend die Funktion eines Staatsersatzes in den serbisch besiedelten Gebieten erfüllt.

*„Beim kroatischen Katholizismus gab es dagegen keine vergleichbaren Strukturen.“* (Buchenau 2004, S.45). Im mittelalterlichen Königreich der Kroaten lag die politische Macht zwar durchaus für seine Zeit in eigenen Händen, die kirchliche Gewalt wurde jedoch von den romanischen Bischöfen Dalmatiens ausgeübt. Weiters wurde das Bistum Zagreb im Zuge der Personalunion im 11. Jahrhundert insofern von Anfang an entmachtet, als dass die ungarischen Könige lange das alleinige Privileg hatten den Bischof zu ernennen. Die direkte und freiwillige Unterstellung Kroatiens unter die Habsburgerherrschaft ab dem Jahr 1527 änderte im Grunde nichts an dieser Politik. Das Ziel der Habsburger war es vor allem, eine Militärgrenze gegen die Osmanen zu errichten. Die Kroat/innen selbst spielten nur eine untergeordnete Rolle dabei, und so konnten die Ungarn ihre Macht vor Ort weiterhin ausüben. Verstärkt wurde diese Situation nochmals durch einen Machtausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Dieses Machtgefüge änderte sich erst mit dem Zerfall des Habsburgerreiches 1918. (Strohmaier 2004, S. 28 ff.).

Aber auch Rom erwies sich auf Dauer als kein Förderer der kroatischen Sprache und Kultur. *„Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts reagierte die katholische Hierarchie auf die nationale Unruhe bei den katholischen Slawen und versuchte, ihr nationales Defizit zu mildern. 1880 sprach Papst Leo XIII. die Slawenapostel Kyrill und Method heilig; [...] betonte er mehrmals die enge Verbindung zwischen den Slawen und dem Heiligen Stuhl.“* (Buchenau 2004, S.46).

Josip Juraj Strossmayer und Franjo Rački entwarfen eine ‚kyrillomethodianische Idee‘, die die Gemeinsamkeiten der christlichen Slawen vor der Kirchenspaltung 1054 hervorheben sollte. Jedoch scheiterte diese Vorstellung einerseits, weil die katholische Kirche später dadurch die Unfehlbarkeit des Papstes in Frage gestellt sah. Andererseits gab es sowohl auf Seiten der Katholiken wie auch der Orthodoxen die Befürchtung, dass eine jeweilige Bekehrung durch die andere Seite eine Folge gewesen wäre. Einige Katholik/innen argumentierten tatsächlich damit, dass die Ostkirche endlich *heimgeholt* werden müsse, während viele Serbisch- Orthodoxe der Überzeugung waren, sie würden sich nicht ihre erkämpfte, eigenständige Identität

nehmen lassen und ein/e Slawe/in könne nur im orthodoxen Glauben „*Unterstützung für seine Nationalität finden*“. (ders. 2004, S.48).

Auf staatlicher Ebene bedeutete das 19. Jahrhundert nach einigen nicht dauerhaft erfolgreichen serbischen Aufständen gegen die osmanische Vorherrschaft die große Wende. Diese geschah in mehreren Schritten, zuerst ab 1804 mit der Erlangung innerer Autonomie im Osmanischen Reich, 1830 mit dem Autonomen Fürstentum Serbien, 1835 mit der ersten Verfassung, 1867 mit der Unabhängigkeit nach Abzug der letzten türkischen Truppen und 1878 durch die internationale Anerkennung Serbiens am Berliner Kongress<sup>15</sup>. „*Während in der volkstümlichen Vorstellung die serbische Nation eng mit der Orthodoxie und den orthodoxen Sava- und Kosovo-Kulten verbunden war und blieb, setzte sich bei den gebildeten Serben im Habsburgerreich schon Ende des 18. Jahrhunderts allmählich ein säkularistisches Weltbild durch, in dem zwar die historische Rolle der Orthodoxie beim ‚Erhalt‘ des serbischen Volkes gewürdigt wurde, man ihr aber eine politische führende Rolle in der Gegenwart absprach. Das dominierende, bis ins 20. Jahrhundert wirksame Nationalprogramm Vuk Karadžićs definierte das Serbentum über die Sprache, nicht über die Religion. Demnach waren alle Sprecher des štokavischen Dialekts Serben – also auch Montenegriner, bosnische und Sandžak-Muslime sowie der Großteil der Kroaten.*“ (Buchenau 2004, S.51). Die orthodoxe Kirche hatte für viele Serben seit 1878 tatsächlich ihren Platzhalterdienst erfüllt und wurde 1882 mit der Gründung des Königreichs Serbien vom Fürsten Milan Obrenović gegen den Widerstand des Metropoliten Mihailo in eine Art staatlicher Agentur verwandelt, die ohne Zustimmung der politischen Führung keine Strukturänderung mehr vornehmen durfte.

„*In beiden großen Balkanvölkern - Kroaten und Serben - entsteht im 19. Jahrhundert die Idee, alle südslawischen Völker, die sich ihrer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft bewußt (!) sind, in einem Staat zu einen. 1878 wird Serbien unabhängig. Nun wird angestrebt, alle auf dem Balkan lebenden Serben - z. B. in Kroatien, Slawonien und Südungarn - in einem großserbischen Reich zu*

---

<sup>15</sup> Natürlich wurde diese Entwicklung erst aus einem Zusammenspiel verschiedenster Faktoren möglich. Dazu gehört neben der Erstarkung der nationalen Idee die Systemschwäche des Osmanischen Reiches (*kranker Mann am Bosphorus*), aber auch der Einfluss anderer Mächte wie England, Russland, Deutschland oder dem Habsburger Reich. Vgl. dazu z.B. Mazower 2002, S.145ff.

*vereinigen und weitere südslawische Völker zu integrieren. Dies weist voraus auf den Staat von 1918 und 1945, auch auf das serbische Ziel in den Jahren von 1991 bis 1995, alle Serben in einem Staat zusammenzufassen (siehe Krajina und bosnische Serben).“* ([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 11.11.2011).

In den Balkankriegen von 1912 und 1913 wird das geschwächte Osmanische Reich endgültig aus Südosteuropa verdrängt. Die Region Makedonien wird unter Serbien, Griechenland und Bulgarien aufgeteilt. Kroatien, das sich wie Slowenien nach wie vor jedoch (noch) unter Fremdherrschaft befindet, sympathisiert bereits in Teilen mit einem südslawischen Zusammenschluss. Demgegenüber gibt es aber auch von Anfang an Gegner/innen dieser Vereinigung, vor allem aus dem langsam erstarkenden nationalistischen Lager Kroatiens. Die katholische Kirche, die im Gegensatz zur orthodoxen Kirche zwar kaum staatsstiftend fungiert hatte, bildete dafür eindeutige Grundlage des intellektuellen und kulturellen Lebens in Kroatien. Und *„auch wenn die kroatische katholische Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg politisch nicht sehr erfolgreich war und sich eine christ- demokratische Tradition kaum entwickelte, gab sie doch das Modell einer Synthese von nationaler Politik und katholischer Soziallehre vor, an welches in der Zwischenkriegszeit wie auch in der Endphase des zweiten jugoslawischen Staates teilweise angeknüpft wurde.“* (Buchenau 2004, S. 53). Die serbisch-orthodoxe bzw. katholische Kirche blieben - wenngleich auf unterschiedliche Weise – trotz dieser scheinbaren Veränderungen die zentralen Anknüpfungspunkte zur Erfüllung der eigenen sozialen und politischen Interessen, vor allem wo eine eigene staatliche Vertretung lange Zeit einfach gefehlt hatte.

Die als trennende konstruierten Elemente dieser beiden christlichen Religionslehren werden in dieser Tradition bis heute vor allem für eine gegenseitige Abgrenzung der Kroat/innen und Serb/innen in einem nationalen Sinn hinzugezogen. Sie dienen auch in areligiösen Zeiten unterstützend für eine nationale Mythenbildung, vorangetrieben oder eingedämmt durch die Eliten der Region, wie im Folgenden aufgezeigt werden soll.

### 2.3. Erster Versuch der Gegensatzüberwindung durch Zusammenschluss

Die Idee der Nationalstaaten stammt aus der Zeit der Französischen Revolution, als das Konzept der Freiheit und des Rechts jeder Nation auf seine eigene gewählte Regierung erstmals ganz konkrete Formen annahm. Langsam begannen die alten feudalen, oft multiethnischen Reiche zu bröckeln und sich Länder in ihren national-ethnisch definierten Grenzen durchzusetzen. Deutschland und Italien sind bekannte Beispiele dafür. Auch in Südeuropa wurden die *fremden Mächte* mittels Revolutionen teilweise relativ rasch verdrängt. Neben Griechenland, das ab 1821 erfolgreich seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich erkämpften konnte, schlugen auch die südslawischen Völker einen ähnlichen Weg ein<sup>16</sup>. Hier waren es zunächst vor allem die Serb/innen, die vergleichsweise früh einen Nationalstaat etablieren konnten und sich aber (noch) zwischen zwei multinationalen Großmächten in einer Art politischer Zange befanden. Nationale und imperiale Interessen überlappten sich so weiterhin in Südosteuropa, einzelne Staats- und Reichsgrenzen wurden durch verschiedenste Konflikte andauernd verschoben. (Trgovčević 2006, S. 3).

Die nationale bzw. nationalistische Vorstellung am Balkan war besonders anfangs eher pluralistisch, da sie im Gegensatz zu anderen neuen Nationalstaaten in Europa im Grunde unterschiedliche ethnische Gruppen miteinander vereinigen wollte. Die Religion sollte in diesem Zusammenhang vorerst aber nur mehr insoweit eine Rolle spielen, als dass sich nun die christlichen Völker der südosteuropäischen Region gegen die muslimische Fremdherrschaft zusammengeschlossen hatten. (Trgovčević 2006, S.4). *„In den Balkankriegen von 1912/13 gelingt es den südslawischen Staaten, die Türken aus Europa hinauszudrängen. [...] Der Sieg über die Türken wird auch als Befreiung der christlichen Religionen gesehen.“*

([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 16.11.2011).

Trotz der Vorbehalte vor allem einiger Kroat/innen gegen eine nationale Vereinigung der Südslaw/innen konnten sich so verschiedene Balkanbewegungen herausbilden, die schlussendlich vor allem vom nun unabhängigen Serbien ausgehen konnten.

---

<sup>16</sup> Der *Balkan* wurde jedoch besonders in dieser Zeit im Grunde oft zum „Spielball der Großmächte“.

Erste Programme beinhalteten lediglich die Idee, die teilweise staatlich getrennten Serb/innen in einer großen neuen Nation zu vereinigen. Schließlich wurden in dieser Idee aber auch andere Südslaw/innen inkludiert<sup>17</sup>. Eine weitere Bewegung, der *Pan-Balkanismus*, befürwortete überhaupt die Miteinbeziehung des gesamten Balkans inklusive dem nichtslawischen Griechenland und Rumänien.

Das Hauptargument der Pragmatiker/innen war, dass solche Vereinigungen einen Schutz vor den teils noch bestehenden Großmächten oder anderen möglicherweise wieder auftretenden Fremdinteressen bieten würden. Weiters diente die geografische Lage der Länder zueinander bzw. das gemeinsame slawische Erbe als ein wichtiger Beweis dafür, dass Herkunft, Sprache, Traditionen und sonstige Gepflogenheiten einen gemeinsamen Ursprung haben müssten. Selbst in Kroatien wurden langsam die kritischen Stimmen gegenüber den eigentlichen Fremdmächten lauter und diese richteten sich nun besonders gegen eine ungarische Vorherrschaft.<sup>18</sup> Die nun von Kroatien aus begründete *Illyrische Bewegung* fand größere Zustimmung selbst außerhalb der kroatisch besiedelten Gebiete. Deren ideologischer Ursprung findet sich bereits in der Zeit Napoleons, als dieser für wenige Jahre Kroatien als *Illyrische Provinz* vom Habsburgerreich trennen konnte. Ein Ziel war die Vereinigung und vor allem Selbstständigkeit der Südslaw/innen, wenn auch unter kroatischen Vorzeichen. (vgl. Strohmaier 2004, S. 47 ff.).

In Slowenien wurde man sich ebenfalls einer Fremdherrschaft bewusst. Somit wurde selbst außerhalb Serbiens vermehrt nach *jugoslawischen* Gemeinsamkeiten gesucht, wenngleich unter teilweise unterschiedlichen Machtvorstellungen. Es bildeten sich Universitätsvereine im Ausland, während sich am *Balkan* zahlreiche Student/innen, Schriftsteller/innen, Journalist/innen und andere Gruppierungen als *jugoslawisch* zu bezeichnen begannen.

Trgovčević beschreibt die gemeinsamen Charakteristika der verschiedenen Balkan- bzw. Südslawischen Konzepte, die schließlich später zu einem gemeinsamen Staat führen sollten. Sie werden an dieser Stelle sinngemäß wie folgt wiedergegeben (vgl. dazu Trgovčević 2006, S.7):

---

<sup>17</sup> Jugoslawismus (Serb/innen, Kroat/innen, Slowen/innen) oder Südslawismus (inklusive Bulgaren)

<sup>18</sup> Nach dem Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn waren letztere wieder verstärkt tonangebend in den Balkanbesitzungen des Gesamtreiches.

- Der Wunsch sich mit jenen Christ/innen zu vereinigen, die nach wie vor unter osmanischer bzw. sonstiger Fremdherrschaft standen.
- Die Anstrengung, die Südslaw/innen allgemein in einem Staat zu vereinen. Bulgarien verabschiedete sich von dieser Idee, nachdem es im 2. Balkankrieg Teile Mazedoniens an Serbien und Griechenland verloren hatte. Somit betraf dies von da an v.a. Serbien, Kroatien und Slowenien.
- Eine politische Verbindung mit Griechenland und Rumänien wurde zwar öfters in Aussicht gestellt, jedoch von Anfang an dahingehende Bestrebungen kaum in wirkliche Taten umgesetzt.
- Albaner/innen wurden als eigene ethnische Gruppe und Nicht-Slaw/innen kaum berücksichtigt, jedoch gab es aufgrund territorialer Überschneidungen mit diesen zumindest kleinere Verbindungspunkte.
- Mazedonien wurde zu dieser Zeit weitestgehend nicht als eigene ethnische Einheit, sondern als ein bloßes Territorium zwischen Serbien und Bulgarien verstanden.
- Montenegro wurde als ein serbischer Staat angesehen und seine Teilnahme an einer größeren südslawischen Gemeinschaft schien unbestritten.
- Südslawische Moslems wurden nicht als eine eigene Nationalität verstanden. Sie wären ohnehin slawischen Ursprungs<sup>19</sup> und seien nur vorübergehend von ihrer christlichen Religion und von ihrer kroatischen bzw. serbischen Heimat abgekommen.

---

<sup>19</sup> Im Gegensatz zu den Osmanen.

Durch die neuen *jugoslawischen* Eliten im In- und Ausland<sup>20</sup> konnten entsprechende Ideologien schneller verbreitet werden und eine eigene nationale Identität wurde so schneller erschaffen. Insgesamt setzte sich so vor dem Ausbruch des 1. Weltkriegs bereits folgende einheitliche These weitgehend durch:

Es handle sich bei den Südslaw/innen um ein Volk aus drei Stämmen, also eine Nation mit drei Namen. Die Sprache wurde wieder vermehrt als dieselbe verstanden. Slowenien hatte zwar eine ausgesprochen eigene Variante, aber besonders die Serb/innen und Kroat/innen hatten in der langen Zeit der Fremdbeherrschung lediglich verschiedene Dialektausprägungen entwickelt, die in der Realität tatsächlich oft kaum bis nicht variierten. Diese Sicht wurde von verschiedenen *jugoslawischen* Politiker/innen wiederholt aufgegriffen um dieses neue Selbstverständnis zu stärken. Selbst Verfechter der kroatischen nationalen Interessen wie Frano Supilo verfolgten die Idee der Vereinigung der Südslaw/innen mit der Begründung, dass trotz aller Unterschiede in Religion, Kultur und Tradition die Serb/innen und Kroat/innen an sich dasselbe ethnische Volk seien. Diese Meinung teilte schließlich nicht nur vor allem die Jugend, sondern mittlerweile überhaupt die Bevölkerungsmehrheit. (Trgovčević 2006, S. 12 f.).

Währenddessen spitzte sich die Lage zwischen Serbien und dem Habsburgerreich zu. Offen zeigte sich dies etwa durch „feindliche Gesten“ wie einer Viehimportsperr durch Österreich oder die Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908 an die Habsburger. Schließlich kam es 1914 zum tödlichen Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo durch den serbischen Nationalisten Gavrilo Princip. Daraufhin erklärte Österreich Serbien den Krieg, in welchen aufgrund verschiedenster Interessen und Konflikte nach und nach alle weiteren Großmächte eintraten. (<http://fiffoost.org/jugoslaw/land/geschichte.php>, Abruf: 16.11.2011).

Dies gab einer gemeinsamen Staatenbildung jedoch nur zusätzlichen politischen Auftrieb. *„Der Zusammenschluß (!) zu einem südslawischen Staat wird während des Ersten Weltkrieges aktuell. [...] Nach dem Tod von Kaiser Franz Joseph (1916) fordern habsburgische Südslawen zunächst die Vereinigung aller von Slowenen,*

---

<sup>20</sup> Der Begriff „Ausland“ birgt aufgrund der komplizierten Herrschaftsverhältnisse seine Tücken.

*Kroaten und Serben bewohnten Länder der Monarchie zu einem autonomen Staat. 1917 einigen sich die serbische Regierung und der kroatisch-slowenische "Südslawische Ausschuß" (!) grundsätzlich, ohne wesentliche Details zu fixieren, auf die Gründung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen. Im Jahr 1918 vertreiben die Serben die Mittelmächte. [...] Der neue südslawische Staat entsteht am 1.12.1918 - unter enormem Zeitdruck - und wird von den Siegermächten auf der Pariser Friedenskonferenz anerkannt."*

([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 13.11.2011).

#### 2.4. Das Problem der strukturellen Dominanz Serbiens im 1. Jugoslawien

Die Gründung eines gemeinsamen Staates der Südslaw/innen wurde also zum Ende des 1. Weltkriegs trotz verschiedenartiger Auffassungen über die Staatsform sowohl von serbischer als auch von kroatischer bzw. slowenischer Seite im Eilverfahren beschlossen. Dies geschah sicherlich auch in einer derartigen Geschwindigkeit, um ein neuerliches Eingreifen von äußeren Mächten und ein Scheitern des Projekts zu verhindern. (vgl. zu den Staatsgrenzen: Abbildung 1).

Von Beginn an gab es jedoch eine Reihe ungelöster Probleme. Vor allem seitens der Kroat/innen bzw. Slowen/innen, die im Grunde zur Seite der Kriegsverlierer/innen gezählt werden konnten, erkannte man bald die sichtbaren oder vor allem die noch versteckten Benachteiligungen im System. Es mussten Eingeständnisse gemacht werden, da sich Serbien in einer besseren Ausgangslage befand.

Zunächst sei zu erwähnen, dass es vier politische Modelle über den zukünftigen Staatsaufbau gab. Diese Vorstellungen blieben im Grunde bis zum Ende des *zweiten* Jugoslawien in den 1990er Jahren nebeneinander bestehen und waren aufgrund der darin Ausdruck findenden Interessensunterschiede teilweise heftig umstritten:

- Das *integrative* Modell hatte zum Ziel, die Einzelnationalismen der Serb/innen, Kroat/innen und Slow/innen gänzlich zu überwinden.
- Das *föderative* Modell sah eine Gleichberechtigung aller Südslaw/innen vor. Ein Argument dafür war, dass durch fairen Wettbewerb zwischen den autonomen Teilen eines gemeinsamen Staates die Gesamtproduktivität

zunehmen könne. Außerdem seien alle Regionen gleichberechtigt, also mit anderen Worten die *Vereinigten Staaten von Jugoslawien*. (Trgovčević 2006, S. 12).

- Das *großserbische* Modell nimmt den serbischen Staat vor 1918 sowie die serbische mittelalterliche Staatlichkeit zu seiner Grundlage und zielt auf eine bloße territoriale Ausweitung dieses serbischen Staatsverständnisses ab.
- Das *separatistische* Modell bevorzugt schließlich die vollständige staatliche Trennung der einzelnen Nationen.

(vgl. dazu [http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 16.11.2011 oder Buchenau 2004, S. 54).

Mit der *Vidovdan*- Verfassung von 1921 setzte sich schließlich eine zentralistische Monarchie durch, die starke Anleihe am großserbischen Modell nahm. „*Sie wird, am serbischen Nationalfeiertag, dem 28. Juni, mit nur einfacher Mehrheit im Parlament verabschiedet. Die meisten Abgeordneten aus Kroatien und Slowenien votieren mit Nein oder bleiben aus Protest der Abstimmung fern. Mit der zentralistischen Verfassung ist die Chance einer Integration verspielt.*“

([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 17.11.2011).

Die Kroat/innen und Slowen/innen sahen sich nun nach der Fremdherrschaft erneut damit konfrontiert nicht nur in Bevölkerungszahlen als Minderheiten zu gelten. Zudem wurde die Lage in Bosnien-Herzegowina immer komplizierter, Trennlinien schienen sich wieder zu bilden und zu verstärken.

Wenngleich der zentrale Diskurs des 20. Jahrhunderts von der Religion zur Ideologie infolge auch verstärkt die jugoslawischen Staaten ergreifen sollte (Todorova 1999, S. 265), so bildete die Religion nach wie vor einen möglichen inneren Ausweg und damit gesellschaftlichen Nährboden für Konflikte. Außerdem übernahm dieser neue Staat zivilreligiöse Riten des Parlaments, der Armee und der Exekutive vor allem aus dem orthodoxen Glauben. Dies geschah auch in Hinsicht auf die nationalpolitische Betonung des serbischen ‚Blutzolls‘ mit über 1 Millionen Toten im vorangegangenen Krieg. Die Ausgangssituation der katholischen Kirche war wesentlich schwieriger, da die Leitung außerhalb des Staates im Vatikan lag und sie sich nicht dem Staat unterordnen ließ wie im Fall der serbisch-orthodoxen Kirche. Zudem trat der Vatikan nach dem Ende der Monarchie offen für unabhängige Staaten in Kroatien und

Slowenien ein. Die katholische Kirche kritisierte die genannte *Vidovdanverfassung* des neuen Staates, da diese scheinbar in einer Opposition zu den katholischen Weltansichten stünde. Den eigentlichen Kampf um politische Autonomie überließ man hier jedoch den Slowen/innen und Kroat/innen selbst. (Buchenau 2004, S. 55 ff.).

Hier kommt die *Kroatische Volks- und Bauernpartei* ins Spiel, die von Stjepan Radić angeführt wurde. Dieser stand für die Errichtung einer eigenen Bauernrepublik als eigenständigem Teil einer Südslawischen Konföderation. Seit der Staatsgründung des neuen Königreiches seien die Kroat/innen nun „*unterdrückt wie nie zuvor in [ihrer] Geschichte*“. ([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 17.11.2011).

Als Radić 1928 ermordet wurde erreichten die Konflikte ihren vorläufigen Höhepunkt. Nationale und nationalreligiöse Aktivitäten nahmen auf beiden Seiten nun wieder zu. Es kommt zu einer verstärkten Politisierung tatsächlicher und weiterhin konstruierter Gegensätze. Während sich kroatische Nationalist/innen zunehmend mit katholischen Klerikern zusammenschlossen, sieht die serbisch- orthodoxe Kirche den Staat der Südslaw/innen nach wie vor naturgemäß als den *ihren* an. (Buchenau 2004, S. 60 ff.).

Daraufhin kommt es nach Scheitern politischer Verhandlungen 1929 zur Errichtung einer Königsdiktatur durch Alexander I. Dieser setzt nun die alte Verfassung des *Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen* außer Kraft und erneuert sie 1931. Alle Parteien werden aufgelöst und der Staat heißt von nun an schlicht Königreich Jugoslawien<sup>21</sup>. Dies diente dazu weitere Minderheiten und Bevölkerungsgruppen im Land mit den „drei Großen“ gleichzustellen, aber auch eine Reihung derselben im Landesnamen zu verhindern. 1934 wird König Alexander I. das Opfer eines Attentats kroatischer Nationalisten. (Herm 1993, S. 315).

Was folgt, ist eine weitere Radikalisierung und Spaltung des Landes aufgrund der unmöglich gewordenen Verständigung zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen. Bürgerkriegsähnliche Zustände, gegenseitige Angriffe, Anfeindungen sowie immer weitere politisch motivierte Attentate nehmen ihren Lauf. 1939 kommt es aufgrund der außenpolitischen Kriegsgefahr doch zu einem Abkommen der jugoslawischen

---

<sup>21</sup> serb./kroat.: *Kraljevina Jugoslavija*

Regierung mit der kroatischen Opposition<sup>22</sup> und damit zu ersten Zugeständnissen von Autonomierechten für den kroatischen Teil. Der Konflikt wurde dadurch jedoch nur oberflächlich beigelegt und diese politische Maßnahme kam insgesamt zu spät. Zudem wird Jugoslawien wenig später selbst zum offenen Kriegsschauplatz des 2. Weltkriegs.

## 2.5. Blutiger Bürgerkrieg und kroatischer Ustašastaat

In der Zeit des 2. Weltkrieges traten alle im 1. *Jugoslawien* bereits vorherrschenden inneren Gegensätze nochmals gleichzeitig und verstärkt zutage. Allerdings kamen zu den altbekannten vermehrt neue, politisch- ideologische Konflikte hinzu.

Fremdmächte wie Deutschland, Italien oder Russland hatten dabei große Mitschuld an einem blutigen Verlauf<sup>23</sup>. Nichtsdestotrotz lassen sich viele der Gewaltausbrüche mit *staatsinternen* (d.h. hier innerjugoslawischen) Ursachen begründen.

Ursprünglich hatte Jugoslawien noch auf Drängen Adolf Hitlers einem gemeinsamen Abkommen<sup>24</sup> zugestimmt, um die Südostflanke der Mittelmächte gegen russische Gegenangriffe zu sichern. Als es allerdings zu einem Militärputsch durch serbische Offiziere in Belgrad kommt und eine Kursänderung angestrebt wird, greifen deutsche und italienische Truppen in einem *Blitzkrieg* und ohne offizielle Kriegserklärung das Königreich Jugoslawien an und besetzen es in weiten Teilen.

Tausende Zivilisten Jugoslawiens sterben bereits in dieser Anfangszeit des Krieges durch Fremdeinfluss. Es war aber gleichzeitig der Beginn eines „*totalen Bürgerkriegs von 1941 bis 1945*“. ([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 18.11.2011). Neben den etwa 10 Millionen Südslaw/innen in der Region lebten über zwei Millionen Ungar/innen, Deutsche, Albaner/innen, Rumän/innen, Slowak/innen, Bulgar/innen, Italiener/innen und andere Minderheiten ohne besondere Rechte, aber auch ohne eine bisherige Beachtung im Staatsgebiet. Durch die neue Situation der

---

<sup>22</sup> kroat. *Sporazum*.

<sup>23</sup> Es werden insgesamt nur einige außenpolitische Aspekte erwähnt. Eine ausführliche Untersuchung dessen würde den Rahmen der Arbeit überdehnen.

<sup>24</sup> sog. *Dreimächtepakt*.

Anwesenheit von deutschen, italienischen und verbündeten Besatzungsmächten<sup>25</sup> begann ein erbitterter offener Kampf zwischen den einzelnen Interessensgruppen und Nationalitäten um politischen Machtgewinn in der Region.

Dies betraf aber nicht nur die genannten Minderheiten selbst. So wurde die deutsche Wehrmacht in Zagreb von den Kroat/innen beispielsweise meist freundlich begrüßt. (<http://derstandard.at/1547365>, Abruf: 18.11.2011). Der serbische Teil fiel dauerhaft und größtenteils unter deutsche Besatzung, auf dem Gebiet Kroatiens samt Bosnien-Herzegowina wurde weitgehend ein faschistischer, großkroatischer Vasallenstaat namens „Unabhängiger Staat Kroatien“<sup>26</sup> geschaffen. (vgl. dazu Abbildung 2).

Tatsächlich war dieser Staat in wichtigen Fragen vollkommen von Berlin und Rom abhängig. Dessen neuer Führer<sup>27</sup> Ante Pavelić wurde von Mussolini eingesetzt, nachdem dieser bereits im italienischen Exil als Anführer der kroatischen *Ustaše*<sup>28</sup> tätig war. Dieser schaltete alle politischen Gegner so wie selbst die *Kroatische Bauernpartei* aus und berief sich auf den Katholizismus als der Grundlage ‚seines‘ Staates. Dies hatte aber durchwegs politische Gründe, da die katholische Kirche als eine Hauptstütze des kroatischen Nationalismus am besten instrumentalisiert werden konnte. Tatsächlich nahm Pavelić insgeheim wie viele nationalistische Denker vor und nach ihm jedoch früh Anstoß am ‚anationalen‘ Charakter des Katholizismus und bewunderte laut Quellen die national-einigenden Wirkungsmöglichkeiten der orthodoxen Kirche. (Buchenau 2004, S. 67).

Eine Ausnahme bei den bald folgenden Maßnahmen machte man beim bosnischen Islam, da dieser als ein Teil Kroatiens und somit integrierbar beurteilt wurde. Somit hatten Muslim/innen grundsätzlich keinerlei Restriktionen durch die neue Führung zu befürchten, im Gegensatz zu der vorhandenen serbisch-orthodoxen Bevölkerung.

---

<sup>25</sup> etwa aus Ungarn oder Bulgarien.

<sup>26</sup> kroat. *Nezavisna Država Hrvatska*

<sup>27</sup> kroat. *Poglavnik*

<sup>28</sup> Von kroat. *ustaša* = Aufständischer. Diese radikale, ursprünglich terroristische Bewegung aus den 30er-Jahren stand für einen faschistischen, großkroatischen Nationalstaat (inkl. Bosnien) und die Zerschlagung Jugoslawiens.

Diese machten immerhin fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung dieses „Kroatiens“ aus. So kündigte der kroatische Erziehungsminister Mile Budak 1941 an, dass ein Drittel dieser Serb/innen getötet werden solle, ein Drittel deportiert werden müsse und das letzte Drittel zum Katholizismus konvertieren dürfe.

Es wurde durch zahlreiche Dekrete in die Rechte der Serb/innen eingegriffen:

Der Gebrauch der kyrillischen<sup>29</sup> Schrift wurde verboten, orthodoxe Kindergärten und Schulen geschlossen und die Serb/innen ähnlich den Jud/innen zum Tragen einer blauen Armbinde verpflichtet. Weiters wurden dem Volk spezielle *Konversionsregeln* auferlegt. Der Vatikan hielt sich dabei weitgehend zurück, zumindest einige kritische Stimmen unter den kroatischen Klerikern gab es aber. Demgegenüber konnte man vermehrt sogenannte ‚wilde Ustaše‘<sup>30</sup> beobachten, die Mithilfe von Militärpriestern Massenkonzersionen ganzer Dörfer mit Waffengewalt durchführten, nur um danach Massenmorde sowohl an Konvertiten als auch an Nichtkonvertiten durchzuführen.

Während die deutsche Besatzungsmacht unter Hitler die Kroat/innen eher noch zu Gewalttaten mit der Begründung aufmunterte, „*sie sollen sich doch einmal richtig austoben*“ ([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 20.11.2011), begannen vor allem italienische Besatzungsteile die von Massenmorden betroffenen bosnischen Serbendörfer zumindest indirekt zu unterstützen und ermöglichten etwa die Wiederöffnung einiger orthodoxer Kirchen.

Italien besetzte neben dem „Unabhängigen Kroatien“ auch andere Adriagebiete wie Montenegro und das Königreich Albanien oder annektierte diese teilweise (wie z.B. Dalmatien). Slowenien wurde zwischen dem Deutschen Reich, Italien und Ungarn aufgeteilt.

Gleichzeitig bildeten sich in allen Teilen Jugoslawiens, aber vor allem im serbischen Stammland, verschiedenste Partisanenbewegungen.<sup>31</sup> Was folgte, ist ein absolutes „Wirr-War“ der Beziehungen und Kollaborationen einzelner Gruppen untereinander.

---

<sup>29</sup> Im serbischen Raum existiert neben der lateinischen traditionell eine kyrillische Schreibweise.

<sup>30</sup> kroat. *divlji ustaše*

<sup>31</sup> ital. *partigiano* = „Parteigänger“. Bewaffnete Kämpfer, die nicht zur regulären Streitkraft eines Staates gehören.

Dabei gab es im Grunde auf allen Seiten verschiedene Zusammenarbeiten mit oder erbitterte Kämpfe gegen die jeweiligen Besatzungsmächte.

Königstreue Četniks<sup>32</sup>, die sich immer mehr auch mit den italienischen Streitkräften verbündeten, kämpften ebenso wie kommunistische *Tito*-Partisanen, die vor allem in Bosnien erste Vergeltungsaktionen gegen die kroatischen Ustaše starteten. Es gab aber selbst deutschlandtreue Serb/innen unter dem General Nedić, die im Grunde gegen alle anderen Parteien Krieg führten. Außerdem entwickelten mittlerweile viele Muslime in Bosnien ein eigenes Nationalbewusstsein und strebten teilweise selbst einen eigenen Staat an. Andere unterstützten vor allem die Kroat/innen bzw. Ustaše, wenige bosnische Moslems halfen aber auch den serbischen (bzw. *jugoslawischen*) Gruppen. Überhaupt werden einige kroatische und muslimische Truppen in einer eigenen SS- Division rekrutiert und an die deutsche Front einberufen. Slowen/innen existieren ebenso auf allen Seiten, also sowohl unter Königstreuen, den Partisanen<sup>33</sup> als auch den Faschist/innen.

Mazedonien wird von Bulgarien besetzt, der nördliche Teil Serbiens<sup>34</sup> zusätzlich von Ungarn. ([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 19.11.2011).

Schließlich zeigt sich, dass die Partisanen unter dem Marschall Tito die Oberhand im gesamten südslawischen Raum gewinnen. Selbst unter der kroatischen Bevölkerung existieren mittlerweile Anhänger/innen dieser neuen föderativen jugoslawischen und nur moderat kommunistischen Idee.

Vor allem die ethnischen Säuberungen innerhalb des „Unabhängigen Kroatien“ mit hunderttausend serbischen<sup>35</sup> Todesopfern, aber auch alle anderen oftmals tödlichen Auseinandersetzungen einzelner Gruppen, hierbei auch insbesondere die späteren Vergeltungsmaßnahmen gegen die faschistischen Kollaborateure, wie erwähnt v.a. durch Partisanen Titos, blieben jedoch als tiefes Trauma im kollektiven Gedächtnis

---

<sup>32</sup> serb. *četa* = Kompanie, Truppe

<sup>33</sup> Ein Grund für Zusammenschlüsse mit den Partisanen liegt darin, dass es das Ziel der Deutschen in Slowenien war anhand von Vertreibungen und Massenmorden das Land „wieder deutschem Boden zuzuführen“. Es gab jedoch trotzdem auch Zusammenarbeiten mit den Faschist/innen.

<sup>34</sup> Die Provinz Vojvodina

<sup>35</sup> Ähnlich dem *Dritten Reich* waren weitere Opfer v.a. Jud/innen, Roma und *Systemgegner/innen*.

der Bevölkerung bestehen. Dieses wirre Szenario bildet den Anfang der Politik des 2. Jugoslawien und wird nach einer vorübergehenden Unterdrückung der Emotionen zu einem späteren Hauptfaktor für den neuerlichen großen Ausbruch der Gewalt am Balkan im *Jugoslawischen Krieg* zum Ende des 20. Jahrhunderts.

## 2.6. Das 2. Jugoslawien: Bestrafung, Neuaufbau und Verdrängung

Der innere Kampf um die zukünftige Vorherrschaft verlief schlussendlich zwischen den kroatisch- nationalistischen Ustaše, den serbisch- dominierten Četniks und den jugoslawisch- orientierten Partisanen. Zunächst gab es Kooperationen zwischen den letzten beiden genannten Gruppierungen. Deren gemeinsames Ziel war das Ende des von den Mittelmächten aus gelenkten Faschismus in der Region. „*Das zweite Jugoslawien entstand als Resultat des antifaschistischen Kampfes während des Zweiten Weltkriegs.*“ (Popov, S.19).

Allerdings gab es auch hier große ideologische Unterschiede, die schlussendlich nicht überwunden werden konnten und ebenfalls zu Auseinandersetzungen führten. Mit dem Abzug der Truppen Hitler-Deutschlands aus dem gesamten Balkanraum war der Bürgerkrieg noch länger nicht zum Stillstand gekommen. (Mazower 2002, S.198). Am Ende ergab die Opferbilanz am Balkan rund 1,7 Millionen Menschen, wovon rund zwei Drittel nicht durch das Eingreifen der Besatzungsmächte sondern aufgrund der anhaltenden inneren Konflikte zu beklagen waren. Dieses Trauma belastete fortan vor allem die Beziehungen zwischen Serb/innen und Kroat/innen. (vgl. Strohmaier 2004, S. 74).

Schlussendlich konnten sich jedenfalls die kommunistischen Partisanen durchsetzen, da ihre Bewegung v.a. in den Anfängen von einer absoluten Gleichberechtigung aller jugoslawischen Völker ausging und somit am meisten Sympathisant/innen um sich versammelte. Somit war aber auch die zukünftige Staatsform festgelegt.

Die AVNOJ-Beschlüsse<sup>36</sup> von 1943 und 1944 regelten die Zeit nach dem Krieg und wurden 1945 weitgehend umgesetzt. Die *Kommunistische Partei Jugoslawiens* sollte

---

<sup>36</sup> Verordnungen zur zukünftigen Organisation Jugoslawiens nach Besatzungsende der Deutschen und ihrer Verbündeten, ins Leben gerufen von den Vertretern des „Antifaschistischen Rats der

eine gemeinsame Föderation der südslawischen Völker anführen. Nachdem Titos<sup>37</sup> kommunistische Volksfront die Wahlen gewonnen hatte, wurde am 29. November 1945 die *Föderative Volksrepublik Jugoslawien* ausgerufen und wenig später die erste Verfassung nach dem Vorbild der UdSSR verabschiedet. Jugoslawien wurde ein sozialistischer Bundesstaat mit den sechs Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien- Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien. (vgl. Abbildung 3). (<http://de.metapedia.org/wiki/AVNOJ-Beschl%C3%BCsse>, Abruf: 21.11.2011).

Dieser Machtwechsel und staatliche Neuaufbau hatte allerdings zunächst vor allem mehrere organisierte „Abrechnungen“ durch die Kommunist/innen zur Folge. So wurden hunderttausende sog. Volksdeutsche<sup>38</sup> nach Österreich, Deutschland oder in andere Länder wie Rumänien deportiert, zigtausende Verbliebene in Arbeitslagern interniert und viele weitere ermordet. Maximal ein paar tausend Deutschstämmige waren zumindest gesetzlich von derartigen Sanktionen ausgenommen, da sie in den Reihen der Partisanen bzw. der Nationalen Befreiungsarmee bewiesenermaßen mitgekämpft hatten. Sämtliche örtlich verbliebene Güter oder z.B. landwirtschaftliche Betriebe dieser nun offiziell als *Volksfeinde* eingestuften Personen sowie anderer Kollaborateure, Verräter/innen und Kriegsverbrecher/innen wurden beschlagnahmt und Eigentum des neuen jugoslawischen Staates. Dies geschah unabhängig von deren Staatsbürgerschaft und betraf zudem jene Personen, die sich während der Okkupation *feindlich* verhalten hatten. Aber auch sog. *einheimische Helfershelfer* wurden mitunter hart sanktioniert, allgemein wurde ihnen jedenfalls das aktive Wahlrecht aberkannt.

(<http://de.metapedia.org/wiki/AVNOJ-Beschl%C3%BCsse>, Abruf: 21.11.2011).

*„Über 100 000 von ihnen [Ustaše] sind nach Kriegsende in Kärnten von den Briten an die Partisanen übergeben worden; Massenerschießungen bei Bleiburg folgen. Tito verfolgt mit seinen Partisanen alle politischen Gegner; erschlagen oder erschossen werden slowenische "Weißgardisten", königstreue Tschetniks,*

---

Nationalen Befreiung Jugoslawiens“. Serb./kroat. *Antifašističko v(ij)eće narodnog oslobođenja Jugoslavije*.

<sup>37</sup> Eigentlich Josip Broz (1892 -1980), kroatisch-slowenischer Abstammung

<sup>38</sup> Personen deutscher Muttersprache aus Ländern, in denen sie eine Minderheit darstellen. Im 2. Weltkrieg vor allem noch als Kampfbegriff durch die Deutschen selbst in Verwendung.

*muslimische Tschetnikeinheiten und muslimische SS-Soldaten, Vertreter des katholischen Klerus, Mitglieder der mit den Deutschen kollaborierenden Nedic-Truppen, die der Kollektivschuld und Kollaboration angeklagten Volksdeutschen und Ungarn in der Woiwodina (!), Kosovo-Albaner und deutsche Kriegsgefangene.“* ([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 21.11.2011).

Die Zeit bis 1948 wird somit vonseiten der neuen kommunistischen Führung dazu genutzt, ihre Feinde brutal auszuschalten und damit ein Warnsignal an die gesamte Bevölkerung zu senden. Jegliche nationalistische Regung sollte in Zukunft unmöglich gemacht werden. Gleichzeitig war dies aus der Sicht der Kommunist/innen die Zeit des großen Revanchismus aufgrund des großen Leids, das ihnen vorher selbst angetan wurde. Das 2. Jugoslawien wurde somit zunächst auf grausame Art und Weise etabliert, allerdings lenkte die KPJ unter der Führung Titos relativ rasch wieder ein um eine Umkehr des abschreckenden Effekts zu vermeiden. (Strohmaier 2004, S. 23).

Die verschiedenen Völkermorde, Vertreibungen und Flüchtlingsbewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bedeuteten neben der immer weiteren Bildung des „Fleckenteppichs“ am Balkan an anderen Stellen jedoch die Herstellung einer unerwarteten ethnischen Homogenität. Der Kosovo etwa, ursprünglich noch als „Altserbien“ bezeichnet, war mittlerweile mehrheitlich von Albaner/innen bewohnt. Eine „Re-Serbisierung“ ist bereits Jahrzehnte zuvor gescheitert. (Sundhaussen 2008). Nun mussten viele Serb/innen in dieser Region selbst vor Gewaltangriffen fliehen. In Bosnien- Herzegowina, wo die meisten Gegensätze aufeinanderprallten, oder im geschaffenen Mazedonien<sup>39</sup> gab es ähnlich widersprüchliche Tendenzen der regionalen Homogenisierung. Schließlich gab es in Kroatien seit der Habsburgerzeit bedeutende serbische Minderheiten an deren Ost- und Südgrenzen. Überlebende aus dem 2. Weltkrieg siedelten nun wieder hier an und bildeten fortan eine Art „Staat im Teilstaat“. Montenegro wurde zwar offiziell als eine eigene Teilrepublik anerkannt, trotzdem ging man nach wie vor weitgehend von einer montenegrinisch-serbischen Identität aus. (Boeckh 2009, S. 219).

---

<sup>39</sup> Hierfür wurde im Zuge der AVNOJ-Beschlüsse historische Kontinuität erschaffen und dieser Staat auf dem Gebiet Vardar-Südserbiens quasi als Teil Jugoslawiens neu gegründet.

Nachdem es 1948 schließlich zum Bruch mit dem Ostblock und der UdSSR kam, entwickelte Tito eine jugoslawische Eigenart des Kommunismus. Dieser *Titoismus* bzw. „anti-Stalinistischer Stalinismus“ (Cohen 2008, S. 369) bedeutete eine weitere Etablierung des föderativen Gedankens innerhalb Jugoslawiens. „Brüderlichkeit und Einheit“ wurde zu einem Slogan und der Umgang mit den Nationalitäten wurde nach der Phase der Abrechnung zeitweise politisch lockerer. Allerdings verschwanden die einzelnen Spannungen nicht immer vollständig und der Schein konnte oft trügen. (Mazower 2002, S. 200).

Der Bruch mit Moskau geschah aus verschiedenen Gründen und kann zunächst sehr verwundern, da Jugoslawiens neue Verfassung vom Jahr 1946 „*fast wortgetreu der ‚Stalinverfassung‘ von 1936 entsprach.*“ (zit. Strohmaier 2004, S. 78).

Hintergrund dabei dürfte vor allem die offene Ablehnung der Sowjetunion gegenüber den Plänen Titos sein, eine Art Balkanunion mit Ländern wie Bulgarien einzugehen. Eine diesbezügliche Annäherung wurde hier mit großer Skepsis beobachtet. Zudem schien sich ein neues kommunistisches Machtzentrum zu bilden, das schlussendlich als eine Konkurrenz für Moskau angesehen werden konnte. Der Ausschluss der KPJ aus der Kominform und der anschließende Wirtschaftsboykott Jugoslawiens durch den kommunistischen Block muss in diesem Zusammenhang gesehen werden, auch wenn wirtschaftliche Belange als eine vorrangige Ursache angegeben werden. Hier werden die teilweise Liberalisierung der privaten Landwirtschaft sowie die Einführung der Arbeiter/innenselbstverwaltung als Gründe für den Ausschluss 1948 genannt.

Tito versucht von nun an einen neuen, *dritten Weg* zu beschreiten. Das Staatssystem orientierte sich am Gedanken der „Blockfreien Staaten“ zwischen Osten und Westen.

Die KPJ wurde durch den föderal orientierten BdKJ ersetzt und die Selbstverwaltung der Teilrepubliken sollte zumindest auf theoretischer bzw. parteilicher Basis neben einer weiterhin existierenden Zentralverwaltung verwirklicht werden. (Schweiger 2005, S. 23 f.).

Aber auch auf anderen Ebenen wurde versucht, den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerechter zu werden. Im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Ländern gab es in Jugoslawien nun zumindest teilweise künstlerische und kulturelle Freiräume. (Popov 2007, S. 19).

Tito absolvierte eine Reihe von Staatsbesuchen und hatte regen Kontakt zu allen politischen Lagern im Ausland. Dies machte ihn weltweit unglaublich populär. Selbst in seiner jugoslawischen Heimat kam es zu einer Art Personenkult. Seine politischen Gegner im Inland fürchteten ihn hingegen aufgrund seines harten Durchgreifens vor allem zu Beginn seiner Karriere.

Nach einer relativ erfolgreichen Phase der politischen Stabilität im Land begannen ab den 1960er- Jahren erstmals wieder Gegensätze aufzutreten. Während vor allem aus Kroatien und Slowenien der Wunsch nach weiterer Dezentralisierung lauter wurde, beharrte vor allem der serbische Teil mit der Hauptstadt Belgrad auf dem bisherigen System. Auch innere religiöse Vorstellungen wurden nie ganz aufgegeben.

*„Auch wenn in dem atheistischen Staat die Religionen an Bedeutung verlieren, bleiben altes Brauchtum und die den Lebenslauf begleitende religiöse Kultur bestehen. Das Bestreben der Regierung, den Lebensstandard in den unterentwickelten Provinzen anzuheben, führt bei Kroaten und Slowenen zum Vorwurf, die Finanzierung geschehe zu ihren Lasten.“*  
([http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm), Abruf: 22.11.2011). Neben den nur immer weiter unterdrückten nationalen Spannungen verlagerten sich also weitere Probleme und Gegensätze in den wirtschaftlichen Bereich, auch da es ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle gab, das zentral ausgelotet werden sollte.

Auf dem im neuen jugoslawischen Staatssystem sehr wichtigem Gebiet der Sprache als Einigungsmittel wurden nun einschneidende politische Maßnahmen seitens der Regierung getroffen. Das *Serbokroatische* wurde als eine eigene und verbindende Amtssprache der großen Mehrheit der Bevölkerung geschaffen. Dies geschah auf der Grundlage des štokawischen Dialekts, der in großen Teilen Kroatiens, Serbiens, Bosniens und Montenegros bereits als Gemeinsamkeit existierte. Dadurch wurden andere regionale Dialekte abgewertet oder zumindest verdrängt.

([http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_12611-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_12611-544-1-30.pdf), Abruf: 21.11.2011).

1963 wurde der Staat schließlich umbenannt in *Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien*. Der föderative Charakter sollte noch weiter verstärkt werden, u.a. da sich der Gesamtstaat immer mehr zu verschulden begann und die Bürokratisierung extrem zunahm, aber auch um Serbiens gefährliche innerstaatliche Vormachstellung

zu schwächen. Wesentliche Bundeskompetenzen wurden nun auf die Teilrepubliken übertragen und Führungsposten wurden nun nach einem neuen Rotationsprinzip zur Machtverteilung vergeben.

Es zeichnete sich nun zumindest nach außen hin ein klarer Sieg des föderalistischen Systems mit einer Stärkung der Rechte der Teilrepubliken ab. Das Zentralkomitee wurde durch ein Parteipräsidium ersetzt, wodurch die tatsächlichen Beschlüsse auf die Ebene der Länder umgelegt wurden. Tito versuchte aber weiterhin eine Balance zu finden und warnte einerseits vor einem (kroatischen) Separatismus, andererseits vor einem zu ausgeprägten (serbischen) Zentralismus zugunsten einer einzigen Seite. (Strohmaier 2004, S. 87 f.). Dies wurde Tito schließlich, wenngleich meist im Geheimen, von beiden Lagern aus vorgeworfen.

## 2.7. Der Kroatische Frühling und die Verfassung von 1974

Die sogenannte *68er-Bewegung* und die damit verbundenen Student/innenproteste betrafen nicht nur Länder wie Deutschland oder auch die ČSSR, sondern ebenfalls Jugoslawien und seine Teilrepubliken in besonderem Ausmaß.

Waren im Staat kurze Zeit vorher noch theoretische Grundlagen für ein föderatives System geschaffen worden, so war jetzt die mehrheitliche Forderung - zumindest außerhalb Belgrads - eine praktische Umsetzung dieser politischen Versprechen. Allerdings zeigte sich dabei teilweise in Slowenien, insbesondere aber in Kroatien, dass sich die nun anlaufenden Protestbewegungen im Vergleich zu den südlichen Teilstaaten Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina sowie dem Kosovo in eine andere Richtung bewegten. *„Alle Seiten sprechen von Benachteiligung, aber es wird jeweils Verschiedenes damit gemeint.“* (zit. Schweiger 2005, S. 31).

Denn während im Süden die Hoffnung besteht, dass die regionale Selbstverwaltung und das föderative Prinzip einen stärkeren Ausgleich zwischen den Teilstaaten und Autonomieregionen bewirkt, zentralistische Privilegien abgebaut werden sowie die Beseitigung der ökonomischen Schere im Land vorangetrieben werden kann, fordern Slowenien und Kroatien eine Öffnung der Märkte in Verbindung mit mehr nationaler Selbstbestimmung um den eigenen Wohlstand absichern zu können. Des Weiteren wurde die Politik der Umverteilung an sich stark kritisiert, da man sich sowohl von der

Zentrale als auch vom Süden des Landes finanziell ausgenutzt fühlte. (ders. 2005, S. 31).

Gemeinsam war dem Süden und Norden aber die Kritik an der Machtzentralisierung Belgrads, die nach wie vor bestehen würde. Meinungs- und Pressefreiheit waren ebenfalls ein gemeinsames Anliegen. Im Falle Kroatiens nahmen diese Forderungen zusehends einen nationalen (bzw. nationalistischen) Charakter an. Hier reichten die Ziele bis hin zu einer Loslösung vom Staat Jugoslawien und damit von der „Willkür Serbiens“. Gestärkt wurde die Student/innenbewegung zudem von anderen Seiten, die sich mit der Zeit mehr und mehr ergänzten und gemeinsam den sog. Kroatischen Frühling zur Folge hatten.

Zwar gab es wie erwähnt in anderen Teilrepubliken ebenfalls kleinere oder größere Protestbewegungen, allerdings fanden diese nirgendwo sonst eine derartig politische Unterstützung. Selbst innerhalb der kroatischen Parteiführung bildete sich ein Flügel anti- zentralistischer Reformier/innen, der immer größeren Einfluss gewann und so eine eigene nationale Dynamik mit in Gang setzte. Erstmals wurden Wünsche nach einer Demokratie oder Entfaltung der *eigenen* Kultur öffentlich diskutiert und von der KP Kroatiens selbst geäußert. Derartige Versuche innerhalb der Partei waren bis dahin von der Zentrale unterdrückt und verboten worden.

Außerdem schlossen sich kroatische Schriftsteller/innen und andere Intellektuelle der Bewegung an, die nun tatsächlich zu einer Massenbewegung heranwachsen konnte. Der Verband „Matica Hrvatske“<sup>40</sup>, dessen Anfänge auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgehen, stellte sich aus der kulturellen Elite Kroatiens zusammen. Seine Ziele waren die Verbreitung kroatischer Literatur sowie die Anerkennung der kroatischen Sprache an sich.<sup>41</sup> Auch hier entwickelte sich ein vermehrt nationaler Kurs, der sich vor allem in den immer umsatzstärkeren Wochenzeitschriften erkennen ließ. Eine der Forderungen war dabei explizit die Errichtung eines kroatischen Nationalstaats, aber auch eine eigene Armee, da man die JNA nur als eine serbische Einrichtung sah. *„Diese nationalistischen und separatistischen Forderungen veranlaßten (!) die Kommunisten anderer Republiken über ein Verbot dieser Organisation nachzudenken.“* (zit. Strohmaier 2004, S. 91).

---

<sup>40</sup> „Matrix bzw. Erbe Kroatiens“

<sup>41</sup> Im Gegensatz zur von der Zentrale geschaffenen einheitlichen serbokroatischen Sprache.

Interessant ist dabei festzustellen, dass Tito zunächst die Proteste unterstützte. Dies geschah völlig unerwartet und beflügelte den Kroatischen Frühling noch weiter. (vgl. ders. S. 90 f.). Allerdings lässt sich dahinter vor allem politisches Kalkül vermuten, was die nachfolgenden Ereignisse nahelegen. Tito konnte so zunächst wesentliche Sympathiepunkte sammeln, nachdem sich vor allem die Bevölkerung seiner eigenen Heimatländer Slowenien und Kroatien teilweise bereits gegen ihn gewandt hatte.

Gleichzeitig konnte er einige der Ideen in sein eigenes neues Konzept aufnehmen, dass durch die Verfassung von 1974 seinen Ausdruck finden sollte und bereits seit ein paar Jahren vorher in Planung war. Umgekehrt konnte Tito so schließlich aktuelle politische Gefahrenpotentiale ausmachen und am Ende Gegner/innen ausschalten. (Schweiger 2005, S. 32).

Am Ende machte Tito einen Schwenk und verurteilte die neuesten Entwicklungen, als unbefristete Student/innenstreiks einsetzten und die nationalen Forderungen in Kroatien eine Gefahr sowohl für das soziale als auch wirtschaftliche Gleichgewicht im Land darzustellen begannen. So wird Tito 1971 wie folgt zitiert, nachdem er ein Jahr vorher die Forderungen der Kroat/innen wie der anderen Ethnien im Land noch als vollkommen legitim eingestuft hatte: „*In Kroatien herrscht wilder Nationalismus. Die Republik ist zum Schlüsselproblem des Landes geworden, denn Nationalismus kann zur Konterrevolution führen. Dieser Kurs ist gegen mich und mein Land gerichtet.*“ (zit. aus Strohmaier 2004, S. 95). Schließlich folgten die polizeiliche Niederschlagung der Bewegung und die teils mehrjährige Inhaftierung hunderter Anhänger/innen des Kroatischen Frühlings. Zudem wurden kroatische Politiker/innen zum Rücktritt oder Ruhestand genötigt bzw. sofort ihres Amtes enthoben.

Eine These der Reformier/innen hatte sich damit für viele bewahrheitet, nämlich jene dass Jugoslawien das Gefängnis Kroatiens sei. (vgl. Strohmaier 2004, S. 93).

Tito versuchte weiterhin einen Ausgleich zwischen den zentralistischen und föderalen Lagern in Jugoslawien zu schaffen. Insgesamt war ihm jedoch klar, dass eine weitere De-Zentralisierung zumindest *auf dem Papier* großen Platz haben musste. Nachdem die Reformelite Kroatiens nun weitestgehend ausgeschaltet war und bedeutungslos wurde, konnte die Verfassung von 1974 ohne Bedenken verabschiedet werden. Dies dachte zumindest Tito, der damit sein politisches Erbe für die Zeit nach seinem Tod schaffen wollte. Das neue Delegiertensystem löste das bisherige parlamentarische Wahlsystem ab, eine Arbeiter/innenselbstverwaltung

wurde neu geschaffen und die wirtschaftlichen Kompetenzen der Länder weiter gestärkt. Zudem wurde Tito zum Präsidenten auf Lebenszeit gewählt und ein Staatspräsidium sollte den Weg danach absichern. Der Vorsitz sollte abwechselnd bei den Teilrepubliken liegen. (Strohmaier 2004, S. 103 f.).

Die Maßnahmen von Tito sollten sich vor allem nach seinem Tod als unzureichend oder oftmals auch als politische Trugschlüsse herausstellen. Bereits in den 1970er-Jahren zeigte sich, dass das System Jugoslawien als *der 3. Weg* an Glanz verlieren sollte. Schließlich führte die wirtschaftliche Liberalisierung zu einem nur verstärkten Konkurrenzdenken innerhalb dieser Staatengemeinschaft. Gleichzeitig verschuldete sich das Land nach außen hin immer weiter und die Einordnung zwischen Ost- und Westblock erwies sich nun als kein Vorteil, sondern als ein großes Problem.

Schließlich werden in einigen Quellen vor allem ökonomische Gründe für den Zerfall Jugoslawiens genannt (z.B. Schweiger 2005). Jedenfalls bilden diese vor allem in der letzten Phase des Staates einen wesentlichen Faktor für den Zusammenbruch und stehen aber in enger Wechselwirkung mit national(istisch)en Vorstellungen.

## 2.8. Die letzten Tage Jugoslawiens

Ab 1980 übernahm nach Titos Tod schließlich wie vorher festgelegt das Präsidium der Republik die Staats- und Regierungsgeschäfte. Dieses bestand nun aus 8 Mitgliedern, also jeweils einem Vertreter der Teilrepubliken sowie aus den beiden autonomen Provinzen.

Schnell begannen sich alle angestauten und unterdrückten Konflikte zwischen den Teilrepubliken auch immer mehr politisch zu offenbaren. Zunächst gab es noch den Versuch, mithilfe eines Gesetzes zum Schutz des Erbes Titos dessen Personenkult und die Idee eines geeinten Jugoslawiens aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahme hatte jedoch wenig Erfolg und konnte kaum noch etwas bewirken. (Strohmaier 2005, S. 105).

Und während nun vor allem seitens der Slowen/innen und Kroat/innen wirtschaftliche Gründe für ein Ende des sozialistischen Gesamtstaates genannt wurden<sup>42</sup>, mischten sich immer mehr offen nationale bzw. nationalistische Abgrenzungstendenzen in den gesamten Diskurs hinein. Nationale Mythen fanden immer mehr Einzug in politische Debatten. Dies betraf nicht nur Kroat/innen, sondern vermehrt auch Serb/innen sowie alle anderen Ethnien im Land. Religiöse Trennlinien, die durch den jugoslawischen Kommunismus weitgehend ruhig gestellt werden konnten, brachen als eine Folge dessen ebenso erneut auf breiter Ebene auf.

Das föderale Prinzip des „Teile und herrsche“ stellte sich als Trugschluss heraus, da nun immer mehr Teilrepubliken auf ihr Recht der Selbstbestimmung und ethnische Eigenständigkeit mit Hinweis auf eben diese Verfassungsgrundsätze pochten. (<http://www.dreigliederung.de/download/jugoslawien.pdf>, Abruf: 23.11.2011). Der sozialistische Pluralismus Jugoslawiens schien damit endgültig und anhand seiner eigenen liberalen Regeln ab den 1970er Jahren gescheitert zu sein.

Gleichzeitig, im Gegensatz zu anderen vom Systemwechsel betroffenen Staaten Osteuropas ab 1989, gab es vor allem seitens der politischen Vertreter Serbiens ein starres Festhalten an der Idee Jugoslawiens, immer mehr gegen den Willen aller anderen Teilrepubliken. Tito schien die Gefahr und Eigenart des Nationalismus von dieser Seite her unterschätzt zu haben, da sich seine Maßnahmen meist auf Kroatien konzentriert hatten. Milošević betrachtete sich nun als Nachfolger Titos und sah es als seine eigene Aufgabe an, die Föderation weiter zusammenzuhalten. Als Vertreter der Teilrepublik Serbien ab 1986 hatte er erheblich an Macht gewonnen und bereits erste Maßnahmen zur Wiederherstellung der *Ehre* Serbiens getroffen. Dazu gehörte eine teilweise Rücknahme der Autonomierechte für die Provinzen Vojvodina und den Kosovo aus der Verfassung von 1974.

Im Kosovo kam es in den 1980er immer wieder zu Unruhen, die albanische Mehrheit sah sich nun aber zusätzlich in ihren Rechten beschnitten.<sup>43</sup> Diese Erhebungen

---

<sup>42</sup> Slowenien war das industriell ertrageichste Land Jugoslawiens. Kroatien hatte durch den Adriatourismus ebenfalls einen bedeutenden eigenen Wirtschaftszweig aufgebaut. Aufgrund der sozialistischen Verteilung konnten sie daraus weiterhin wenig teilstaatlichen Nutzen ziehen.

<sup>43</sup> Dieser Konflikt dauert im Grunde bis heute an, zusätzlich verstärkt durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Kosovo-Albaner im Jahr 2008.

wurden gewaltsam niedergeschlagen und die Region selbst von Serbiens Führung aus verstärkt als verlorenes Altserbien propagiert.

Als Slowenien und Kroatien immer mehr für eine völlige Unabhängigkeit eintraten, begann Milošević im Grunde an „zwei Enden“ zu agieren. Einerseits forderte er die gesamte Bevölkerung bis zu den jugoslawischen Streitkräften dazu auf, sich gegen die slowenischen und kroatischen Sezessionisten notfalls mit Waffen zu verteidigen. Andererseits entfachte er selbst einen serbischen Nationalismus mit dem Ziel, alle Serb/innen in einem erweiterten, alles dominierenden Teilstaat zu vereinen. Dies geschah mit dem vordergründigen Argument sie gegen Angriffe von außen schützen zu müssen. Der Opfermythos Serbiens wurde hervorgeholt und verstärkt seitens des gleichgeschalteten Teils der politischen Landeselite sowie der jugoslawischen Presse propagiert. Dieser „*schizophrene Zustand*“ Serbiens sollte sowohl Kommunist/innen als auch serbische Nationalist/innen der *alten* und *neuen* Schule unter einem gemeinsamen Dach vereinigen. (Ivanji 2008, S.144f.).

Gleichzeitig mobilisierten slowenische, kroatische und bosnische Politiker weitere nationale Kräfte aus dem In- und Ausland. Dieser „Schreibtischnationalismus“ wirkte sich schließlich 1990 nach den ersten freien Parlamentswahlen tatsächlich auf breiter Ebene in der Gesamtbevölkerung aus. Zeitweilig wird, wie im folgenden Beispiel, der jeweiligen Elite die Hauptschuld an den folgenden Konflikten gegeben, wenngleich diese Sichtweise schlussendlich meiner Meinung nach doch zu kurz greift: *„74 % der Wähler sprachen sich nur einige Monate vor den ersten Wahlen im November 1990 in einer Meinungsumfrage gegen die ethnischen und nationalistischen Parteien aus und waren der Ansicht, daß (!) sie nicht einmal zu den Wahlen zugelassen werden sollten. Die Wähler gaben aber den nationalistischen Parteien eine deutliche Mehrheit. Es war also in relativ kurzer Zeit der breiten Koalition von ausgehungerten Intellektuellen über unzufriedene oder ehrgeizige kommunistische Parteimitglieder hin zur politischen Elite der einzelnen Länder äußerst erfolgreich gelungen, der Bevölkerung einen nationalen politischen Diskurs aus eigenen Machtinteressen heraus aufzuzwingen.“* (<http://www.dreigliederung.de/download/jugoslawien.pdf>, Abruf: 24.11.2011).

An anderen Stellen wird die Grundregel attestiert, der unterdrückte Nationalismus sei einfach das *letzte Wort* des Kommunismus. Zudem hatte sich weder im ersten noch

im zweiten Jugoslawien ein demokratisches Recht- oder Mehrparteiensystem jemals in irgendeiner Form entwickeln können. (Ivanji 2008, S. 141). Der Fall Jugoslawiens zeige abgesehen davon, wie stark gewisse „symbolische Eckpfeiler“ eines Systems im Extremfall wirken können. Derartige politisch-kulturelle Werte waren im Fall der Serben etwa die starke Identifikation mit Jugoslawien als deren, aber nicht nur deren Nationalstaat<sup>44</sup>, der kollektiven Erinnerung als Opfer in Kroatien und Bosnien im 2. Weltkrieg und dem Verlust des Kosovo als ureigenes serbisches Terrain. Dies alles führte zum Gefühl, diesen Staat um jeden Preis retten und konservieren zu müssen. Die Rolle der politischen Führer wird auch in solchen Thesen jedoch zumindest als wichtiger Faktor zur Beeinflussung der jeweiligen Bevölkerungsteile berücksichtigt. Schließlich kann nur durch diese ein ohne Zweifel breitenwirksamer Populismus mit den entsprechenden politischen Maßnahmen und Folgen zustande gekommen sein. (Cohen 2008, S.372; Didi 2006).

Die „Verteidigung der Selbstbestimmung“ der zukünftigen Nachfolgestaaten geschah demgegenüber nach deren Unabhängigkeitserklärungen meist zunächst auch unter nationalistischen Vorzeichen der Exklusion einzelner Gruppen – vor allem jener, die sich nun damit auf „fremdem“ Staatsgebiet<sup>45</sup> befanden. Dies erinnert nicht zufällig an vorangegangene Negativerfahrungen in Kriegszeiten, aber auch allgemein betrachtet an ähnlich aufkommende Nationalismen des 19. Jahrhunderts (vgl. Schweiger 2005, S. 240) und sollte zu einem erheblichen Problem für eine raschere Demokratisierung Kroatiens werden. Während Slowenien aber ein Unabhängigkeitskrieg weitgehend erspart blieb<sup>46</sup> und Mazedonien sowie Montenegro ohne Kampfhandlungen zu eigenen Staaten werden konnten, sah die Ausgangssituation in Kroatien mit seinen serbischen Minderheiten sowie in Bosnien- Herzegowina und dem Kosovo aber von Anfang an diesbezüglich schwieriger aus.

Die Erwartungen eines schnellen, friedvollen Wandels durch jene Länder Europas, die eine Auflösung Jugoslawiens befürworteten, konnten angesichts der ungelösten Fragen und bestehenden, oft tradierten Probleme zu Beginn eigentlich nur enttäuscht werden. Jedoch unterschätzte man vor allem die tatsächlichen Auswirkungen bzw.

---

<sup>44</sup> Oder eine hier verbreitete Ansicht, Serbien sei der *Erste unter Gleichen*.

<sup>45</sup> Z.B. die Krajina-Serb/innen in Kroatien, auch weniger eindeutige Zuschreibungen v.a. in Bosnien.

<sup>46</sup> Jedoch kam es auch hier zum sog. *10-Tage-Krieg* mit der jugoslawischen Armee.

die negative Dynamik der inneren Konflikte und verließ sich auf die positiven Aspekte eines nationalen Selbstfindungsprozesses.

### 3. Der Weg Kroatiens in die staatliche Unabhängigkeit und Demokratie

Wie oben erwähnt wurde nach dem scheinbaren Siegeszug der Demokratie ab den 1970ern in weiten Teilen der Welt - vor allem ausgehend von Wissenschaftler/innen aus den USA - ein universell gültiges „*analytisches Modell demokratischer Transition*“ aufgestellt. (vgl. Carothers 2002, S. 6).

Zu den bekannten Vertreter/innen zählen u.a. etwa Guillermo O´Donnell und Philippe Schmitter (vgl. O´Donnell u.a. 1991), die sich vor allem auf die weitgehend positiven Demokratisierungsentwicklungen in Südeuropa<sup>47</sup>, Lateinamerika oder auch in Teilen Asiens stützten, allerdings ebenso ganz bewusst allgemeine Rückschlüsse zulassen und aufstellen. Derartig formulierte Theorien dienten in der Transformationsforschung lange als Grundlage und beinhalteten nun selbst die neuen Transformationsversuche in Osteuropa. Zu Recht stellten sich aber bereits vor einigen Jahren angesichts des Fehlschlagens einiger Demokratisierungsbemühungen Autor/innen wie Carothers die Frage, in wie weit althergebrachte Modelle noch sinnvoll wären. Dabei geht es jedoch nicht um eine allgemeine Kritik an diesem Forschungszweig an sich, der im Grunde nützliche, aber oft sehr vereinfachende, abstrakte, dann wieder extrem komplizierte, unüberschaubare Modelle hervorgebracht hat.

*„Sie nutzten oft mehr als Beschreibung denn als Erklärung und waren einander erstaunlich widersprüchlich. Das grundlegende sich den Analysten stellende Problem besteht in der enormen Varianz des Demokratisierungsprozesses von Fall zu Fall und von Region zu Region. Die bisher formulierten generalisierten Aussagen*

---

<sup>47</sup> D.h. Spanien, Italien, Griechenland – nicht damit gemeint sind die sog. Balkanstaaten.

*scheiterten entweder an der Erfassung aller empirischen Vielfalt oder an ihrer Erklärung.“ (zit. Geddes 2010, S. 5).*

Carothers stellt die Hauptthesen der Transitionsforschung in fünf Kernannahmen dar, die häufig zu Trugschlüssen und Fehlinterpretationen geführt haben. Diese stellen sich sinngemäß wie folgt dar (vgl. dazu Carothers 2002, S. 6 ff.):

- Jedes beliebige Land, das sich von diktatorischen Verhältnissen wegbewegt wäre bereits ein Land „in Transition zur Demokratie“.

Diese Feststellung trifft bzw. traf für Kroatien nur in einem eingeschränkten Ausmaß zu, wie im Folgenden erläutert werden soll.

- Die Entwicklung würde immer in drei klaren Stufen verlaufen: Öffnung einer Diktatur, Umbruch und anschließend Konsolidierung der Demokratie.

Auch diese Annahme kann für Kroatien nicht einwandfrei bestätigt werden, wie sich später zeigen wird.

- Freie Wahlen würden bereits eine Demokratie herstellen können.

Diese Aussage ist generell zu kritisieren, da freie Wahlen keine politische Pluralität und Heranbildung einer notwendigen Opposition garantieren. In wie weit dies aber überhaupt für Kroatien zutrifft, ist zumindest bis zu den Wahlen von 2000 teilweise umstritten.

- Ökonomische, gesellschaftliche bzw. regionalspezifische Vorbedingungen wären keine Hauptfaktoren beim Transformationsprozess.

Die Annahme, dass derartige Vorbedingungen in einem Staat keine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess spielen würden hat sich besonders im Fall Osteuropa als grundsätzlich falsch herausgestellt. Dies wurde für das Beispiel Kroatien bereits auf

einigen Ebenen erläutert, soll in den folgenden Kapiteln aber zusätzlich untermauert werden.

- Die dritte Demokratisierungswelle sei lediglich ein politisches „Redesign“ alter Staaten.

Zählt man die Staaten Osteuropas zur 3. Welle hinzu<sup>48</sup>, so handelt es sich eindeutig um mehr als ein bloß politisches „Redesign“. Dies gilt insbesondere für Länder wie Kroatien, vgl. dazu v.a. Ausführungen zum *Dilemma der Gleichzeitigkeit*. (Offe 1994).

Warum verlief also der Weg Kroatiens nicht so geradlinig wie erhofft und zeigt gut die Fehleranfälligkeit transitorischer Modelle auf? Tatsächlich treffen die Kernannahmen nämlich durchaus auf andere Staaten selbst Osteuropas (mit Einschränkungen) zu, stimmen woanders aber nicht mit der Realität überein.

Dieser Frage soll in den folgenden Kapiteln weiter auf den Grund gegangen werden. Dabei ist es einerseits notwendig, sich von den oben genannten alten Vorstellungen der Transformation *in eine Richtung* zu lösen oder sich nicht systematisch einengen zu lassen sowie alternative Herangehensweisen und Erkenntnisse der Forschung mit einzubeziehen. Tatsächlich ist auch die Transformationsforschung Veränderungen unterworfen und stellt sich also nicht immer derart resistent für Paradigmenwechsel dar, wie es in der Kritik von Carothers angenommen wird. Möglicherweise wurde ein Wandel in dieser Forschung durch eben solche Vorwürfe, vor allem aber durch eine offensichtliche Fehlerhaftigkeit und teilweise Ungültigkeit, nachhaltig beschleunigt.

Umgekehrt gab es jedoch bereits seit den 1990er Jahren wissenschaftliche Ansätze, die viele der Probleme bei der Demokratisierung in Osteuropa präzise analysierten. Einige sollen im folgenden Teil der Arbeit ebenso mit einfließen und beweisen, dass abseits dem von Carothers als starr kritisierten Kern der Transformationsforschung durchaus sinnvolle Erklärungen für unerwartete Negativphänomene existieren.

Im vorherigen Kapitel wurde in diesem Sinne versucht auf die komplexe Geschichte, häufig tradierte Mythen und gesellschaftliche Erfahrungen als Hauptfaktoren für die heutigen Probleme in der staatlichen und demokratischen Entwicklung des Landes

---

<sup>48</sup> Wie es in den meisten Definitionen der Fall ist.

Kroatien Rücksicht zu nehmen. Nun soll im Detail auf die spätere Situation im Land seit Erklärung der Unabhängigkeit eingegangen werden und solche Verbindungen sichtbar gemacht werden. Dies geschieht unter Berücksichtigung der demokratischen Entwicklung Kroatiens und seiner Problemstellungen.

### 3.1. Definition und Grundlagen demokratischer Staaten

Zunächst soll aber der Frage nachgegangen werden, wie sich Demokratie überhaupt definieren lässt und welche Grundlagen in einem Staat vorhanden sein müssten um einen solchen Zustand zu erreichen.

Eine theoretische Auseinandersetzung mit dieser politischen Staatsform reicht wie diese selbst bereits bis in die griechische Antike zurück, jedoch soll an dieser Stelle exemplarisch vor allem auf drei wissenschaftlich bedeutende Erklärungsmuster der Gegenwart eingegangen werden.

Das Modell der *Polyarchy* von Robert A. Dahl beschreibt wesentliche Charakteristika und Aspekte der Demokratie bzw. von Demokratisierungsprozessen. (vgl. dazu und zum folgenden Dahl 1971, S. 1 ff.). Die Kernaufgabe einer (potentiellen) Demokratie bestünde zunächst darin, in einem politischen System die Möglichkeit für die Bildung einer Opposition, Rivalität und des Wettbewerbs zwischen einer jeweiligen Regierung und ihren politischen Gegnern zu erschaffen. Ein wesentlicher Aspekt ist weiters die Zugänglichkeit des Systems für die einzelnen Bürger/innen.

In diesem Sinne müssen alle Mitglieder einer Gesellschaft die folgenden ungestörten Möglichkeiten besitzen (sinngemäß zit. nach Dahl 1971, S. 2):

1. Eigene Präferenzen formulieren können.
2. Diese Präferenzen gegenüber Mitbürger/innen und der Regierung ausdrücken können; dies etwa in Form individueller oder kollektiver Durchführung.
3. Erreichen können, dass die verschiedenen Präferenzen durch die Regierung jeweils gleichbehandelt werden, d.h. ohne irgendeine Art der Diskriminierung.

Gestützt werden diese Präferenzen allerdings erst durch institutionelle Garantien und eigens zu schaffende Rahmenbedingungen. Dahl unterteilt die Bedingungen für eine Demokratie über die oben genannten Möglichkeiten in drei Hauptgruppen mit 5-8 Grundgarantien. Zur 1. Gruppe „*Präferenzen formulieren können*“ zählen die Freiheit Organisationen beizutreten oder diese zu gründen, Meinungsfreiheit, das Wahlrecht, das Recht politischer Führungspersonen für eine Unterstützung zu kämpfen und alternative Informationsquellen. In der Gruppe „*Präferenzen kundtun*“ addieren sich neben den fünf genannten Garantien weitere zwei: freie und faire Wahlen sowie die öffentliche Amtsfähigkeit. Die letzte Gruppe „*Präferenzen gleichbehandeln*“ beinhaltet neben den nun sieben genannten eine weitere Garantie, und zwar entsprechende Institutionen zu schaffen. Aus dieser Analyse würden sich zwei große theoretische Dimensionen von Demokratisierung ergeben: *Öffentliche Auseinandersetzung* und *Partizipationsrechte*. (ders. 1971, S. 3 ff.).

Polyarchien bedeuten also vor allem eine volle Partizipationsmöglichkeit kombiniert mit einem hohen Grad an öffentlicher Auseinandersetzung. Demgegenüber gibt es etwa Hegemonien, die entlang eines nur niedrigen Grades der Auseinandersetzung verlaufen, oder aber Oligarchien, die nur einem geschlossenen Partizipationskreis zugänglich sind. Dabei ist eine Weiterentwicklung dieser zu einer Polyarchie, d.h. durch Demokratisierung, in jedem Fall möglich, bedarf allerdings der Anpassung und Veränderung der jeweiligen nationalen und subnationalen Rahmenbedingungen. Dahl räumt im Übrigen selbst ein, dass in seinem Modell nicht alle Aspekte einer Demokratie genannt werden können. (ders. 1971, S. 6 ff.).

Demgegenüber setzt sich insbesondere Wolfgang Merkel in größerem Ausmaß mit der Bedeutung von Demokratie, seiner Entstehung und den aktuellen Entwicklungen auseinander. Diese würden v.a. die Lückenhaftigkeit bisheriger theoretischer Modelle der Demokratisierung aufzeigen und so die Notwendigkeit tiefer gehender Analysen als bisher bestätigen. Zunächst wird festgestellt, dass das politische System wie das wirtschaftliche System, Recht oder Wissenschaft ein gesellschaftliches Teilsystem darstellt. Die Ausübung eines *Gewaltmonopols* geschieht mittels staatlicher Gewalt- bzw. Sanktionsmittel und wird durch dessen politische Aufgabe, das Überleben der Gesamtgesellschaft zu sichern, legitimiert. Außer einer notwendigen funktionalen Ebene des politischen (Teil-) Systems ergeben sich also Manifestationen politischer

Herrschaft durch unterschiedlichste Formen der Legitimation. Mechanismen und Strukturen des Zugangs zur und der Sicherung von politischer Macht bilden die normative und institutionelle Innenausstattung unterschiedlich aufgebauter politischer Systeme. (vgl. dazu und zum Folgenden: Merkel 2010, S. 21 ff.).

Systematische Typologien von internen politischen Herrschaftsorganisationen haben eine lange wissenschaftliche Tradition. Als Beispiele werden hier die Formen<sup>49</sup> der *Alleinherrschaft*, der *Herrschaft der Wenigen* oder der *Herrschaft der Vielen* genannt, die mit Modifikationen und Anpassungen seit der Antike über das Mittelalter hinweg bis in die Neuzeit eine grundlegende Bedeutung behielten. Auf der Grundlage dieser Herrschaftstypen können schließlich außerdem politische Systemtransformationen festgestellt und beobachtet werden. Um dabei zu aussagekräftigeren Ergebnissen gelangen zu können ist es laut Merkel aber vonnöten, genauere Klassifikationen und Definitionen dieser Systeme vorzunehmen.

Merkel stellt dafür 6 Klassifikationskriterien fest, anhand derer man die Aspekte der Herrschaft in einem politischen System bestimmen kann: Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise. (ders. 2010, S. 22). Je nach Ausprägung lassen sich so grob eingeteilt demokratische und autokratische Systeme gegenüberstellen. Innerhalb der Demokratien gibt es wiederum rechtsstaatliche und defekte Demokratien. Letztere weisen häufig in der Herrschaftsweise, mitunter aber auch in einzelnen anderen dieser sechs Punkte unterschiedlich starke Defizite auf. Tatsächliche Autokratien können demgegenüber autoritär oder totalitär ausgeprägt sein. Auch Grauzonen<sup>50</sup> sind innerhalb der Grundtypen Demokratie und Autokratie möglich. Seltener gibt es diese Phänomene auch übergreifend, z.B. befinden sich einzelne Staaten zwischen einer defekten Demokratie und autoritären Autokratie. Diese „doppelten“ Grauzonen lassen sich meist auf zeitlich vorübergehende Entwicklungsphasen zurückführen. Merkel führt hier die Möglichkeit der Darstellung anhand von Zeitachsen an um diese Übergänge beobachten zu können. Als Beispiel kann die Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert genannt werden, die sehr viele Phasen vom semiautoritären

---

<sup>49</sup> Monarchie vs. Tyrannei, Aristokratie vs. Oligarchie, Politie vs. Demokratie.

<sup>50</sup> Vgl. dazu Carothers 2002.

Kaiserreich über ein totalitäres System während des 2. Weltkrieges bis hin zu der heutigen Demokratie durchlaufen hat.

Die Wandelbarkeit von der Vorstellung der Demokratie an sich kann anhand anderer Beispiele verdeutlicht werden: Lange Zeit verstand man unter dieser *Herrschaft des Volkes* nämlich nur jene der männlichen Vollbürger. Selbst in den fortgeschrittenen Industrieländern des 18. und 19. Jahrhunderts war diese Definition wenig verändert worden. Das Wahlrecht wurde erst ab 1918 weitgehend universell. Frauen erhielten das Wahlrecht in diesen Demokratien erst im Laufe des 20. Jahrhunderts. (Merkel 2010, S. 27).

Insgesamt sieht Merkel das *Polyarchie*-Modell von Dahl als eine Art Minimaldefinition von Demokratien an und ergänzt es v.a. durch die Modellvorstellung der *Embedded Democracy*. Hier ist die Demokratie eingebettet durch verschiedene Teilregime, nicht nur einem Wahlregime. Freie Wahlen seien also notwendig, aber alleine noch keine hinreichende Bedingung für eine vollwertige Demokratie. Dies kann auch als Kritik an der Transformationsforschung des Westens verstanden werden. Somit kommen als weitere wesentliche Teilregime die politischen Partizipationsrechte, die bürgerlichen Freiheitsrechte, Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit sowie effektive Regierungsgewalt hinzu. Merkel widmet sich außerdem im Detail dem Phänomen *defekte Demokratie*. (vgl. Merkel 2003 und 2010). Hierbei nennt er verschiedene Formen wie exklusive, liberale, delegative oder Enklavendemokratien. Ursachen für Defekte betreffen u.a. das jeweilige Modernisierungsniveau, das Vorgängerregime, das Sozialkapital, die Zivilgesellschaft oder die internationale Einbindung.

Charles Tilly weist v.a. auf die Unterschiedlichkeit der Definitionsmöglichkeiten von Demokratie an sich hin. Dabei versucht er verschiedene Ansätze zu vergleichen und gelangt zu der Ansicht, dass grundsätzlich vier verschiedene Typen einer Definition von Demokratie existieren (vgl. dazu Tilly 2007, S. 7 ff.):

Der *konstitutionelle* Ansatz konzentriert sich auf die Gesetze in einem Regime. Diese Sichtweise habe offensichtliche Vorteile, allerdings gibt es vor allem im praktischen Anwendungsbereich mögliche Lücken. Länder können so eindeutig demokratische Verfassungen produzieren, sich tatsächlich aber in grauen Bereichen wiederfinden.

Der *substantielle* Ansatz konzentriert sich auf die Lebensumstände und Verhältnisse in der Politik innerhalb eines Regimes. Zwar wird hier besonders neben Freiheitsaspekten auf die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Gegebenheiten Rücksicht genommen. Dies kann jedoch zu den Fragen führen, ob etwa Armut und Demokratie als Widersprüche zu verstehen sind oder ob umgekehrt bei reichen Staaten nicht ebenso Demokratiedefizite existieren können.

Der *prozedurale* Ansatz definiert Demokratie vor allem entlang der Möglichkeit an Wahlen teilzunehmen und sich so allgemein am politischen Leben eines Regimes beteiligen zu können. Diese Sichtweise wird u.a. durch Carothers und Merkel als zu kurz greifend, nicht nachhaltig und minimalistisch kritisiert, jedoch gleichzeitig als ein unbedingtes Element von Demokratie verstanden.

Im *prozessorientierten* Ansatz wird schließlich die Meinung vertreten, dass eine Demokratie als Set verschiedener Prozesse in ständiger Bewegung verstanden werden müsse. Tilly verweist auf Dahl, der effektive Partizipation, Stimmgleichheit, Informationsaufklärung, Kontrolle über die Themen und Inklusion aller erwachsenen Staatsbürger/innen als Kriterien für eine Demokratie heranzieht. Bemerkbar ist dabei aber vor allem beim letzten Punkt, dass gerade traditionelle „Vorzeigedemokratien“ aus der Antike dieser Definition niemals standhalten würden. (Tilly 2007, S. 9). Schließlich weist Tilly allgemein auf die Existenz des *Freedom House Index* hin, bei dem versucht wird auf die reale Situation in einem Regime einzugehen. Es zeigt sich dabei, dass eine bloß theoretisch geschaffene Basis für Demokratie (z.B. durch eine Verfassung) nicht eine praktische Umsetzung derselben bedeuten muss. Als Beispiel wird u.a. Kasachstan genannt. (Tilly 2007).

### 3.2. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit

Die gezielte Erforschung der Transformation in Osteuropa setzte bereits relativ früh ein, wobei im internationalen Wissenschaftsdiskurs größtenteils zunächst noch vor allem auf die verallgemeinernden (US-) Modelle aus den 1970er oder 1980er Jahren als Deutungs- und Erklärungsmuster zurückgegriffen wurde. Zwar schienen sich die Annahmen auch zu bewahrheiten und es zeichnete sich zumindest oberflächlich ein Triumph der Demokratie nach diesem Muster selbst im *kommunistischen Osten* ab.

Allerdings zeigten sich ebenso schnell Lücken in der weiteren Entwicklung, die sich nicht mit den herkömmlichen Modellen erklären ließen.

Die Konsolidierung der Demokratie war mancherorts trotz des Umbruchs lange nicht erreicht worden, anderenorts wurde sie auf halbem Weg sogar wieder umgekehrt.<sup>51</sup>

Bereits in den 1990ern entwickelten europäische Sozialwissenschaftler/innen neue Zweige der Transformationsforschung, die als solche nicht immer eindeutig deklariert bzw. wahrgenommen wurden und daher erst allmählich auch in Diskursen der US-Forschung bzw. weltweit größere Beachtung fanden. Zudem handelt es sich dabei im engeren Sinn eher um Regionalanalysen, wodurch mitunter eine Abgrenzung zur traditionell teoriengeprägten Transitionsforschung vorgenommen wird und bis heute mancherorts Verknüpfungshemmungen bestehen.

Nichtsdestotrotz bieten diese Ansätze aber oft bessere Wege an zu verstehen, wieso Osteuropas Demokratisierung nicht mit herkömmlichen theoretischen Maßstäben zu beurteilen und analysieren ist bzw. warum man dabei oft gescheitert ist.

Das *Dilemma der Gleichzeitigkeit* (Offe 1994) ist ein Erklärungsversuch dafür, warum die Öffnung, Demokratisierung und Liberalisierung in den Staaten Osteuropas trotz der aufkommenden Anfangseuphorie den Erwartungen nicht standhalten konnte.

In Osteuropa erstreckte sich die Transformation über mehrere Ebenen des Systems. Sie betraf neben der politischen Ebene in Form eines systematischen Wandels vom Kommunismus zur Demokratie die wirtschaftliche Ebene von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft.

Es gab weder einen konkreten Umsetzungsplan einer Revolution noch (meist) ein historisches Vorbild. Während Westeuropa in einem jahrhundertelangen Prozess Nationalstaaten, Marktwirtschaft und schließlich demokratische Strukturen aufbauen konnte, blieben vielen Staaten Osteuropas für eine ähnliche Entwicklung bloß einige wenige Jahre bzw. mussten sie überhaupt parallel verlaufen. (vgl. Offe 1994, S. 65 oder Beyer 2006).

Im Fall Kroatiens betraf dies neben der Notwendigkeit einer neuen Verfassung, der Weiterentwicklung politischer Prozesse in Richtung demokratischer Normen und der

---

<sup>51</sup> Bekanntes Beispiel dafür ist z.B. Belarus (Weißrussland).

Neuorientierung der Wirtschaftsform die Definition des Staatsterritoriums selbst<sup>52</sup>. Dieses Dilemma der Gleichzeitigkeit bedeutete auf Kroatien umgelegt also durchaus einen Extremfall, da es sich im Grunde mit allen denkbaren Problemen des Wandels konfrontiert sah. Die Herstellung eines eigenen Nationalstaats wurde in Folge dessen zum erklärten Hauptziel der neuen Führung, was automatisch die Vernachlässigung bestimmter politischer Bereiche zur Folge hatte und zu weiteren Konflikten führen musste. Insbesondere die Ausentwicklung einer eigenständigen Zivilgesellschaft als Kern einer Demokratie wurde so lange Zeit von staatlicher Seite gehemmt.

Merkel greift diesen Ansatz teilweise auf, kritisiert jedoch seine Schlussfolgerungen. So hätte sich in der Realität gezeigt, dass post-kommunistische Staaten durchaus in der Lage sind mit der neuen Situation umzugehen und habe sich in vielen Beispielen gezeigt, dass rasch ein demokratischer Wandel vollzogen werden konnte. Er betont zudem besonders ein potentiell positives Erbe des Staatssozialismus, das zumindest einige neugeordnete Staaten Osteuropas betreffen würde. (vgl. Merkel 2007).

Insgesamt zeigt sich jedoch wiederum, dass Demokratisierung und der Prozess der Konsolidierung zur Demokratie in der Forschung höchst unterschiedlich verstanden werden. Die Forschung würde sich dabei zwischen minimalistischen und detaillierten Modellen bewegen und so selbst oft zur weiteren Verwirrung beitragen.

Anhand eines *Mehrebenenmodells demokratischer Konsolidierung* versucht Merkel seinerseits demokratische Fortschritte in Osteuropa messbarer zu machen. Auf der konstitutionellen Konsolidierungsebene sowie im Bereich Verhaltenskonsolidierung bewegt sich Kroatien im Mittelfeld, in den Bereichen repräsentativer Konsolidierung und Konsolidierung der demokratischen politischen Kultur zwar nicht direkt an der Spitze, aber im oberen Drittel. Insgesamt ergibt sich hier eine Gesamtkonsolidierung Kroatiens an einer guten fünften Stelle von 18 Staaten<sup>53</sup>. (vgl. dazu und zum näheren Verständnis des Modells Merkel 2007, S. 19 ff.). Allerdings ist dieser Vergleich nicht unbedingt aussagekräftig und zudem wird eingeräumt, dass bestehende Probleme wie Korruption und andere demokratischen Defizite in Ländern wie Kroatien weiterhin trotz dieser scheinbar guten Positionierung existieren würden. (ders. 2007, S. 426).

---

<sup>52</sup> Auch als *staatliche Transformation* bezeichnet.

<sup>53</sup> 1. Stelle: Slowenien, letzte Stelle: Belarus.

Allerdings würden viele der aktuellen Probleme nur schwerlich durch das Dilemma der Gleichzeitigkeit Offes erklärbar gemacht werden. Schließlich kritisiert Merkel dieses Modell vor allem deshalb, weil es wie das Transitionsparadigma ein Opfer seiner „*theoretischen Eleganz*“ geworden ist und aufgrund seines Anspruches der Allgemeingültigkeit wenig Spielraum für die tatsächlichen Abweichungen von der Regel lässt. (vgl. Merkel 2007, S. 427 ff.).

### 3.3. Kein friedlicher Anfang für Kroatien

Die Verfassung von 1974 war der letzte große Versuch Titos, durch Stärkung der Teilrepubliken und der autonomen Provinzen den Gesamtstaat zu stabilisieren. Mit seinem Tod nach schwerer Krankheit im Jahr 1980 wurde wie darin vorgesehen das Präsidentenamt als solches abgeschafft. Anstelle dessen trat ein Staatspräsidium. Alle Teilrepubliken und die autonomen Provinzen waren darin durch eine Person als Quasi-Präsidenten vertreten. Der Vorsitz dieses mehrköpfigen Präsidiums sollte im Rotationsprinzip abwechseln. (vgl. dazu und zum Folgenden: Passin/Felkier 2005, S. 32 ff.).

Zunächst begannen insbesondere in der autonomen Provinz Kosovo die nationalen Spannungen erneut zu eskalieren. Die rücksichtslose Vorgehensweise und Reaktion des Parteichefs der serbischen Kommunisten Slobodan Milošević wurde zunehmend auch von den Slowen/innen und Kroat/innen kritisiert. Nachdem der innerstaatliche Druck weiter zunahm und immer mehr auf eine Staatskrise hindeutete wurde im Jahr 1989 erstmals die Bildung neuer Parteien zugelassen<sup>54</sup>. Gleichzeitig hatte das Land bereits seit Längerem mit einer andauernden Wirtschaftskrise zu kämpfen, wodurch die Konflikte zwischen den einzelnen Teilrepubliken nur verstärkt wurden.

Im serbischen Teil zeichnete sich nun ein weiterer Aufstieg Miloševićs<sup>55</sup> ab. Dieser versuchte durch Rezentralisierung zum Status vor 1974 zurückzukehren und dabei die Stellung der Serb/innen wieder allgemein zu stärken. Im Jänner 1990 kam es schließlich zum Eklat am Kommunistischen Parteitag, da zunächst die slowenische

---

<sup>54</sup> Allerdings mit gewissen Einschränkungen.

<sup>55</sup> Vgl. dazu und wie sich dieser Weg in Serbien noch lange fortsetzen konnte: Džihic 2006, S. 157 ff.

Delegation aus Protest den Kongress verließ. Wenig später folgte Kroatien diesem Beispiel. (Passin/Felkier 2005, S.33).

Drei Monate später kam es zu den ersten Parlamentswahlen. In Kroatien gewann die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) mit 42,3% der Stimmen die absolute Mehrheit, der Bund der Kommunist/innen und Sozialdemokrat/innen kam auf 35,3%. Die Koalition der Volksverständigung erlangte 15%. (Schweiger 2005, S. 80).

Die serbische Minderheit in Kroatien sah sich aufgrund eines neuen Wahlsystems stark benachteiligt und im Teilstaat ohnehin seit Längerem diskriminiert. Im Sommer 1990 kam es so zur sog. *Baumstammrevolution*. Die ansässigen Serb/innen wollten aus Protest die Anbindung Dalmatiens an den Norden Kroatiens verhindern, indem sie Baumstämme in ihren Siedlungsgebieten vor allem um die Stadt Knin herum auf den Verkehrsstraßen postierten. Diese Aktion wurde von der Jugoslawischen Armee weitgehend geduldet und im Grunde dadurch stillschweigend unterstützt. Es bildeten sich zudem serbische Paramilitärs, auch im serbisch besiedelten Ostslawonien, die mit der Unterstützung der jeweiligen regionalen, serbisch geprägten Polizei rechnen konnten. Demgegenüber begann man von kroatischer Seite eigene Polizeieinheiten aufzurüsten und schließlich eine eigene Nationalgarde aufzustellen. (Passin/Felkier 2005, S. 34).

Das regionale Parlament *Sabor* wurde neu aufgestellt und verabschiedete zum Ende des Jahres 1990 eine neue eigene Verfassung. Im Mai des darauffolgenden Jahres kam es bereits zur Abstimmung über die Unabhängigkeit Kroatiens, allerdings ohne die Teilnahme der serbischen Minderheit im Land.

*„Die Unabhängigkeit [...], die 1991 in einem nationalistisch, ethnisch orientierten Referendum (nur KroatInnen waren stimmberechtigt<sup>56</sup>) bekräftigt worden war, führte Kroatien zwar aus der SFRJ, aber zuerst in einen Krieg mit der JNA und Serbien, um die serbische Krajina in Kroatien, in ein autoritäres National-Regime, geprägt von massiver Medienunterdrückung durch Präsident und Regierung, samt massiver politischer Bereicherung der politischen Eliten rund um Tuđman [...] und schließlich*

---

<sup>56</sup> An anderen Stellen wird von einem Wahlboykott als Protest durch die serbische Bevölkerung gesprochen.

*in den Konflikt mit bosnischen MuslimInnen und SerbInnen in BiH und darüber in internationale Isolation.*“ (zit. Schweiger 2005, S. 79).

Kroatien erklärte - wie auch Slowenien – am 25. Juni 1991 seine Unabhängigkeit. (vgl. Abbildung 5). Als letzter Anlass war dieser ein Streit um den Vorsitz mit dem serbischen Vertreter im Präsidium vorangegangen. Die jugoslawische Armee erhielt wenig später den Befehl die Grenzen des Landes zu sichern, allerdings weigerte sich Slowenien nun deren Einmarsch in sein Territorium zuzulassen. Es folgte eine zehntägige „Besetzung“ Sloweniens<sup>57</sup>, aber auch auf Druck seitens der EU der anschließende und endgültige Abzug der JNA- Truppen aus dem neugegründeten Staat.

Die Kroat/innen beobachteten diese Entwicklung jedoch zunächst selbst mit großer Skepsis. Schließlich konnten die Serb/innen in Slowenien ohnehin auf Dauer keinen Gebietsanspruch geltend machen, ganz im Gegensatz aber zu Kroatien. Schließlich deckte sich im Fall Sloweniens die Grenzführung der Teilrepublik weitestgehend mit der ethnischen Trennlinie. (vgl. Abbildung 3). Zudem sorgten die größere Entfernung vom serbischen Kernland und die Nachbarschaft zum westlich geprägten Österreich und Italien für eine einfachere Desintegration vom Rest Jugoslawiens.

Tatsächlich kam es in Folge dessen zu weitreichenden Kampfhandlungen zwischen Serb/innen und Kroat/innen. Die Jugoslawische Armee versuchte zunächst neutral zu bleiben und die Situation zu beruhigen, trat jedoch wenige Monate später offen für die Seite Serbiens ein. *„Während der folgenden Kampfhandlungen gelangte ein Drittel des kroatischen Staatsgebietes unter serbische Kontrolle. [...] Ziel der serbischen Kriegsführung in Kroatien war es, alle serbischen Siedlungsgebiete aus Kroatien herauszulösen und großzügig zu arrondieren.“* (zit. Passin/Felkier 2005, S. 35).

Der folgende kriegerische Konflikt dauerte von 1991 bis 1995 (bzw. 1998) und hatte neben tausenden Kriegsoffern Flüchtlingsbewegungen von zigtausend Personen vor allem ins westliche Ausland zur Folge. Zunächst wurden zahlreiche Nicht- Serb/innen aus dieser international nicht anerkannten Republik vertrieben und eine Angliederung an Serbiens Kernland angestrebt.

---

<sup>57</sup> Besser bekannt als 10-Tage-Krieg.

Insbesondere die prominenten Bilder der militärischen Eroberung und Zerstörung der Stadt Vukovar durch serbische Einheiten hinterließen weltweit einen nachhaltigen, negativen Eindruck auch in jenen westlichen Staaten, die bis dahin einen endgültigen Zerfall Jugoslawiens noch verhindern wollten.

Mithilfe der nun einsetzenden Intervention der internationalen Gemeinschaft kam es nach zwei umstrittenen kroatischen Operationen<sup>58</sup> zur Wende. Bis zur endgültigen Auflösung der letzten Bastionen der *Republik Serbische Krajina* (vgl. Abbildung 4) dauerte es noch drei weitere Jahre. Nun wurde die serbische Minderheit des Landes selbst Opfer von Vertreibungen und in Folge dessen ihr Anteil im kroatischen Staat drastisch reduziert.

Vor allem die nun erfolgreiche Rückeroberung mit der *Schlacht um Vukovar* wurde zu einem zentralen nationalen Erlebnis bzw. zum wichtigen mythenhaften Ereignis des modernen Kroatiens im Kampf gegen seine Feinde erhoben. Die Stadt wurde damit auch zu einem abstrakten Sinnbild für ein ganzes Land und dient bis heute als Anhaltspunkt zur kroatischen Identitätsfindung in Abgrenzung zu Serbien. Anhand verschiedener Denkmäler, die u.a. direkt entlang der Donau in einer Grenznähe zu Serbien postiert wurden, wird dieses „für ein freies Kroatien aufgebrachte Opfer“ zusätzlich symbolisch und schriftlich aufbewahrt. (vgl. dazu Kardov 2007, S. 69 f.).

### 3.4. Ein Situationsvergleich ehemaliger Föderationen Osteuropas

Rückblickend lassen sich somit bereits einige Gründe für die konfliktvolle Loslösung Kroatiens vom jugoslawischen Staatenbund feststellen. Historische Vorbedingungen und diesbezügliche Erfahrungen sowie Mythen bilden eine wesentliche Grundlage für das wiederholte Scheitern dieser Gemeinschaft. Hinzu kommen aber viele weitere gesellschaftliche, ökonomische oder politische Faktoren.

Vergleicht man die Situation mit jener der UdSSR oder der Tschechoslowakei wie Cohen (vgl. dazu und zum Folgenden: Cohen 2008, S. 367 ff.), so entdeckt man zwar einige Parallelen aber letztendlich auch entscheidende Unterschiede. In allen Fällen wurde mittels eines mehr oder weniger politisch ausgewogenen Föderalismus

---

<sup>58</sup> Die Militäroperationen Blitz (Bljesak) und Oluja (Sturm) der kroatischen Armee.

versucht, einen Ausgleich zwischen den Ethnien in den multiethnischen Regimen herzustellen. Dabei zeigte sich aber, dass Tito Stalins Föderalismus für Jugoslawien stark modifiziert hatte und ihn als seine Eigenart abwandelte. Er schwankte teilweise zwischen Rezentralisierungen und der Stärkung einer gemeinsamen jugoslawischen Identität sowie der vor allem zum Ende seines Ära hin stärkeren Gewährleistung von Autonomierechten für die einzelnen Volksgruppen. Selbst in der UdSSR und in der Tschechoslowakei gab es aber einen wiederholten Wechsel von Maßnahmen in die eine oder andere Richtung.

Schließlich konnte es überall zu einer Art politisierter Ethnizität kommen, die einen wichtigen Faktor bei der Auflösung kommunistischer Föderationen spielt. Die Folgen nationaler, nationalistischer Strömungen waren Separatismus und Sezession. Doch Nationalismus kann erst dann einen wirklich fruchtbaren Boden finden, sobald das kommunistische Regime bereits Defekte aufweist und Angriffsflächen durch nationale Interessensbildung bietet. Die Gründe dafür liegen wiederum bereits im Politikfeld der Nationalitätenfrage kommunistischer Ideologien selbst. So ignoriert die Ideologie des Marxismus weitgehend die politische Kraft der Nationalität. Föderativen Systemen des Kommunismus ist es zudem nicht möglich, dauerhaft tragfähige Mechanismen der Machtaufteilung und Repräsentation für alle ihre Bürger/innen sicherzustellen. Nationalistische Ideen finden meist eine Unterdrückung durch neugeschaffene pan- ethnische Werte. Zusätzlich stieg in diesen Fällen der allgemeine Frust aufgrund fehlender Modernisierungsergebnisse.

Laut Cohen können so erst extrem ethnozentristische Weltbilder oder die Vorstellung von der nationalen Selbstverteidigung entstehen. Sie bilden die letzte Phase vor dem Ende des Kommunismus. Ein besonderes Beispiel stellt die Situation der Kroat/innen und Serb/innen im ehemaligen Jugoslawien dar. Wie im folgenden Teilkapitel vor allem für den Fall Kroatien näher ausgeführt werden soll, konnte besonders in den 1990er Jahren erfolgreich eine Opposition dieser beiden Seiten hergestellt werden.

Schließlich waren es auch die politisch-kulturellen Werte, die vom Regime an seine Bewohner/innen vermittelt wurden. Vor allem die Serb/innen fühlten sich infolge dessen als die notwendigen Verteidiger/innen Jugoslawiens. Der Symbolwert der Vergangenheit und alter Mythen wurde von den einzelnen politischen Vertretern der Kroat/innen und Serb/innen in der letzten Phase und darüber hinaus nur zusätzlich verstärkt. Im Gegensatz dazu empfanden die Russ/innen das Ende der UdSSR mehr

als eine Art des Neuanfangs und wollten nicht wie die politisch instrumentalisierten Serb/innen den Gemeinschaftsstaat und sein System retten. Während Gorbatschow selbst eine Liberalisierung einleitete und den Zusammenbruch der UdSSR nicht mehr mit militärischen Mitteln verhindern wollte, sprachen sich ebenfalls sowohl Havel als auch Klaus für eine friedliche Lösung zwischen den Tschech/innen und Slowak/innen aus.

In Jugoslawien überwiegen dagegen zum Ende hin die populistischen, oft sogar mit Gewalt angedrohten Maßnahmen und Statements der Führer<sup>59</sup> der beiden stärksten Volksgruppen. Hinzu kam die Problematik der ethnischen Enklaven, die schließlich zu einem gewaltsamen Ende der Staatengemeinschaft führte. Eine Teilschuld trägt nach Cohen jedoch das Ausland. Vor allem die USA und Deutschland, aber auch Russland hätten einige der Gegensätze aus eigenen politischen Machtinteressen heraus nur weiter forciert.

Im weiteren Zusammenhang stellt Bunce fest, dass Konflikte zwischen Ethnien, d.h. Minderheiten und Mehrheiten in einer bestimmten Region, vor allem durch folgende vier Umstände begünstigt werden können (vgl. dazu Bunce 2004, S. 179):

1. Wenn Minderheiten in räumlicher Konzentration auftreten.
2. Wenn wirtschaftliche und soziale Beziehungen zwischen den Mehrheiten und Minderheiten eingeschränkt sind.
3. Wenn es eine Geschichte bestimmter Konflikte gibt.
4. Wenn sich Regime in Transformation befinden, d.h. von einer Diktatur hin zu einer Demokratie bewegen.

Im Grunde treffen alle diese Punkte auf die Situation im nun als unabhängig erklärten Kroatien zu. Als weiteren möglichen Faktor führt Bunce noch das *Design politischer Institutionen* an. (dies. 2004, S. 179)

---

<sup>59</sup> Milošević (Serbien) und Tuđman (Kroatien).

### 3.5. Die Ära Tuđman und Kroatiens Anfänge als Fassadendemokratie

Die Person Franjo Tuđman und die Partei HDZ bestimmten maßgeblich die politische und gesellschaftliche Entwicklung Kroatiens in den Jahren 1990 bis 1999. Bis heute und selbst nach dem Tod dieses Politikers ist der Einfluss beider „Institutionen“ noch immens<sup>60</sup>. Tuđman hatte seine Karriere in der anti-faschistischen Bewegung Titos begonnen und kämpfte während des 2. Weltkriegs auf Seiten der Partisanen. Selbst danach verblieb er lange Zeit in der Jugoslawischen Armee als General, bis er in den 1960er Jahren Institutsleiter in Zagreb wurde. Einige Zeit später kam es jedoch zum Bruch mit dem Regime. Aufgrund seiner Auffassungen bezüglich der Unabhängigkeit Kroatiens wurde er nämlich einige Jahre später des Amtes enthoben und außerdem aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. (Passin/Felkier 2005, S. 34).

Damit war eine politische Karriere in Jugoslawien so gut wie unmöglich geworden. Er schloss sich 1971 in Folge dessen dem *Kroatischen Frühling* an. *„Aus den gleichen Kreisen stammte die Mehrheit der Gründer und Führungspersönlichkeiten der neuen Oppositionsparteien [...] Anfang der 90er Jahre.“* (zit. Schweiger 2005, S. 77).

Als politischer Gefangener, er wurde nach der Niederschlagung zu 9 Monaten und 1981 nochmals zu drei Jahren Haft verurteilt, hatte er zunächst keine Möglichkeiten mehr am öffentlichen oder politischen Leben teilzunehmen. (Passin/Felkier 2005, S. 34).

Seine Zeit kam aber mit den ersten freien und pluralistischen Wahlen 1990, als er die HDZ von der peripheren Wahrnehmung an die Spitze Kroatiens führen konnte. *„Die politische Entwicklung Kroatiens nach den Wahlen und dem Machtwechsel von 1990 wurde maßgeblich vom ideologisch-politischen Profil und den Präferenzen der HDZ und ihres Vorsitzenden Franjo Tuđman geprägt. [...] Dabei hatte die Bewegung kein eindeutiges ideologisches Profil, sie war vielmehr ein Gewebe aus nationalistischen, katholischen, populistischen, gewaltfreien und demokratischen Bestrebungen [...]“* (zit. Schweiger 2005, S.77).

Nach seinem Wahlsieg manifestierte sich jedoch zunehmend auch der autoritäre Führungsstil Tuđmans. Die Macht des Präsidenten wurde immer mehr ausgeweitet.

---

<sup>60</sup> Dies zeigt sich etwa an landesweit existierenden Tuđman-Denkmalern.

So hatte er einer semi-präsidentiellen Verfassung entsprechende Befugnisse über die Regierung, ihre Minister und das Parlament im Allgemeinen erhalten. Außerdem konnte er das neue Kriegsrecht dazu ausnutzen, die Informations- und Medienpolitik des Landes zu lenken und etwa im Bereich der Justiz direkt einzugreifen. Tatsächlich eignete sich die HDZ mit Tuđman alte jugoslawische Methoden an, die sie selbst so stark kritisiert hatten. (vgl. Schweiger 2005, S. 78).

Diese demokratisch legitimierte Partei wollte nicht als Vertreter eines autokratischen Führungsstils in Erinnerung bleiben und präsentierte sich vor allem in Richtung des Westens daher als Befürworter pluralistischer Wertesysteme. Tatsächlich wandelte sie lange definitiv zumindest in einer Grauzone dahin. Die Medien wie besonders das Staatsfernsehen HRT wurden wo möglich für eigene Zwecke manipuliert und Zensur sowie Sanktionen gegen die Opposition mit der Kriegssituation oder einer ständigen Gefahr gerechtfertigt. Das Wahlsystem wurde kombiniert aus einem Mehrheits- und Verhältniswahlrecht und konnte von der Regierung kurzfristig zu eigenen Gunsten geändert werden. Zudem wurde durch das neue Wahlrecht im Ausland lebenden Kroat/innen ermöglicht, ihre eigene Vertretung direkt ins Parlament zu wählen. Diese Regelung blieb bis in das Jahr 2001 bestehen und sollte vor allem das nationale Verhältnis zu den bosnischen Kroat/innen stärken. Schließlich war es auch ein Ziel Tuđmans, kroatisch besiedelte Gebiete Bosniens in den neuen Staat einzugliedern. Dieses Vorhaben musste jedoch im Rahmen des Dayton-Abkommens Ende 1995 aufgegeben werden. (Strohmaier 2004, S.149). Umgekehrt wurden die Rechte der serbischen Minderheit immer weiter beschnitten, insbesondere nach der Auflösung der „Krajina-Republik“ inklusive einer Vertreibung vieler Serb/innen aus dem Land. (Schweiger 2005, S. 79 f.).

Zudem gab es tiefe Einschnitte im gesellschaftlichen Leben des neu gegründeten Landes. Der Balkan wurde zu einem neuen inneren Feindbild und galt nun als ein Ausdruck der Rückständigkeit, welche durch serbisches Wirken schon zu lange auf Kroatien übertragen wurde. *„Die Neubestimmung der gesellschaftlichen Verhältnisse umfasste u.a. diskursive (Re)Produktion der Reinterpretationen von Geschichte und Revisionismus, Förderung ethnischer Identifizierungsprozesse, Nationalismus, (Re)Patriarchalisierung, sowie Entsäkularisierung des Staates.“* (zit. Džihic u.a. 2006. S. 95).

Dazu zählte die wiederholte positive Erwähnung des NDH-Staats<sup>61</sup> durch Tuđman und seine Partei HDZ, belegt durch Ansprachen und Symbolik. (vgl. Paić 2006, S. 96). Nichtsdestotrotz gab es auch immer wieder Rechtfertigungsversuche Tuđmans, der die Schuld an den Gräueltaten des Ustaša- Regimes vor allem den deutschen Besatzern zuzusprechen versuchte. Gleichzeitig wurden mitunter einzelne Versuche unternommen die nationalistischen Kreise mit Partisanensympathisant/innen in einer nationalen Einheit zu verbinden. Die Heldentaten der Kroat/innen aus früheren Zeiten wurden dabei oft als verbindendes Element hervorgehoben. Widersprüchlichkeiten bestimmten die gesamte Persönlichkeit Tuđmans. Während seine nationalistischen, anti-serbischen sowie anti-semitischen Äußerungen öfters internationale Bestürzung auslösen konnten, so wurde er andererseits nicht immer als ein tatsächlicher Rassist oder Faschist angesehen. Eher entsprang ein Teil seiner Politik populistischen, teils naiven (Wahn-) Vorstellungen einer homogenen Nation. (vgl. Sadkovich 2008, S. 65 ff.).

Die HDZ blieb bis zum Tode Tuđmans 1999 die alles bestimmende Partei im Land, selbst als die direkte Kriegsgefahr nicht mehr existierte und der von ihr geforderte „nationale Schulterschluss durch die Partei HDZ“ eigentlich an Bedeutung verlor. *„Von 1990-97 durchlief das Parteiensystem Kroatiens einen Entwicklungsprozess über ein System mit einer einzigen dominanten Partei hin zu einem gemäßigt pluralistischen System, aber erst 2000 war das ‚Monopol‘ der HDZ gebrochen.“* (zit. Schweiger 2005, S. 81).

Zusammengefasst zeigte sich im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit Kroatiens, dass freie Wahlen in einem unabhängigen Staat alleine keineswegs ein Garant für eine vollwertige Demokratie sein konnten. Zwar konnte man Kroatiens Führung nicht direkt die beabsichtigte Etablierung eines autoritär geführten Regimes unterstellen. Schließlich wurden einige der sehr grundlegenden demokratischen Spielregeln trotz allem eingehalten. Allerdings kann man durchaus von einer Fassadendemokratie sprechen, die an vielen Stellen und vor allem bei ihrer näheren Betrachtung keinen tiefgehenden demokratischen Wandel im Land zuließ. Damit lässt sich Kroatien bis

---

<sup>61</sup> Gemeint ist der faschistisch geprägte „Unabhängige Staat Kroatiens“ 1941-1945 bzw. Ustašastaat (s.o.).

1997 bzw. teilweise noch bis ins Jahr 2000 im Grunde als eine defekte Demokratie bezeichnen. (vgl. dazu Merkel 2003).

Die demokratischen Fortschritte Kroatiens in dieser ersten Phase bis 1995 bzw. 2000 werden in weiteren Quellen explizit hervorgehoben, obgleich solche Werke vor allem den Sinn die europäische Integration Kroatiens voranzutreiben nicht verfehlen sollen und natürlich oft (innen-) politisch motiviert sind. Hier wird u.a. etwa auf die widrigen regionalpolitischen Umstände aufmerksam gemacht, unter denen es aber Kroatiens Führung schaffen konnte eine verfassungsrechtliche Basis zu schaffen. (vgl. dazu Staničić 2002).

Das „*Fehlen einer demokratischen Tradition*“ (Popov 2007, S. 19) im ehemaligen Jugoslawien darf bei aller Kritik tatsächlich aber nicht unberücksichtigt bleiben, womit man diese erste Phase der Demokratisierung Kroatiens – zugegeben v.a. unter der Ausblendung oftmals negativer Aspekte wie einem neuen Nationalismus - durchaus als für die Gesamtentwicklung des Landes notwendig erachten kann.

Auch in anderen Quellen wird darauf hingewiesen, dass weder im Laufe des ersten noch des zweiten Jugoslawien eine demokratische Entwicklung stattfand, auf die sich in den Nachfolgestaaten aufbauen ließe. Zwar gab es im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich Liberalisierungen, die teils untypisch für einen kommunistischen Staat erschienen, jedoch etablierte sich weder ein Rechtsstaat noch (jedenfalls bis 1989) ein reales Mehrparteiensystem. (Ivanji 2008, S. 141).

Schließlich kann zumindest seitens der Politik damit argumentiert werden, dass erst eine territoriale Einheit (Nationalstaat) geschaffen werden musste und dies geschah vorwiegend auf Kosten einer ansonsten rascheren demokratischen Konsolidierung des Landes.

### 3.6. Der Systemwandel aus zivilgesellschaftlicher Sicht

Für den weiteren Verlauf des Systemwandels in einem post-autoritären Staat spielt neben der Untersuchung der jeweiligen politischen Elite bzw. der Heranbildung von Institutionen und Gesetzgebung jedoch besonders die Frage nach der Unterstützung der Demokratie durch seine eigene Bevölkerung eine wichtige Rolle. Auch hier sind es wieder ganz unterschiedliche Faktoren, wirtschaftliche, historische oder soziale,

die für den Weg einer Demokratie(-sierung) und einer diesbezüglichen Stimmung sowie der Stärke der Gesellschaft entscheidend sein können. Umgekehrt bestehen jedoch meist eine starke Wechselwirkung und ein enger Zusammenhang zwischen Eliten- und Massenperspektive, wie im Fall Kroatiens an vielen Stellen verdeutlicht werden kann, die einen Staat insgesamt in eine politische Richtung tendieren lassen.

Es sind also nicht nur die (nicht) zur Verfügung gestellten Institutionen und von der Elite vermittelten Werte, sondern vor allem deren Rezeption, Verständnis sowie eine zu beobachtende Massenunterstützung für demokratische Ansichten, die über den kurzfristigen oder dauerhaften Erfolg demokratischer Transformation bestimmen können. Entscheidend ist jedoch auch der Weg, den die herrschende politische Elite zur Erreichung ihrer Ziele einschlagen hat. (vgl. Listhaug/Strabac 2007, S. 91).

Wirtschaftliche, soziale und sowie innerstaatliche Umstände können diesen Pfad zur Demokratie erleichtern oder nachhaltig erschweren. Im Fall Kroatiens waren es vor allem nationale bis hin zu nationalistischen Tendenzen und die herbeigesehnte Abkehr vom alten System, die einerseits eine Unterstützung des Systemwandels durch die Masse begünstigten, andererseits aber mit zu einigen demokratischen Defiziten führten. Hier kann vor allem der mangelnde Minderheitenschutz als Beispiel angeführt werden.

Ähnlich verhielt es sich bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Auch hier erhielt die neue Regierung zunächst die breite Unterstützung der Bevölkerung bei allen ihren Vorhaben, da sich die wirtschaftliche Situation Kroatiens etwa im Vergleich zu Slowenien von Anfang an wesentlich schlechter entwickelte. Der Krieg legitimierte zudem für den Großteil der Bevölkerung rasches Handeln und Eingreifen durch die heimische Politikführung, mit allen dazu notwendigen Mitteln. Tatsächlich brach das Wirtschaftswachstum von 1990 auf 1991 um 20,6% ein und stieg erst wieder ab 1994 an. Das Bruttoinlandsprodukt zeigte bis 1992 bzw. 1993 ebenfalls einen erheblichen Negativtrend. Neben der Industrie- und Agrarproduktion litt vor allem der Tourismus lange unter den Kriegsfolgen. Dies alles wirkte sich wiederum auf die Arbeitslosenzahlen aus. (Schweiger 2005, S. 74).

Die Unterstützung für die Demokratie setzt sich aus mehreren Ebenen zusammen, und zwar aus dem Vertrauen in die politischen Akteure, die Institutionen, das Wirken eines Regimes sowie dessen demokratische Prinzipien. (Listhaug/Strabac 2007, S.

92). Im Fall der HDZ und Franjo Tuđmans sank dieses Vertrauen vor allem nach den Kriegsjahren allmählich, jedoch konnte der eingeschlagene Kurs noch einige Jahre ungestört fortgesetzt werden. Tuđman hatte ein System von Getreuen aufgebaut, die das politische Leben Kroatiens mit seinen Gnaden bestimmten. Der Personenkult rund um ihn erinnerte an autoritäre Regime bzw. mitunter selbst an das ehemalige Jugoslawien eines Tito. Aufgrund noch andauernder demokratischer Defizite wurde Kroatien sogar bis 1999 in einer Reihe mit Russland, der Ukraine und Weißrussland im Freedom House Index als transitorisches Regime – d.h. teilweise oder nicht freies Land – angeführt. (vgl. Listhaug/Strabac 2007, S. 95 f.).<sup>62</sup>

Empirische Analysen zur Demokratieunterstützung und Zivilgesellschaften in Europa von Mishler und Rose ergaben für Kroatien zur letzten Jahrtausendwende, also kurz vor dem Ende der Ära Tuđman folgendes Bild (vgl. dazu Listhaug/Strabac, S. 96 ff.):

- Das politische System der Gegenwart wurde verglichen mit dem ehemaligen kommunistischen System als weniger stabil angesehen. Kroatien befindet sich dabei zwar im osteuropäischen Mittelfeld der Werteskala, allerdings zeigt dies die vorhandene Unzufriedenheit des Wandels etwa im Vergleich zu Ländern wie Tschechien, der DDR, Estland oder Lettland auf.
- In diesem Zusammenhang wurde außerdem die Frage gestellt, wie zufrieden die Bevölkerung mit der Art und Weise ist, wie sich die Demokratie im eigenen Land entwickeln würde. Kroatien erreichte in dieser Skala von 15 Ländern aus Osteuropa den drittletzten Platz. Lediglich in Russland und der Ukraine wurde die Richtung, in die sich die Demokratie bewege noch negativer betrachtet.
- Ganz anders stellte sich aber die Situation bezüglich der Unterstützung eines demokratischen Systems selbst als Prinzip dar: Hier führt Kroatien sogar das Ranking der osteuropäischen Staaten noch vor Tschechien und der DDR an.
- Innerhalb einer aufgestellten Matrix „Vertrauen in die Menschen“ und „Respekt für Menschenrechte“ befindet sich Kroatien im osteuropäischen Mittelfeld.

---

<sup>62</sup> Diese Bewertung sollte sich in den Folgejahren zumindest für Kroatien jedoch in positiver Weise ändern.

Die sehr starke Unzufriedenheit mit den Fortschritten der Demokratisierung im Land ist vor allem auf eine steigende Unzufriedenheit mit dem politischen Regime selbst zurückzuführen. Klientelismus, eine stockende Reformpolitik und der zunehmende Einfluss der HDZ im medialen oder sozialen Bereich sind nur einige Gründe dafür. Demgegenüber bestehen vor allem die Hoffnung auf eine zukünftig bessere Situation und der Glaube an das politische System der Demokratie selbst weiter.

### 3.7. Die Konsolidierung der kroatischen Demokratie ab 2000

Bis zum Tode Tuđmans konnte sich dieser als Präsident Kroatiens und seine Partei HDZ sich als alleinige Regierungspartei behaupten. Seine Bewegung verstand es am besten, nationale Ideen an die Bevölkerung des Landes zu verkaufen. Umgekehrt war es - insbesondere bis zur endgültigen „Befreiung Kroatiens“ 1995 und teilweise noch in den Jahren danach – scheinbar tatsächlich der Wunsch des Großteils der Bevölkerung einen derartigen Kurs voranzutreiben.

*„Dieser Nationalismus entsprach zwar einerseits der persönlichen Ideologie des Präsidenten, reflektierte aber andererseits auch die Wünsche und Erwartungen seiner Wähler.“* (zit. Strohmaier 2004, S. 155).

Zwar gab es von Anfang an, also bereits bei den ersten und gleichzeitig letzten freien Wahlen des Staates Jugoslawien 1990, bereits eine Vielzahl antretender Parteien. Trotzdem konnten diese gut zehn Jahre lang nie so viele Wähler mobilisieren wie die HDZ und blieben zumeist sehr weit hinter den allgemeinen und eigenen Erwartungen zurück. Weiters stieg zwar insbesondere ab dem Jahr 1995 das Misstrauen in die Politik der HDZ und Tuđmans. Die Einschränkung der Pressefreiheit wurde noch während des Krieges als notwendig hingenommen, nun allerdings bemängelt. Außerdem wurde vor allem die Wirtschaftspolitik immer heftiger kritisiert. Steigende Korruption, Partei-, Vettern- und Schattenwirtschaft standen einer sich häufenden Zahlungsunfähigkeit des privaten wie auch des öffentlichen Dienstes gegenüber. (Passin/Felkier 2005, S. 38).

Auch wollte Tuđman nach 1995 fast demonstrativ nicht von seinem autoritären Kurs abweichen. So verhinderte er im Zuge der „Zagreber Krise“<sup>63</sup> gleich mehrmals, dass ein oppositioneller Kandidat trotz gewählter Mehrheit Bürgermeister der Stadt werden konnte. Dies wurde ihm erst durch seine eigene Gesetzgebung ermöglicht und er begründete den Schritt mit der Erhaltung der Staatsstabilität. (vgl. Schweiger 2005, S. 79). Trotzdem konnte seine Partei 1995 und 1997 jeweils über 40% der Stimmen erreichen und Tuđman 1997 zum dritten Mal erneut ohne nennenswerte Konkurrenz zum Präsidenten gewählt werden. Diese politische Konkurrenz schien chancenlos, und das obwohl die Bevölkerung mit dem Staatskurs immer unzufriedener wurde.

Diese Unzufriedenheit mit dem Regime war immer stärker vorhanden, die Opposition verstand dies allerdings erst ab 1999 für sich zu nutzen. Durch vermehrte Bündnisse konnte ihre Macht insgesamt verstärkt werden. So gaben sich sechs Parteien das Versprechen nach der Wahl 2000 in keine Koalition mit der HDZ zu gehen. Die zwei größten Oppositionsparteien, die Sozialdemokratische Partei und die Sozialliberale Partei, bildeten nun eine sozial-liberale Koalition. Aber auch mehrere Kleinparteien schlossen sich für die Wahlen zusammen, darunter die HNS (Kroatische Volkspartei) und die HSS (Kroatische Bauernpartei). (Passin/Felkier 2005, S. 39).

Die Koalition der SDP und HSLS konnte sich in diesen Wahlen sowohl lokal als auch auf Parlamentsebene schließlich erstmals als Alternative durchsetzen<sup>64</sup>. Damit verlor die HDZ in Kroatien ihre bisherige, alleinige politische Vormachtstellung. Im Übrigen werden die Wahlen von 2000 meist als die ersten wirklich freien Wahlen des Landes bezeichnet. Dabei schien die Medienlandschaft selbst auf die Einschränkungen aus eigener Kraft heraus zu reagieren und verhalf alternativen Stimmen im Land trotz der Gefahr von staatlichen Sanktionen erstmals ein Gehör. (Schweiger 2005, S. 84).

Stjepan Mesić wurde nach dem Tod Tuđmans und kurzer Interimszeit zum neuen Präsidenten gewählt. Er war selbst Gründungsmitglied der HDZ und hatte überhaupt eine mit Tuđman vergleichbare Vergangenheit als Partisane und ein später zu einer Haftstrafe verurteilter Dissident des Kroatischen Frühlings. Außerdem war er der letzte Vertreter Kroatiens im Präsidium Jugoslawiens. Nach Meinungsdivergenzen mit

---

<sup>63</sup> In den Jahren von 1995-1997.

<sup>64</sup> Premierminister wurde Ivica Račan (SDP).

Tuđman und innerhalb der HDZ gründete er zunächst eine eigene Partei, trat 1997 aber der HNS bei.

Zwar gibt es bezüglich Mesić, der 2005 wiedergewählt wurde und damit ebenfalls 10 Jahre Präsident Kroatiens blieb, ebenfalls widersprüchliche Aussagen über seine politischen Einstellungen. So wird er in den meisten Quellen als ein Sozialdemokrat angeführt, aber es finden sich auch hier abermals bedenkliche Aussagen über die Zeit des NDH-Staates sowie zu den Vertreibungen von Serb/innen oder Jud/innen in dieser Zeit. Nichtsdestotrotz grenzte er sich aber von Tuđmans Partei und seinem autoritären, nationalistischen Führungsstil ab. Dies lässt sich in einigen seiner Reden bezeugen, wo er sich u.a. nicht „*als Präsident aller Kroaten, sondern als Präsident aller Bürger Kroatiens*“ bezeichnete. (Strohmaier 2004, S. 244).

Weiters kann der reibungslose Regierungs- und Präsidentenwechsel als gelungene Bewährungsprobe der Demokratie in Kroatien angesehen werden (Passin/Felkier 2005, S. 39). Die folgende Verfassungsreform stärkte zudem die Grund-, Freiheits- und Bürgerrechte. Außerdem wurde das politische System des Landes nun in eine parlamentarische Demokratie umgewandelt und die Gewaltenteilung gesetzlich verankert. Damit wurden die bisherigen, extrem weitreichenden Befugnisse des Präsidenten zumindest größtenteils wieder beseitigt. Nichtsdestotrotz konnten sich einige alte Strukturen erhalten, die etwa im Bereich der Justiz weiterhin zu schweren Mängeln führen konnten. Dies ist nicht zuletzt der HDZ zuzuschreiben, die in den Folgeperioden wieder die Wahlen für sich entscheiden konnte. Sie verabsäumte es in Folge einige weitere Jahre, die eigene Vergangenheit inkl. der weitreichenden Korruptionsskandale politisch, gesellschaftlich und v.a. strafrechtlich aufzuarbeiten. (Schweiger 2005, S. 84 f.).

Ein in Österreich sehr bekanntes Beispiel für eine verspätete kroatische Reaktion der Justiz ist anhand des Umgangs mit dem Politiker Ivo Sanader, der von 2003 bis 2009 Premierminister war, festzustellen. Aufgrund schwerwiegender Korruptionsvorwürfe gegen ihn trat dieser erst nach Jahren der steigenden Beweislast zurück. Er wollte jedoch anschließend in die Politik zurückkehren. Nach dem Parteiausschluss aus der HDZ und einer Anklage gegen ihn verließ Sanader das Land. Schließlich wurde er 2010 in Österreich gefasst und 2011 nach Kroatien ausgeliefert.

2010 setzte sich Ivo Josipović<sup>65</sup> im zweiten Wahlgang als neuer Präsident durch. Der Druck auf die HDZ konnte dadurch nach langer Zeit wieder erhöht werden, da sich die alternativen Regierungskonstellationen nur kurz halten konnten und die HDZ nun erneut eine Alleinregierung bilden konnte. Gründe dieses Scheiterns liegen in den zu hohen Erwartungen bezüglich der Verbesserung der Wirtschaft und Bekämpfung der Korruption. Ein anderer Grund liegt sicherlich in der ideologischen Bandbreite, die durch die Parteien in der Regierung von 2000 bis 2003 abgebildet wurde. Dies führte zur Instabilität und schließlich dem Austritt einzelner Parteien aus dem Bund. (vgl. dazu Passin/Felkier 2005, S. 40).

Insgesamt konnte durch diese Entwicklung und nicht zuletzt durch entsprechende institutionelle, gesetzliche bzw. verfassungsrechtliche Anpassungen im politischen System Kroatiens aber eine weitgehende Konsolidierung der Demokratie umgesetzt werden. Zudem wird nach 2004 von einer demokratischen Neuorientierung der HDZ gesprochen. Diese konnte demnach nach zahlreichen internen Konflikten zwischen den Flügeln und durch innere Anpassungen zu einer moderaten konservativen Partei Europas heranwachsen. (vgl. Listhaug/Strabac 2007, S. 95).

Die demokratische Entwicklung Kroatiens steht hier jedoch nicht an ihrem Abschluss und muss weiter bekräftigt werden, wie auch zuletzt wiederholt von der EU gefordert wurde. Im Mittelpunkt stehen hier etwa eine Korruptionsbekämpfung in der Wirtschaft und Politik, der Minderheitenschutz oder die Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit.

### 3.8. Die Rolle und Reaktionen des Auslands

Bezüglich der Rolle des Auslands bei der Gründung eines unabhängigen Kroatiens gibt es teils unterschiedliche Auffassungen. In einigen wissenschaftlichen Quellen wird einzelnen Ländern direkt oder indirekt Schuld an der gewaltsamen Auflösung Kroatiens gegeben. An anderen Stellen wird die Bedeutung der Unterstützung für die *kroatische Sache* hervorgehoben oder der Mangel der ausländischen Anteilnahme kritisiert. Jedenfalls gibt es trotz einiger Widersprüche je spezifische Reaktionen des Auslands auf die weitere Entwicklung in Kroatien.

---

<sup>65</sup> Als Parteimitglied der SDP.

Zunächst soll auf die Rolle bzw. Reaktion Österreichs hingewiesen werden. Aufgrund historischer Erfahrungen ist die Beziehung Kroatiens zu Österreich zwar nicht immer unkompliziert verlaufen. Schließlich befand sich das Land unter der Vorherrschaft des Habsburgerreiches. Allerdings wurde die Fremdherrschaft meist eher mit Ungarn verbunden, da diese im Normalfall die direkten Eingriffsrechte innehatten. Umgekehrt gab es im Nachhinein eine gewisse Verklärung dieser Periode, nicht zuletzt da sie Kroatien von Serbien trennte. Somit wurde Österreich (wie Deutschland) lange als natürlicher Verbündeter Kroatiens verstanden. (vgl. Sadkovich 2008, S.69).

Zwar gab es in Österreich auch wichtige Befürworter der Eigenständigkeit Kroatiens. Gleichzeitig wollte man aber eine politische Beteiligung an der Entwicklung mit ihren möglichen Auswirkungen verhindern. Vor allem durch die Grenzerfahrungen mit dem ebenfalls betroffenen Slowenien sowie einem Festhalten an der Neutralität lässt sich eine insgesamt zögerliche Haltung begründen. Schließlich beschränkte man sich vor allem auf die humanitäre Hilfe für das Land.

Anders verhielt sich die Situation in Deutschland. Während die damalige EG noch einige Versuche unternahm, die Jugoslawische Staatengemeinschaft zu stabilisieren preschten einzelne deutsche Führungspolitiker um einiges rascher und wesentlich direkter vor. So wurde gerade der nationale Flügel Kroatiens von deutscher Seite aus gestärkt. Dies geschah anfangs inoffiziell bzw. unter vorgehaltener Hand, wenig später jedoch offener und von obersten Stellen aus. Dahinter vermutet werden u.a. eigene Marktinteressen. (vgl. Cohen 2008. S. 375 f.). In anderen Quellen wird der Wunsch Deutschlands angeführt, durch Kroatien ein politisches Gegengewicht zum im Balkan dominanten Serbien zu schaffen. In weiterer Folge sollten die Region so stabilisiert werden und eine Erweiterungsperspektive der EU am Balkan ermöglicht werden. Während der Militäroperationen von 1993-1995 verhinderte Deutschland im Übrigen Sanktionen gegen Kroatien und leistet bis heute Aufbauhilfe am Balkan. (vgl. Clewing 2008, S. 395).

*„Als der damalige deutsche Außenminister [...] Genscher am 16. Dezember 1991 ganz offen mit einem Alleingang bei der Anerkennung Kroatiens drohte, sprachen sich zwölf die zwölf Außenminister der Europäischen Gemeinschaft einen Tag später geschlossen für die völkerrechtliche Anerkennung Kroatiens bis zum 15. Januar 1992 aus. [...] Deutschland machte ihr Versprechen wahr und erkannte Kroatien [...] als erstes westliches Land als souveränen Staat an.“* (zit. Strohmaier 2004, S. 138).

Dies war bereits am 23. Dezember 1991 der Fall, die anderen EG-Staaten folgten wie im Übrigen Österreich am 15. Jänner 1992 nach. (Passin/Felkier 2005, S. 35). In den Tagen danach folgten die meisten anderen Länder diesem Beispiel.

Jedenfalls wird Deutschland damit von einigen Politiker/innen und Forscher/innen gleichzeitig eine gewisse Mitschuld an später noch stärker ausbrechenden Konflikten gegeben. Tatsächlich gab es bis dahin zumindest noch theoretisch die Möglichkeit, dass Kroatien eine friedvolle Vereinbarung mit Rest-Jugoslawien treffen könnte. Wie diese im Detail ausgesehen hätte und vor allem wie realistisch eine solche überhaupt gewesen wäre, kann jedoch nicht wirklich beantwortet werden.

Aber selbst die USA werden teilweise als Mitverantwortliche für den nachfolgenden Krieg betrachtet. Allerdings war hier die Meinung bezüglich einer Unabhängigkeit Kroatiens weit differenzierter als oft angenommen wird. Vor allem die damalige Bush-Administration war in der Angelegenheit Jugoslawiens gespalten und zurückhaltend. Präsident Bush sprach bezüglich der Absichten Kroatiens laut Überlieferung sogar von einem „*selbstmörderischen Nationalismus*“. (vgl. Cohen 2008, S. 375 ff.).

Als Gegner einer Unabhängigkeit Kroatiens traten jedoch vor allem Frankreich und England auf, unter anderem da sich diese als historische Verbündete Serbiens betrachteten. Die Unterstützung der Regionalmacht Serbien durch England kann als Gegenpart zur deutschen Förderung Kroatiens verstanden werden. Die Ambitionen Kroatiens auf eine EU-Mitgliedschaft wurden so lange Zeit durch England blockiert. (vgl. Hodge 2008, S. 421).

Frankreichs Mitterrand betonte bis zuletzt die Notwendigkeit einer jugoslawischen Föderation als Garant für Frieden und Stabilität am gesamten Balkan. Im Grunde lässt sich das ebenso damit begründen, dass der Einfluss Deutschlands in Kroatien und in der Region Südosteuropa nicht gerne gesehen wurde. Dies könne zu einem Ungleichgewicht der europäischen Mächte und damit zu einer Kriegsgefahr über den Balkan hinaus führen.

Kroatien konnte also auch im Westen nicht durchgehend mit Unterstützung rechnen. Trotzdem halfen auch gerade die USA beim Aufbau des Landes großzügig mit, und das trotz teils heftiger Kritik an der autoritären Führung Tuđmans. Vor allem die beiden Militäroperationen zur „Rückgewinnung“ der Krajina wurden aufgrund ihrer

Härte gegen die serbische Bevölkerung verurteilt<sup>66</sup>. Insgesamt blieben aber die von den serbischen Truppen begangenen Gräueltaten fest im internationalen Gedächtnis haften.

Die UN sicherte daher die kroatischen Kriegsgebiete von 1992-1995 und unterstützte – aktiv oder passiv – Kroatiens Interessen. (Passin/Felkier 2005, S. 35 f.).

Als einer der ersten Unterstützer einer Unabhängigkeit Kroatiens zählt außerdem der Vatikan. Dies kann beinahe selbsterklärend mit der traditionell wichtigen Rolle der katholischen Kirche im Land sowie dem Symbolwert und der Aufrechterhaltung von Machtinteressen begründet werden. Oft wird der Vatikan als das 1. Land bezeichnet, das Kroatien als eigenen Staat anerkannte. Tatsächlich geschah dies zwei Tage vor der offiziellen Anerkennung durch die EG-Staaten, jedoch eigentlich bereits nach Deutschland.

#### 4. Vom Balkan nach Europa? Der Weg Kroatiens in Richtung EU

Der Weg Kroatiens in die Unabhängigkeit und in Richtung Demokratie wird oftmals gleichgesetzt mit einem Gang in Richtung Europa. Dies impliziert die Vorstellung eines vom Rest des Kontinents isolierten Raumes, der *verlassen* werden muss um das angestrebte Ziel erreichen zu können. Oft wird dieser Raum vereinfacht als der Balkan bezeichnet, eine Region die sich scheinbar durch ihre in vielerlei Hinsicht bemerkbare Rückständigkeit im Vergleich zum *tatsächlichen* Europa auszeichnet. Somit befindet man sich aber bereits inmitten historisch, politisch und gesellschaftlich produzierter Stereotypen. Diese sollen aus unterschiedlicher Perspektive untersucht und ihre Ursachen sowie Funktionen kritisch hinterfragt werden.

Zunächst soll hier zudem auf die geografische und etymologische Bestimmung des Wortes selbst eingegangen werden. Bereits hier wird allerdings schnell klar, dass eine territoriale Bestimmung oft auch sozialen oder kulturellen Zuordnungen dient.

---

<sup>66</sup> Dies war lange auch ein Hindernis für die NATO-Mitgliedschaft Kroatiens, die jedoch 2009 schlussendlich umgesetzt wurde.

Außerdem wird der Frage nachgegangen, welche Bilder umgekehrt in Kroatien bzw. am *Balkan* von Europa existieren und welche neuen Vorstellungen insbesondere mit der Zielperspektive der Mitgliedschaft bei der Europäischen Union in naher Zukunft hinzukommen. Daran anschließend soll der schwierige, mitunter konfliktvolle Weg Kroatiens sowie im Überblick auch anderer Balkanstaaten in Richtung EU untersucht werden. Außerdem soll auf die aktuelle EU-Perspektive in der Region Südosteuropa in aller Kürze eingegangen werden.

Abschließend stellt sich die provokante Frage, ob die aktuellen gesellschaftlichen, sozialen, politischen Entwicklungen das Ende des Balkanfluches für Kroatien bzw. für den Balkan als solchen bedeuten können. Dies soll im Resümee nochmals näher aufgegriffen werden. Dabei wird mit Stereotypen gearbeitet, die aber schlussendlich als solche enttarnt werden können. Die kursive Schreibweise des Wortes *Balkan* soll dies zusätzlich zumindest an manchen Stellen verdeutlichen.

#### 4.1. Geografische und etymologische Bestimmung des Balkans

Der Begriff *Balkan* leitet sich eigentlich aus dem türkischen Wortgebrauch ab und bedeutet (bewaldeter) Berg. Diese Bezeichnung wurde teilweise von slawischen, dabei vor allem von bulgarischen Siedler/innen mit in den eigenen Sprachgebrauch übernommen. Somit wurde das Wort anfangs nicht auf eine spezifische Bergregion beschränkt, allerdings bereits im 15. Jahrhundert von westlichen Bildungsreisenden als eine südosteuropäische regionale Ortsbezeichnung schriftlich dokumentiert und anschließend den unterschiedlichsten Gebieten in der Region zugeschrieben. Die Bezeichnung *Balkan-Gebirge* setzte sich schließlich für einen ca. 600km langen Gebirgsabschnitt durch, der quer durch die Mitte Bulgariens verläuft und westlich in Serbien bzw. östlich am Schwarzen Meer endet. (vgl. dazu Abbildung 6).

Im Jahr 1808 unterlag der deutsche Geograph Johann August Zeune dem Irrtum, dass Südosteuropa analog zu der Apenninen- und Pyrenäenhalbinsel durch nur ein geschlossenes Gebirge verbunden sei. Er begann die gesamte Region daher als Balkanhalbinsel zu umschreiben. Diese Annahme stellte sich in Folge dessen zwar als Fehler heraus, jedoch wurde diese eigentlich falsche Verwendung des Begriffes

weitgehend beibehalten. (vgl. <http://www.inst.at/berge/perspektiven/angelova.htm>, letzter Abruf: 25.11.2011).

Ende des 19. Jahrhunderts wurde von Theobald Fischer alternativ die Bezeichnung „Südosteuropäische Halbinsel“ eingeführt, die sich im allgemeinen Sprachgebrauch jedoch nur teilweise durchsetzen konnte. Zudem gilt der Begriff *Südosteuropa* seit seiner Verwendung in der NS-Zeit für einige wissenschaftliche Forscher/innen als vorbelastet. Mangels anderer brauchbarer Alternativen setzte sich dieser neben dem ebenfalls nicht unumstrittenen Balkanbegriff jedoch teilweise als scheinbar neutralere Bezeichnung durch.

Die Zuordnung der beiden Begriffe zu Ländern der Region variiert dementsprechend. Häufig wird der Begriff Balkan nur mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawien gleichgesetzt. Dabei wird heute allerdings öfters das Land Slowenien ausgeklammert und dieses als mitteleuropäisches Land bezeichnet. In anderen Fällen werden die Länder Albanien, Griechenland, Bulgarien, die Westtürkei und auch Rumänien in die Definition mit einbezogen. Aufgrund der häufig politisch motivierten Verwendung des Begriffs und zumeist negativen Konnotationen innerhalb der (west-) europäischen Gesellschaft<sup>67</sup> wurde alternativ der Begriff *Westbalkan* kreiert.

Somit betrifft die Bezeichnung Westbalkan wiederum nur die Länder des ehemaligen Jugoslawien ohne Slowenien und dafür teilweise mit Albanien. Die Länder Rumänien und Bulgarien wären demnach definitorisch und in geografischer Konsequenz der Ostbalkan. Diese Bezeichnung ist jedoch weitaus weniger geläufig. Es zeigt sich also vor allem, dass die Bezeichnung Westbalkan mehr als eine regionale Aufwertung der Staaten außerhalb der EU am Balkan gedacht ist. Damit soll die Nähe zu EU-Europa ausgedrückt werden und eine Beitrittsperspektive gedanklich erleichtert werden.

Ähnlich kompliziert kann es sich mit dem Begriff Südosteuropa verhalten, der zudem teilweise synonym für die post-kommunistischen Länder Südosteuropas verwendet wird und damit Griechenland öfters ausschließt. Umgekehrt wird gerade in Kroatien die Zugehörigkeit zu Südosteuropa oftmals bestritten und eine enge Beziehung zu Mitteleuropa konstruiert.

Andere Definitionen von Südosteuropa bzw. dem Balkan beinhalten zusätzlich Teile Ungarns, Moldawiens und der Ukraine. Man spricht in diesem Zusammenhang auch

---

<sup>67</sup> Vgl. dazu das folgende Unterkapitel.

von einer Linie von Triest bis Odessa. Somit wäre aber sogar ein kleiner Teil Italiens Teil des Balkans. (vgl. dazu Abbildung 7).

Außerdem existiert die indirekt daran anschließende Feststellung, dass Österreich in Zeiten der Monarchie bis tief in die Balkanregion hineinreichte, traditionell eine enge Verbindung hierher existiert und daher dieses ebenfalls in Zusammenhang mit dem Balkan als Region steht. Allerdings schließt daran die Vorstellung von der Bedrohung durch das Pulverfass Balkan für Westeuropa an. Dadurch wird hier wiederum klar, dass eine geografische Zuordnung und örtliche Bestimmung gerade in diesem Fall nicht vordergründig stattfindet, sondern eher eine politisierende Verwendung des Begriffs und Vermengung mit gewissen negativen Vorstellungen beabsichtigt wird. Diese Anwendung des Balkanbegriffes soll zur Mythenbildung vom *Fremden* und *Eigenen* bzw. schlussendlich zu einer Abgrenzung dieses *Fremden* in der Nähe des *Eigenen* dienen. (vgl. dazu Herm 1993).

#### 4.2. Alte und die Entstehung neuer Balkanstereotypen

Die Vorstellung vom Balkan ist grundsätzlich von einer stark negativen Außen- sowie einer mitunter positiven Innenperspektive gekennzeichnet. Diese Regel gilt aber nicht immer, insbesondere im Fall Kroatiens stellt sich die Situation besonders kompliziert dar.

Von außen betrachtet wird der Balkan per se zumeist als Ort der Unbeständigkeit, Rückständigkeit, Korruption, Emotionalität, Zersplitterung und der ständigen Konflikte betrachtet. Alle diese negativen Eigenschaften werden seit Jahrhunderten auf diesen Teil Europas projiziert, wie einige historische Beispiele veranschaulichen sollen:

So wird dem österreichischen Außenminister Metternich der Spruch nachgesagt, der Balkan würde „bereits am Rennweg in Wien“ beginnen. Der preußische Staatsmann Bismarck soll die wenig schmeichelhafte Aussage getroffen haben, dass „der Balkan nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert“ sei. Schließlich soll der englische Premierminister Churchill behauptet haben, der Balkan sei Europas weicher Unterleib. Der Balkan wurde nicht nur als geografische Bestimmungseinheit, sondern auch als politischer Kampfbegriff eingesetzt. Diesbezügliche Stereotype und

oft unverrückbare Vorurteile übertrugen sich in einem längeren gesellschaftlichen Prozess auf die allgemeine Vorstellung im westlichen Europa.

Wie die Autorin Todorova kritisch anmerkt wird *„über den Balkan [...] der Außenwelt üblicherweise nur in Zeiten des Terrors und der Unruhen berichtet. Während der restlichen Zeit wird er verächtlich ignoriert.“* (zit. Todorova 1999, S. 261).

Sie führt weiter an, dass sich im Westen langsam ein Bild vom Balkan vergleichbar mit jenem von Stammesgesellschaften aus Asien oder Afrika bilden konnte. Diese Gesellschaften wären primitiv, brutal, einfach gestrickt, von innen her schwach und gefährlich. Damit würde der Balkan für die hochentwickelten Gesellschaften Europas keinen wirklichen Anreiz bieten, längerfristige Interessen darin zu vertreten. Damit wurde schließlich die Nichteinmischung Europas in innere Konflikte begründet. In Folge dessen wurde der Balkan überhaupt als nichteuropäisch konstatiert. (Todorova 1999, S. 262).

Tatsächlich vertraten die einzelnen Mächte Europas sowie das Osmanische Reich jedoch durchaus ihre Interessen in der Region, sobald es für diese notwendig wurde. Dabei wurde nicht selten die teilweise traditionell existierende innere Zerstrittenheit weiter angetrieben und einzelne Gruppen dazu missbraucht, den eigenen politischen Macht- und Einflussbereich erweitern zu können. Außerdem hatte die Region in der Geschichte wiederholt eine wichtige Rolle für Europa und Asien als deren Bindeglied. Viele Schlachten, die hier stattfanden, besiegelten das Schicksal der umliegenden Großmächte. Die gesamte Region kann damit als geschichtlich zeitweise von großer Bedeutung eingestuft werden, während sie in anderen Zeiten vergessen worden zu sein schien. Aber selbst in Zeiten des Kommunismus bildete v.a. Jugoslawien eine wichtige *„Pufferzone zwischen dem Osten und Westen“* (zit. Popov 2007, S. 19). Gleichzeitig verinnerlichte der Balkan Traditionen verschiedenster Richtungen und Stile, d.h. christliche und muslimische, westliche und östliche Elemente. An dieser Stelle werden auch Bilder der Sehnsucht Europas nach dem Fremdsein geschaffen. *„Dass die Balkanregionen außerordentlich reiche und detaillierte Historien haben, aber gewöhnlich in sich befangen sind, ist Teil ihres Charmes, jedoch auch ihr Fluch.“* (zit. Todorova, S. 263).

Der Begriff *Balkanisierung* beschreibt sehr gut eine bis heute existierende politisch geprägte und sehr negative Sicht der Region. Dieser stammt aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und steht für die Vorstellung von Ungeordnetheit, Durcheinander und der

Entstehung eines Konfliktherdes. Er ist damit auch auf andere Regionen übertragbar gemacht worden, wird jedoch immer mit südosteuropäischen Staaten in Verbindung gebracht und rückgekoppelt. Tatsächlich deckt diese Wortkreation aber ebenso die versteckten Schuldgefühle und verdrängten Ängste einzelner Politiker/innen auf. (vgl. dazu <http://www.inst.at/berge/perspektiven/angelova.htm#FNT9>, Abruf: 25.11.2011). Schließlich wurde der Balkan lange Zeit als „*emotionales Ventil*“ (Todorova 1999, S. 267) Europas genutzt und wird dies teilweise bis heute. Das soll bedeuten, dass man ohne jedes schlechte Gewissen – da es sich in dieser Argumentation nun „eben doch“ um einen Teil Europas handelt – auf seine Orte quasi ungestraft rassistisch herabblicken kann.

Anders stellt sich oft die Innenperspektive des Balkans dar. Insbesondere in Bulgarien, aber vor allem auch in Serbien werden diesem Begriff häufig sehr positive Eigenschaften zugeschrieben. So bildet der Balkan Grundlage von Heldenepen, wird als ein Ort des Widerstandes und der Geborgenheit verstanden oder dient als eine wichtige Quelle der Selbstidentifikation. Auch dies hat eine historische Tradition, aber nach wie vor bildet der Balkan sowohl als Begriff als auch als Deutungsmuster einen Bestandteil moderner nationaler Lieder, Mythen oder literarischer Quellen. Man kann also festhalten, dass auch die Innenansicht des Balkans selten wertneutral bzw. nur als geografisch zu verstehen ist.

(vgl. <http://www.inst.at/berge/perspektiven/angelova.htm#FNT9>, Abruf: 25.11.2011).

Kroatien stellt dabei einen Spezialfall dar. Einerseits wird es nämlich als ein fixer Teil des Balkans betrachtet. Andererseits kam es innerhalb des Staates insbesondere seit der Unabhängigkeit zu konträren Selbstbeschreibungen und Bildern. Während Slowenien weitgehend – zunächst politisch und heute auch geografisch - als „vom Balkan befreit“ angesehen wird, scheint dies für Kroatien zumindest von außen aus betrachtet schwieriger zu sein. Selbst regionale Zuordnungen sind also im Laufe der Geschichte Veränderungen unterworfen, jedoch ist dies im Falle Kroatiens weitaus komplizierter zu bewerkstelligen als für das Land Slowenien.

Tatsächlich zielte jedoch insbesondere die Ära Tuđman auf eine starke Abgrenzung vom Balkan ab. „*Im Prozess des Staatszerfalls von Jugoslawien wurden in Kroatien Europa- und Balkanvorstellungen und diesbezügliche Selbstbilder (re)definiert.*“ (zit. Paić 2006, S. 112).

Der Wunsch nach einem eigenen Nationalstaat wurde in dieser besonders ab den 1990ern verbreitenden Sichtweise erst endgültig dadurch verwirklicht, indem der Balkan dargestellt durch die serbische bzw. eine *fremde* jugoslawische Herrschaft abgeschüttelt werden konnte. Das bedeutete das Lossagen von einer nun auch vom Staat Kroatien angenommenen Rückständigkeit des Balkans. Gleichzeitig sollte der so angestrebte „Anschluss an Europa“ für Kroatien politisch erleichtert werden. Alte Stereotypen vom Balkan wurden damit selbst von einem vorwiegend als südosteuropäisch definierten Land mitgetragen und erneuert. Dieses sah sich selbst rückblickend als ein Gefangener dieser Region. (Paić 2006, S. 97).

#### 4.3. Vorstellungen von Europa in Kroatien bzw. *am Balkan*

Wie in (West-) Europa so wird in Folge dessen am Balkan selbst in vielerlei Hinsicht eine Opposition von zwei unterschiedlichen Wertesystemen hergestellt. Das Bild des *zivilisierten Europa vs. dem wilden Balkan* dient hauptsächlich dazu den Balkan als das negative, rohe „innere Andere“ Europas darzustellen, während Europäisierung in diesem Zusammenhang Zivilisierung bedeutet. Andere Vorstellungen finden sich in den Gegensatzpaaren *reiches Europa vs. armer Balkan*, aber auch im *unmoralischen Westen vs. moralischen Osten*. Hier fließen vor allem religiöse Vorstellungen mit ein, die besonders in Serbien vertreten sind. (vgl. Nadjivan 2006, S. 157 ff.).

Eine gewisse Widersprüchlichkeit bezüglich der Haltung zu Europa zeichnet sich in allen post-jugoslawischen Ländern ab, vielleicht nur mit der Ausnahme Sloweniens. Europa gilt als ein Ort der Hoffnung, jedoch ebenso oft als ein Ort der Enttäuschung. Begriffe wie Ökonomisierung, Verwestlichung, Modernisierung, Säkularisierung oder Bürokratisierung prägen viele Diskurse über Europa. Diese werden über die Medien, die Wirtschaft und von Vertreter/innen der Zivilgesellschaft geäußert. Dabei wird die EU zumeist mit Europa gleichgesetzt. Europa gilt einerseits als Akteur, andererseits als ein imaginiertes Raum. (vgl. dies. 2006, S. 157 ff.).

Die europäische Gemeinschaft bzw. EU wird insbesondere in Kroatien als Gegenbild zur ehemaligen jugoslawischen Staatengemeinschaft wahrgenommen. Der Balkan

wird in diesem Zusammenhang meistens als das Gegenteil von Europa betrachtet und überraschend viele Stereotypen so in Südosteuropa selbst weiter tradiert.

Die Vergangenheit wurde unter der kroatischen Regierung Tuđman neu interpretiert, wenn nicht gar in einigen Ansätzen verfälscht dargestellt. Unpassende Passagen wie die Mischehen zwischen Kroat/innen und Serb/innen im ehemaligen Jugoslawien, der gemeinsame Kampf als Partisan/innen oder andere Verbindungen werden bewusst verschwiegen und erhalten keine öffentliche Thematisierung. Umgekehrt wird Kroatien nun gerne als der Verteidiger bzw. das „*Bollwerk Europas*“ verstanden. (vgl. dazu Paić 2006, S. 96). Interessanterweise existieren auch hier Parallelen zu Serbien, das von einigen Politiker/innen als der Bewahrer der Christenheit gegen den Islam dargestellt wird.

Rückblickend wird das Ustaša- Regime zumindest in Teilen positiv betrachtet, aber selbst die österreichisch-ungarische Vorherrschaft in Kroatien gilt vermehrt als eine tiefere innere Verbindung mit dem hochentwickelten Europa – im Gegensatz zu der „Balkanzeit“ mit Serbien und anderen *balkanischen* Teilstaaten in Jugoslawien.

Die Grenzen des Balkans wurden in der Vorstellung Kroatiens in Richtung Serbien verschoben. Diese Entwicklung und Einstellung wurde von der römisch-katholischen Kirche sowie vom Großteil der einheimischen Elite mitgetragen. Als Beweis für diese These wird u.a. die Fortschrittlichkeit, Ordnung und die offensichtliche Demokratie in Kroatien – die besonders im Vergleich zum rückwärtsgewandten Milošević- Regime Serbiens bzw. zum anderen Restjugoslawien<sup>68</sup> existieren würde - angeführt. Der Staat habe es (unter der HDZ) geschafft in Europa auch systematisch anzukommen. Diese Theorie wird jedoch weiter geführt: Tatsächlich sei dies alles kein von außen herbeigeführter Prozess, sondern es lag an den Kroat/innen selbst. Diese wären von Natur aus eben kein Balkanvolk, was wiederum u.a. die katholische Religion und die Nähe zur mitteleuropäischen Kultur beweisen würden. Kroatien versteht sich zwar als Verbindung zum Balkan, d.h. zur orthodoxen und islamischen Welt, aber nicht als Teil desselben. (vgl. Sadkovich 2008, S. 65).

Derartige Behauptungen seien unwahr. Nichtsdestotrotz sei man den europäischen Nachbarvölkern Österreich, insbesondere aber Deutschland zu Dank verpflichtet. Als

---

<sup>68</sup> Slowenien bleibt dabei unerwähnt bzw. ausgeklammert.

Feinde der Entwicklung Kroatiens wurden zumindest zunächst noch Frankreich und England angesehen. (Paić 2006, S. 112 ff.).

*„Direkte Kritikpunkte gegen Europa bezogen sich auf die Passivität und Unentschlossenheit im Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen in Kroatien, wo Europa weder auf kroatische Hilferufe noch zu Gunsten Kroatiens bzw. eines Teils der „europäischen“ Familie reagierte.“* (zit. Paić 2006, S. 117). Nichtsdestotrotz war die politische Linie der HDZ und ihres Anführers Tuđman von Anfang an klar ausformuliert. Man verstand sich als Retter Europas in schwierigen Zeiten, aber damit wieder bloß als Grenzposten zum Balkan. Diese Richtung wurde auch den Medien vorgeschrieben und selbst die Künstlerfreiheit wurde diesbezüglich lange stark eingeschränkt. (vgl. ders. 2006 S. 118 ff.).

Während anfangs und selbst offiziell vor allem nur die Passivität Europas gegenüber der kroatischen Sache bemängelt wurde, kam es jedoch im Zuge der Ermittlungen des Haager Kriegsverbrechertribunals gegen kroatische Militärführer zu politischen Verstimmungen zwischen der EU und dem Staat Kroatien. Viele Kroat/innen fühlten sich von Europa *verraten* und die an sich sehr positive Stimmung bezüglich eines raschen EU-Beitritts sank zeitweise rapide ab. Hinzu kamen auch eher unerwartete Probleme mit einem anderen Nachbarstaat, nämlich dem EU-Mitglied Slowenien<sup>69</sup>.

Die Verbindung eines kroatischen Nationalismus mit einer euphorischen Erwartung gegenüber Europa bzw. Sicht der EU war der HDZ in den Anfangsjahren der Unabhängigkeit noch weitgehend gelungen. Im Laufe der 1990er Jahre nahm diese pro-europäische Haltung jedoch sehr widersprüchliche, teils paranoide Formen an.

Wie erwähnt regte sich innerhalb der EU, vor allem seitens Staaten wie Frankreich oder England, Widerstand gegen Kroatiens autoritäre Führung. Das Vorgehen gegen die serbische Minderheit in Kroatien sowie der Versuch Teile Bosnien-Herzegowinas zu annektieren wurden nicht überall in Europa „übersehen“. Dies begann man nach einer Phase der Zurückhaltung aufgrund des Krieges nun offen anzusprechen, was wiederum von der kroatischen Regierung nicht länger ignoriert werden konnte. Schließlich führte dies zeitweise zur politischen Isolation Kroatiens und das erklärte

---

<sup>69</sup> Siehe dazu das nächste Unterkapitel.

Ziel eines EU-Beitritts geriet damit in weite Ferne. Zwar wurde dieses Vorhaben von der HDZ nie vollkommen aufgegeben, schließlich hatten sie der Bevölkerung auch einen raschen Beitritt versprochen. Allerdings mischten sich vor allem ausgehend von Tuđman schärfere Töne gegenüber Europa in den politischen Diskurs ein, vor allem als die Arbeit des Strafgerichtshofs von Den Haag auch kroatische Militärführer einzuschließen begann.

Damit geriet Tuđman und seine Partei zusehends in ein tieferes Dilemma und in allgemeine Erklärungsnot. Europa, das bis vor kurzem noch so hochgehalten wurde und als dessen Teil man sich in Abgrenzung zu einem „unterentwickelten“ Balkan verstand, schien nun selbst anti-kroatische Haltungen einzunehmen. Eine „Rückkehr“ zum Balkan war - nicht zuletzt aufgrund der vorangegangenen Argumentationen - undenkbar. Dementsprechend entwickelte die HDZ- Regierung alternative Positionen gegenüber Europa, die sich teilweise widersprachen aber alle auf eine Stärkung des kroatischen Bewusstseins abzielten. Eine davon war, dass Europa nur darauf abziele Kroatien in seiner Entwicklung zu hemmen. Man wolle das Land zurück auf das Niveau eines Balkanstaats drängen. Deswegen wurde schließlich auch der Dialog mit Serbien und anderen Staaten Südosteuropas von der EU als eine Bedingung für Beitrittsverhandlungen angeführt. In einer anderen Sichtweise der Landeselite bzw. Regierung habe sich Europa schon lange vom Ur-Europa entfernt. Kroatien hingegen wäre noch im Zustand des „echten“ Europas geblieben. Somit könne nur Europa von Kroatien eine Lektion in Sachen Europa lernen, nicht aber umgekehrt.

In wieder einer anderen Version der Kritik wurde die These aufgestellt, Europa hätte das Ziel Kroatien nur wirtschaftlich auszubeuten. Zudem sei die Identität des Landes u.a. durch die Modernisierungspolitik Europas in Gefahr. Die Liste der Behauptungen und Unterstellungen ließe sich lange weiterführen, führte schließlich jedoch nur zu einer weiteren Isolierung gegenüber der EU. (vgl. dazu und zum Vorigen Paić 2006, S. 124 ff.).

#### 4.4. Problemstellungen im kroatischen EU- Beitrittsprozess

*„Einen außenpolitischen Erfolg konnte die Regierung 1996 durch die Aufnahme in den Europarat verzeichnen. Doch ansonsten gab es kaum Fortschritte bei der Integration in die europäischen Institutionen.“* (zit. Passin/Felkier 2005, S. 38).

Die Situation wurde immer festgefahrener und aussichtsloser, bis es im Jahr 2000 zum ersten Regierungswechsel kam. Diese neue Regierungskoalition bemühte sich neutralere Positionen einzunehmen. Man zielte zwar weiterhin auf eine Abgrenzung vom Balkan ab, allerdings nicht mehr in der Härte und Entschlossenheit wie die HDZ. Man musste langsam einsehen, dass eine völlige Isolation von den Nachbarstaaten wie Serbien auch eine politische Isolation Kroatiens vom Rest Europas zur Folge haben würde. *„Da für die Koalition der EU-Beitritt als Hauptziel und Mittel galt, waren die von der HDZ übernommenen nationalistischen Diskurse [...] kontraproduktiv, da durch sie der Beitritt als Ziel delegitimiert wurde.“* (zit. Paić 2006, S. 135).

Bewusst wurde auch eine neuerliche Reinterpretation der Vergangenheit vermieden und es wurde versucht auf die aktuelle Fragen und Probleme Bezug zu nehmen. Die neue Regierung erhoffte sich dadurch eine Vermeidung ideologischer Streitigkeiten zwischen den eigenen Parteien selbst, aber auch eine stärkere sowohl nationale als auch internationale Anerkennung. Schließlich wäre man beim Instrumentalisieren der Vergangenheit und von nationalen Mythen bei Weitem nicht so erfolgreich gewesen wie die HDZ und war sich dessen durchaus bewusst. (Paić 2006, S. 98).

Der reibungslose Wechsel an der Macht wurde von der EU positiv aufgenommen und als Zeichen dafür angesehen, dass die demokratischen Mechanismen in Kroatien nun funktionieren würden. Zudem war die autoritäre Führung des Landes endlich abgewählt worden. Der Tod Tuđmans kurz vor den Wahlen hatte aus der Ansicht der meisten Wahlbeobachter/innen keine Auswirkungen auf den Wahlausgang, da eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung ohnehin viel früher eingesetzt hatte.

Der Antrag Kroatiens auf eine EU-Mitgliedschaft erfolgte schließlich am 21. Februar 2003. Einen ersten Erwartungsdämpfer und Enttäuschungen gab es jedoch wenig später, als die Idee eines *Balkan- Stabilitätspaktes* von der EU erneut als notwendig aufgegriffen wurde. Damit wurde Kroatien aufgefordert, in einen verstärkten Dialog

mit den anderen Balkanstaaten zu treten. Dazu wurden die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und Albanien gezählt, nun jedoch nicht mehr Slowenien. Kroatien und insbesondere die Kroat/innen fühlten sich durch diesen Vorschlag vor allem deshalb so tief verletzt, weil sie - jedoch nicht Slowenien - offensichtlich nach wie vor als Balkanstaat betrachtet wurden. (Solem 2007, S. 301).

Vor allem nach den anhaltenden Konflikten in der neuen Regierung kam es bei den Parlamentswahlen im selben Jahr wieder zu einem Sieg der HDZ, die nun aber eine Minderheitsregierung bilden musste. In dieser Situation wurde jedoch wieder der Kurs in Richtung EU fortgesetzt. Die Partei, allen voran Ivo Sanader, versuchte wie in den ersten Jahren der Staatsgründung nationale bzw. nationalistische Einstellungen auf der einen Seite mit positiven Europavorstellungen auf der anderen Seite zu vereinbaren. „*Programmatisch setzte die HDZ die pro-europäische Haltung der SDP fort.*“ (zit. Passin/Felkier 2005, S. 40). Die nach wie vor existierenden innerstaatlichen Probleme in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, transparenter Privatisierung und in der allgemeinen Verwaltung bzw. die schleppende Dezentralisierung sollten durch eine erfolgreiche Außenpolitik kaschiert werden.

Tatsächlich konnte im April 2004 eine positive Stellungnahme der EU-Kommission und zwei Monate später die Bestätigung des Status Kroatiens als Beitrittskandidaten durch den Europäischen Rat bewerkstelligt werden. Damit war Kroatien (nach Slowenien) das erste Land des *Westbalkans*, welches dies erreicht hatte. Die Beitrittsverhandlungen sollten im März 2005 beginnen, allerdings galt als Bedingung noch eine uneingeschränkte Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Den Haager Kriegsverbrechertribunal. Kurz vor dem angesetzten Termin kam es – vor allem aus der Sicht Kroatiens – zu einem folgenreichen Eklat, als die Verhandlungen zwar nicht abgebrochen, aber bereits wieder ausgesetzt wurden. Grund dafür war die scheinbar nicht vorhandene Kooperationsbereitschaft der kroatischen Führung mit Haag.

Der ehemalige General Ante Gotovina wurde nach wie vor in Kroatien vermutet, was allerdings nicht restlos geklärt werden konnte. Aufgrund seiner führenden Beteiligung an der sog. Operation *Sturm* 1995, die eine Verfolgung, Ermordung und schließlich Vertreibung des Großteils der serbischen Bevölkerung aus der Krajina zur Folge hatte, wurde dieser bereits seit Längerem per internationalem Haftbefehl gesucht. In

Kroatien galt (und gilt) dieser jedoch weitestgehend als Kriegsheld und wurde (wird) zum Bewahrer der kroatischen Nation hochstilisiert.

Die Mehrheit der EU-Regierungschefs sprach sich für diesen Schritt als Warnung an Kroatien aber auch den gesamten Balkanraum aus, während etwa Österreich gegen diese Art der politischen Abschreckung war.

Infolge dessen kam es in Kroatien zu einem radikalen Stimmungswechsel und die meist als garantiert betrachtete Mehrheit für einen EU-Beitritt war erstmals ernsthaft in Gefahr. Die Chefanklägerin Den Haags Carla Del Ponte wurde zu einem neuen Feindbild im Staat erklärt. Überhaupt fühlte man sich erneut ungerecht behandelt und als bisheriges Vorbild der Region in Frage gestellt. (vgl. Schweiger 2005, S. 85 f.; allgemein: Paić 2006, 149 ff.).

In der EU wurden die negative Auswirkung dieses Schritts und die folgende Reaktion der kroatischen Bevölkerung unterschätzt. Somit sah man sich nun gezwungen in hektischen Verhandlungen die Wogen soweit es ging wieder zu glätten. Schließlich willigte man in Absprache mit der kroatischen Regierung und dem Strafgerichtshof einem Beginn der EU- Beitrittsverhandlungen im September zu, welche offiziell am 4. Oktober 2005 anfangen. (Passin/Felkier 2005, S. 41).

Nach wie vor galt aber die verbindliche Forderung der EU zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal. Im Dezember desselben Jahres wurde Gotovina schließlich auf der spanischen Insel Teneriffa gefasst und nach Haag überstellt. Es folgten teils gewaltsame, teils friedliche Proteste in ganz Kroatien. Erst zwei Jahre später wurde eine Beteiligung Kroatiens selbst am Aufgriff bestätigt, jedoch wäre man seitens der Regierung nach wie vor von dessen absoluter Unschuld überzeugt. Im Frühjahr 2011 erfolgte die Anklageschrift. Gotovina wurde schließlich zu einer 24-jährigen Haftstrafe verurteilt, was neuerlich zu Protesten in Kroatien führte.

Rückblickend betrachtet rechnete man seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zunächst noch mit einem relativ raschen Abschluss und der EU-Mitgliedschaft in den nächsten Jahren. Während so einige Quellen von 2007 als potentielltem Beitrittsjahr ausgingen (z.B. Schweiger 2005, S. 86), verschob sich dieser Termin in der Realität laufend nach hinten.

Gründe dafür findet man jedoch nicht nur im Zusammenhang mit Den Haag oder bei rechtsstaatlichen und anderen zu beseitigenden demokratischen Defiziten. Zunächst

kam es zu einem kurzzeitigen Landbesitzstreit mit Italien im Jahr 2006. In weiterer Folge blockierte das Nachbarland Slowenien die Beitrittsverhandlungen für ein gutes Jahr. Der Grund war ein noch ungelöster Grenzstreit entlang eines kleinen Abschnitts der Adriaküste, der seit der Auflösung Jugoslawiens bestand. Kritik an der Haltung Sloweniens kam dabei vor allem seitens Deutschlands und trotz den ausgearbeiteten Lösungsvorschlägen legte Slowenien weiterhin lange sein Veto ein. (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,621517,00.html>, Abruf: 26.11.2011). Erst im Juni 2010 kam es zu einer Aufgabe dieser Blockade durch den Beginn eines Schlichtungsverfahrens. Kroatien konnte sich nun tatsächlich wieder auf die letzten offenen Kapitel im Zuge der Beitrittsverhandlungen konzentrieren.

#### 4.5. Die letzten Schritte bis zur Mitgliedschaft Kroatiens

*„In ihrem letzten Fortschrittsbericht urteilt die Kommission, dass das Land über eine funktionierende Marktwirtschaft verfügt, gute Fortschritte bei der Reform des Justizwesens und der Verwaltung erzielt hat und die politischen Kriterien für einen EU-Beitritt erfüllt.“*

(zit. [http://europa.eu/news/external-relations/2011/03/20110302\\_de.htm](http://europa.eu/news/external-relations/2011/03/20110302_de.htm), Abruf: 30.11.2011).

Anhand des letzten jährlichen Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission zu Kroatien, erschienen am 12. Oktober 2011, soll hier in Kürze auf einzelne Punkte der Verhandlungen und politisch erzielten Ergebnisse eingegangen werden<sup>70</sup>.

Der Bericht selbst enthält neben einer erklärenden Einleitung zur aktuellen Situation einen Teil mit den politischen sowie einen Teil mit den wirtschaftlichen Kriterien. Im Anschluss wird noch im Detail auf die 33 Verhandlungskapitel<sup>71</sup> eingegangen.

---

<sup>70</sup> Der gesamte Bericht ist außerdem nachzulesen unter (letzter Abruf: 1.12.2011): [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2011/package/hr\\_rapport\\_2011\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/hr_rapport_2011_en.pdf)

<sup>71</sup> Eine Übersicht der Verhandlungskapitel befindet sich im Anhang dieser Arbeit.

Der politische Teil setzt sich aus der Bewertung der Fortschritte Kroatiens bezüglich folgender Punkte zusammen (vgl. dazu SEC(2011) 1200 final, S. 6 ff.):

- *Stabilität der Institutionen, die Demokratie gewährleisten; Rechtsstaatlichkeit; Menschenrechte; Minderheitenrespekt und -schutz* (= Kopenhagenkriterien).

Die Regierung und das Parlament wurden dabei als funktionierende Instrumente der Rechtsstaatlichkeit bewertet, wobei letzteres zusätzliche Kontrollmöglichkeiten über den legislativen Prozess erhalten werde. Im Bereich der öffentlichen Administration wurden bereits wichtige Reformen begonnen, jedoch bisher noch nicht vollständig umgesetzt. Auch das Justizwesen wurde sichtbar reformiert, wenngleich die Effizienz noch zu steigern wäre. Hier wird z.B. die Abarbeitung von Kriegsverbrechen positiv hervorgehoben. Im Kampf gegen die in Kroatien stark verbreitete Korruption wurden besonders wichtige Maßnahmen umgesetzt und neue Gesetze geschaffen, trotzdem müsse etwa v.a. die Korruption auf hoher Ebene direkter bekämpft werden.

Insgesamt konnte die Einhaltung der internationalen Menschenrechte für Kroatien bestätigt werden. Diesbezüglich gäbe es Bemühungen für einen verbesserten Schutz und eine aktuellere Gesetzgebung, allerdings wurden einzelne Vorwürfe etwa gegen die Ungleichbehandlung durch die Polizei oder einem fehlenden Zugang zum Gesetz eingebracht. In Bezug auf die Meinungsfreiheit konnte sich die Situation in Kroatien ebenfalls deutlich verbessern und ist an einem positiven Level angekommen.

Frauen-, Kinder- und Invalid/innenrechte sowie die Gleichstellung der Geschlechter wurden gesetzlich besser verankert, allerdings besteht teilweise Optimierungsbedarf. Dies betrifft in ähnlicher Weise andere Minderheitenrechte. So wurden von offizieller Seite wichtige Schritte gesetzt, etwa zur Reintegration von Flüchtlingen. Allerdings gäbe es nach wie vor teils offene Benachteiligungen durch regionale Behörden und Diskriminierung von Angehörigen der serbischen Minderheit oder von Roma. Weiters kam es etwa im Zuge einer Homosexuellenparade in Split zu zivilen Angriffen gegen einige der Teilnehmer/innen.

- *Regionale Kooperation; gute nachbarschaftliche Beziehungen zu den anderen Erweiterungsländern und EU-Mitgliedstaaten; die Einhaltung internationaler Verpflichtungen wie der Zusammenarbeit mit dem ICTY<sup>72</sup>.*

Die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal wurde insgesamt als positiv bewertet, da es erhebliche Fortschritte in einzelnen Punkten gab. Durch Abkommen mit Serbien und Bosnien-Herzegowina wurden wichtige Grundlagen und Reglements für gegenseitige Auslieferungsverfahren, das Flüchtlingsproblem und Kriegsschäden im Allgemeinen getroffen. Als problematisch wurden etwa die zahlreichen Proteste in Kroatien nach der Verurteilung Ante Gotovinas angesehen, da diese teilweise unter Beteiligung ranghoher Staatspolitiker stattfanden.

Demgegenüber wird die Teilnahme Kroatiens an regionalen Initiativen wie der *EU Strategie für die Donauregion* oder dem *Südosteuropäischen Kooperationsprozess* positiv hervorgehoben. Die Beziehungen zu Albanien und Mazedonien werden als gut bewertet, Bosnien-Herzegowina wird auch politisch aktiv unterstützt. Positiv wird weiters das Verhältnis zu der Türkei, Ungarn, Italien und Montenegro eingeschätzt. Ebenso wurden intensive Beziehungen zum Kosovo aufgenommen. Die Beziehung zu Slowenien habe sich inzwischen ebenfalls verbessert, da der Grenzstreit in einem Schlichtungsverfahren zu einem Ende gebracht werden sollte. Schließlich gab es wichtige politische Signale in Richtung Serbien und umgekehrt. So fanden erstmals Präsidentenbesuche statt. Der gegenseitige Vorwurf des Völkermords bleibt jedoch bestehen.

Die politischen Veränderungen, der verstärkte Kampf gegen Korruption, die Rettung des Haushaltsbudgets sowie andere wichtige wirtschaftliche Reformen des Landes werden meist mit der neuen Premierministerin und Nachfolgerin Sanaders, Jadranka Kosor in Verbindung gebracht. Nach einem neuerlichen Machtkampf innerhalb der HDZ konnte sie sich trotz viel Widerstand in den eigenen Reihen durchsetzen<sup>73</sup>. *„Erst in ihrer zweijährigen Amtszeit nahm das Projekt „EU-Beitritt“ soviel Fahrt auf, dass*

---

<sup>72</sup> International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (Internationales Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien)

<sup>73</sup> Ob die HDZ ihre Vormachtstellung neuerlich und weiterhin behaupten kann wird im Übrigen durch die Parlamentswahlen am 4.12.2011 entschieden.

*nach sechs langen Jahren die Regierungschefs der 27 EU-Staaten Ende Juni diese (!) Jahres grünes Licht für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien geben konnten.“*

(zit. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28647-1522-1-30.pdf?111101152712](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28647-1522-1-30.pdf?111101152712), 1.12.2011).

Aufgrund dieser positiv bewerteten Entwicklungen vor allem der letzten beiden Jahre in Kroatien stimmten die Europäische Kommission und der Europäische Rat im Juni 2011 dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen zu, die am letzten Tag des Monats offiziell beendet wurden. Der Weg bis dorthin war bisher für kein EU- Mitglied derart langwierig gestaltet worden und mit ähnlichen Problemen verbunden<sup>74</sup>. Nach wie vor untersteht Kroatien außerdem einem Monitoring durch die EU in den Bereichen Korruption, Justiz und Menschenrechte. (dies., Abruf: 30.11.2011).

#### 4.6. Die EU- Perspektiven des Westbalkan im Überblick

Kroatiens Vize-Regierungschef Jandroković betonte die Wichtigkeit der Entscheidung seitens der EU und sein Land werde sich nun noch verstärkt für eine zusätzliche EU-Erweiterung innerhalb der Balkanregion einsetzen. Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel lobte den Reformwillen und das politische Engagement Kroatiens. Dies solle als weiterer Antrieb für die Versöhnung und Vorbild in Südosteuropa dienen. Viktor Orbán meinte schließlich zum Ende der Präsidentschaft Ungarns, dass sich EU-ropa nun auf eine Erweiterung durch Länder wie Mazedonien, Serbien, Montenegro oder Albanien vorbereiten müsse da es hier ebenfalls zu wichtigen Fortschritten in den vergangenen Jahren kommen konnte. (vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-06/kroatien-beitritt-verhandlungen>, Abruf: 1.12.2011).

Doch wie sehen die aktuellen EU-Perspektiven des Westbalkans aus<sup>75</sup>?

---

<sup>74</sup> Mit Ausnahme des Beitrittskandidaten Türkei, dessen (baldige) Möglichkeit zu einem EU- Beitritt allerdings nach wie vor als sehr unwahrscheinlich gilt und es daher hier ausgeklammert ist.

<sup>75</sup> Eine detaillierte Situationsanalyse der Länder kann an dieser Stelle jedoch nicht stattfinden.

Das *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen* für den Westbalkan gilt als das Hauptinstrument der EU eine „Europäisierung“ in der Region voranzutreiben. Es beinhaltet die Strategie politische und wirtschaftliche Stabilisierung zu sichern sowie eine engere Verbindung zur EU herzustellen. Gleichzeitig soll dadurch der Weg in Richtung einer EU-Mitgliedschaft eingeleitet werden, sobald die von der Kommission formulierten Bedingungen auch erreicht werden. (Trauner 2011, S. 34).

Im Fall Kroatiens wurde das eigentlich durchwegs bilaterale Abkommen im Oktober 2001 unterzeichnet und ist im Februar 2005, also erst nach dem Kandidatenstatus, in Kraft getreten.

Mazedonien unterzeichnete im April 2001, wobei ein Inkrafttreten drei Jahre später erfolgte. Der Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft wurde im März 2004 gestellt und seit Dezember 2005 ist Mazedonien ein offizielles Kandidatenland. Neben institutionellen Fragen ist es aber vor allem der Namensstreit mit dem EU-Mitglied Griechenland, der zu einer Blockierung der weiteren Verhandlungen führte. Zwar gab es hier zuletzt eine Entspannung, vor allem da eine wirtschaftliche Verbindung der beiden Länder immer wichtiger wurde. Nichtsdestotrotz gibt es noch keine endgültige Lösung in der Frage.

Im Falle Bosnien-Herzegowinas wurde das SAA im Jahr 2008 unterschrieben, jedoch gab es seither keine wesentlichen und erfolgreichen Schritte in Richtung EU-Mitgliedschaft. Die Perspektiven und Aussichten des Landes, das aus zwei Entitäten mit drei Präsidenten der Volksgruppen besteht, bleiben extrem vage.

Albanien unterschrieb das Abkommen im Juni 2006. Im April 2009 trat es in Kraft, im gleichen Monat wurde die EU-Mitgliedschaft beantragt. Allerdings existieren noch zahlreiche innenpolitische Probleme und werden wiederholt Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen festgestellt.

Montenegro unterzeichnete das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen im Oktober 2007, im Dezember 2008 wurde ein Mitgliedsantrag bei der EU eingebracht. Hier sind es die Korruption und organisierte Kriminalität, die einer Beschleunigung der Integration vor allem im Wege stehen.

Serbiens Unterzeichnung folgte im April 2008, während im Dezember 2009 ein Antrag auf Mitgliedschaft bei der EU gestellt wurde. Die Unabhängigkeitserklärung und damit Loslösung der Provinz Kosovo wird von serbischer Seite nicht akzeptiert

und stellt bis heute ein Haupthindernis für den Beginn von Beitrittsverhandlungen dar<sup>76</sup>. Hinzu kommen eine tiefe gesellschaftliche und politische Spaltung des Landes zwischen Befürworter/innen und Gegner/innen bezüglich einer Annäherung an die EU samt einer Mitgliedsperspektive. Nationalistische, oft anti-westliche Strömungen bestimmen immer noch einen großen Teil der Auseinandersetzungen. (vgl. Daten: Trauner 2011, S. 42).

Weitere Maßnahmen waren etwa der Stabilitätspakt für Südosteuropa von 2002 bis 2008, der vor allem angesichts der Probleme im Kosovo ins Leben gerufen wurde. Im Mittelpunkt der Arbeit von Politikvertreter/innen und NGOs standen Themen wie Demokratisierung, Menschenrechte, wirtschaftlicher Aufbau, Sicherheitsfragen und Justiz. (ders. 2011, S. 46 ff.). Auch der jährliche Kommissionsbericht zu den Ländern des Westbalkans soll den demokratischen Wandel unterstützen und diesbezügliche Verbesserungsversuche in der Region beschleunigen.

Abgesehen von innenpolitischen Schwierigkeiten, etwaigen demokratischen Defiziten im theoretischen oder praktischen Bereich sowie teilweise immer noch schwelenden Konflikten zwischen den neuen Staaten zeigte sich aber besonders nach dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jänner 2007, dass die EU selbst ihr Bekenntnis von 2003 zur raschen Erweiterung der Union durch die Länder des Westbalkans teilweise wieder relativierte. Damit einher gehen auch wirtschaftliche Probleme der Unionsstaaten selbst, die aktuell ihre Fortsetzung in der Eurokrise finden.

Wie an anderer Stelle erwähnt rechnete man mit einem wesentlich rascheren Beitritt Kroatiens in die EU als erstem Westbalkanstaat nach Slowenien. Noch im Jahr 2007 wurde so das Jahr 2009 genannt und ein Eurobeitritt mit 2011 prognostiziert.

Ähnliche Fehlannahmen gelten für die anderen Staaten der Region: Demnach wäre Mazedonien 2012 oder 2013 ein Mitglied der EU, also bereits in den nächsten beiden Jahren. Albanien, Bosnien- Herzegowina, Serbien und Montenegro sollten bis 2015 den Beitritt geschafft haben, während nur der Kosovo mit einem offenen Beitrittsjahr angenommen wurde. (vgl. dazu Gligorov 2007, S. 137). Dies alles erscheint jedoch mittlerweile - und angesichts der EU-internen v.a. wirtschaftlichen Probleme - höchst

---

<sup>76</sup> Im Übrigen wurde die Unabhängigkeit des Kosovo bis heute nicht von allen EU-Mitgliedstaaten unterstützt und anerkannt.

unwahrscheinlich. Die Möglichkeit für eine Vergrößerung der EU durch diese Staaten ähnlich der letzten großen Osterweiterung<sup>77</sup> dürfte aktuell nicht mehr existieren.

## 5. Resümee

Als sich zu Ende der 1980er bzw. zu Beginn der 1990er Jahre das unmittelbare Ende des Kommunismus in den Staaten Osteuropas abzuzeichnen begann, stieg eine diesbezügliche weltweite Euphorie in teilweise ungeahnte Höhen. Einerseits kam diese Entwicklung nicht von ungefähr, da sich neben den sozialen, politischen und gesellschaftlichen vor allem zunehmend wirtschaftliche Probleme im sog. *Ostblock* ergaben. Andererseits geschah der Zusammenbruch relativ unvermittelt, für manche Beobachter/innen erschien er daher sogar überraschend. Das erklärte Ziel war es in den vorwiegenden Fällen, rasch einen doppelten Systemwandel<sup>78</sup> zu vollziehen.

Auf der Suche nach einer Erklärung gelangte man an das bereits seit Jahrzehnten scheinbar bewährte Modell der Transformation bzw. als Grundsatz das Transitions-Paradigma. Dieses zeigte auf einfache und meist logische Weise den Weg auf, dem die nunmehrigen Transformationsstaaten bloß noch zu folgen hätten um vollwertige kapitalistische Demokratien werden zu können. Allerdings zeigten sich ebenso bald erhebliche Lücken in den aufgestellten Annahmen, da sich einige Länder in andere Richtungen zu bewegen begannen oder ihre Entwicklung in ein unkalkulierbares Stocken geriet. Somit begann man alte Theorien zu überdenken und schließlich ihre universelle Anwendbarkeit zu kritisieren. (z.B. Carothers 2002).

Auch im Fall Kroatiens zeigte sich die Fehlerhaftigkeit dieses Paradigmas, vor allem da eine rasche Konsolidierung der Demokratie noch auf sich warten ließ. Ein Fehler dieser Theorien lag darin, dass sie nur ein verkürztes, sehr eingeschränktes Bild der

---

<sup>77</sup> Ursprünglich gab es auch Pläne einer *Westbalkanerweiterung* ähnlich der großen Osterweiterung, die mit etwa fünf Jahren Abstand dazu hätte folgen sollen.

<sup>78</sup> Wirtschaftlich und politisch.

Realität darstellen konnten und von teils überholten Annahmen aufgrund vorheriger erfolgreicher Demokratisierungen in weniger komplexen Fällen ausgingen.

Schließlich spielten in vielen Fällen Osteuropas, hier im besonderen Ausmaß in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, ökonomische, gesellschaftliche, soziale, kulturelle und andere regionalspezifische Faktoren eine sehr wesentliche Rolle beim Prozess der Transformation. Zudem verlief die Entwicklung nicht immer geordnet in Stufen, vielmehr entwickelten sich zwischenzeitlich oder dauerhaft auch Grauzonen oder gab es mitunter demokratische Rückschritte. Selbst freie Wahlen garantierten nicht ein politisches Re- Design der Staaten, wie es vereinfacht angenommen wurde.

Es zeigte sich, dass Kroatiens Weg in die Unabhängigkeit nicht ohne kriegerische Konflikte verlaufen würde. Um dies besser verstehen zu können ist ein genauer Blick in die Geschichte und die damit produzierten Mythen notwendig. Diese stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklung Serbiens, das zuletzt als Gegensatz zu Kroatien politisch und gesellschaftlich erfolgreich konstruiert werden konnte. Hinzu kommen Abgrenzungsversuche, die *aufgrund* einer gemeinsamen Vergangenheit im ehemaligen Jugoslawien unternommen wurden und bis heute werden.

Dabei zeigte sich, dass insbesondere in der Zeit Tuđmans alte regionale Stereotypen aufgegriffen und teilweise neu interpretiert wurden. Ähnlich einer im Westen Europas verbreiteten Vorstellung wurde der *Balkan* nun als rückständig, chaotisch und primitiv interpretiert. Kroatien sei lange Zeit und vor allem bewirkt durch Serbien in dessen Geiselschaft verblieben, habe in Wirklichkeit aber eine ganz andere Tradition. Beweise dafür fänden sich u.a. im habsburgischen Erbe oder dem katholischen Glauben. Die Brückenfunktion Kroatiens sei zwar unbestritten, allerdings befände man sich auf der *europäischen* Seite. Zudem wurde Kroatien mitunter als Retter Europas interpretiert. Vor allem durch die damit einhergehenden Nationalismen sollte die Herstellung eines eigenen sowie auch europäischen Staatsgefühls beschleunigt werden.

Allerdings kam es so vermehrt zu widersprüchlichen Tendenzen, die auch innerhalb Europas nicht immer positiv aufgenommen wurden und zur zeitweisen Isolation des Regimes führten. Der Weg in eine vollwertige Demokratie wurde so lange Zeit durch eigene nationalistische Vorstellungen und die dementsprechende Handhabung des Staates durch die Regierung verhindert. Ähnliches lässt sich auch für eine rasche Annäherung an Europa bzw. an die EU behaupten. Korruptions- und Justizskandale

sowie eine wirtschaftliche Unzufriedenheit führten schließlich zur (vorübergehenden) Abwahl der HDZ als Regierungspartei. Dies geschah in etwa zeitgleich mit dem Ende der Ära Tuđman, wodurch sich für Kroatiens Demokratie neue Chancen ergaben.

Was folgte ist ein längerer Prozess der Heranbildung institutioneller Grundlagen für die Zukunft, der Liberalisierung der Gesellschaft sowie zumindest der Versuch einer Normalisierung der Beziehungen zum Nachbarn Serbien, der bis dato noch anläuft. Gleichzeitig konnte in einem langwierigen Prozess der Weg zu einer Mitgliedschaft in der EU schlussendlich geebnet werden.

Ein Erklärungsversuch für die Schwierigkeiten bei der Transformation Kroatiens ist das sog. Dilemma der Gleichzeitigkeit (Offe 1994). Diese traf auf Kroatien nämlich in dreierlei Hinsicht zu, und zwar in Bezug auf eine Demokratie, die Wirtschaftsordnung und die Frage des Territoriums.

Die Situation am Ende des Jahres 2011 deutet auf eine weitgehende Überwindung der Probleme und damit auf ein mögliches Ende des Balkanfluches hin. Trotz vieler Verzögerungen scheinen die Staaten der Region einen demokratischen und offenen Kurs eingeschlagen zu haben<sup>79</sup>. Dies gilt nun in besonderer Weise für Kroatien, kann jedoch neben der politischen Umsetzung von Maßnahmen dauerhaft nur durch den Abbau von diesbezüglichen Stereotypen auf gesellschaftlicher Ebene geschehen.

In dieser Hinsicht ist sowohl das In- als auch das Ausland gefragt, den Aufbau einer toleranten Zivilgesellschaft in den Staaten Südosteuropas weiter zu fördern und – wenn man sich selbst derartiger Bilder bedienen möchte – eine Integration in Europa ohne Vorbehalte und weitere Ressentiments zu ermöglichen.

*Abschließend soll auf die aktuellsten Ereignisse in Bezug auf eine EU-Mitgliedschaft Kroatiens hingewiesen werden:*

Am 1.12.2011 hat nun schließlich das Europaparlament mit großer Mehrheit<sup>80</sup> einem Beitritt Kroatiens in die Europäische Union als 28. Mitglied zugestimmt. Damit ist die beiderseitige Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 9.12.2011 gesichert.

---

<sup>79</sup> Aktuell überschattet wird dies allerdings durch neuerlich auftretende Konflikte im Kosovo.

<sup>80</sup> 564 der 736 Abgeordneten stimmten demnach zu.

Neben der Ratifizierung des Vertrags durch alle Parlamente der EU-Mitgliedstaaten ist noch eine Abstimmung in Kroatien über die Mitgliedschaft zur Vollendung dieses Schritts notwendig. Dieses Referendum soll in den nächsten Monaten stattfinden und es wird momentan mit einer Mehrheit von über 60% für einen Beitritt gerechnet. Als geplantes Beitrittsdatum bleibt der 1. Juli 2013 bestehen.

Von Seiten des EU- Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek wurde der Reformeifer des Landes besonders hervorgehoben. In den nächsten Tagen sollte außerdem Serbien der Kandidatenstatus verliehen werden und Montenegro ein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen genannt werden.

([http://diepresse.com/home/politik/eu/713424/EUParlament-stimmt-Kroatiens-EUBeitritt-zu?\\_vl\\_backlink=/home/politik/eu/index.do](http://diepresse.com/home/politik/eu/713424/EUParlament-stimmt-Kroatiens-EUBeitritt-zu?_vl_backlink=/home/politik/eu/index.do), Abruf: 2.12.2011).

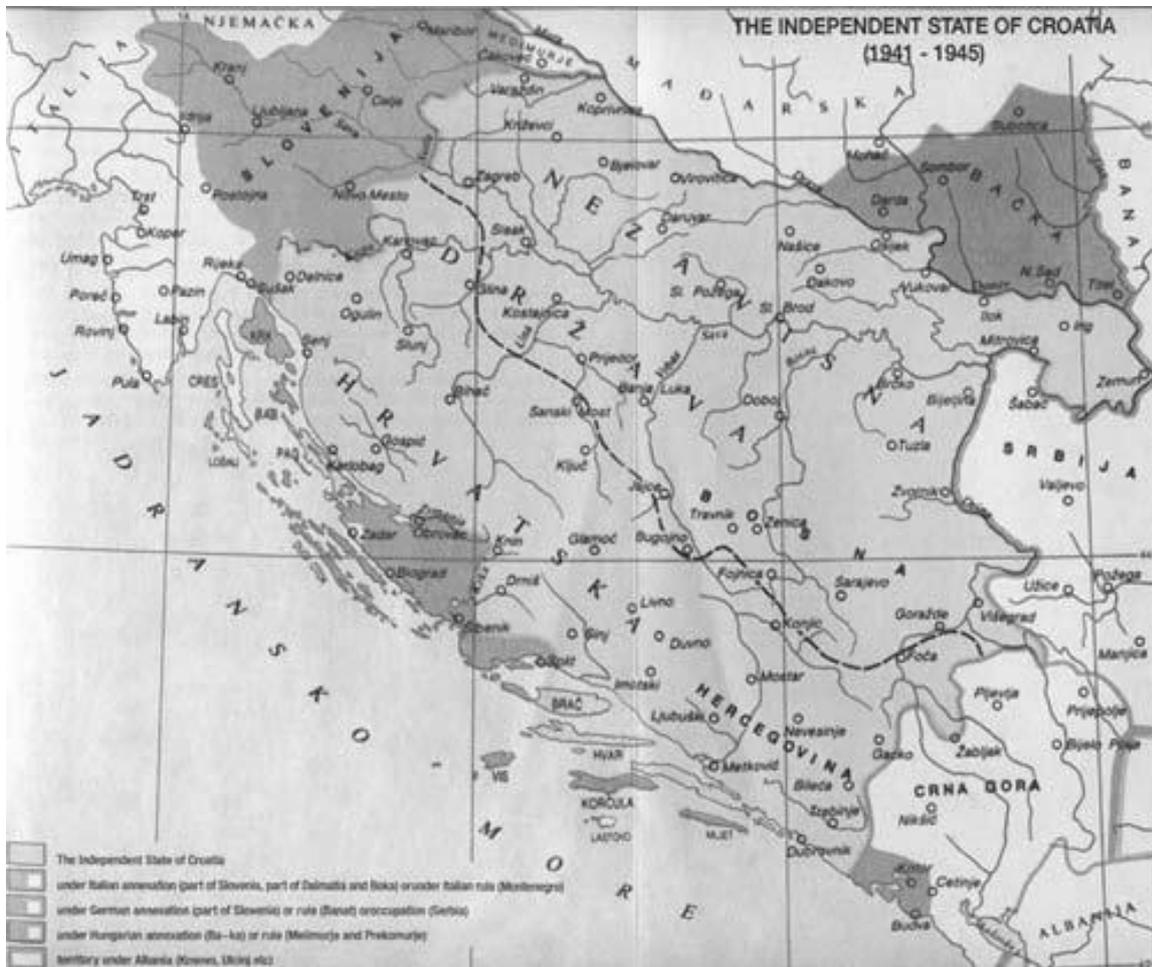
## 6. Abbildungen

Abbildung 1: Das 1. Jugoslawien nach 1918



(Quelle: <http://www.chakotay.de/andric/>, Abruf: 18.10.2011)

Abbildung 2: Der kroatische Ustaša- Staat (1941-1945)



(Quelle: <http://www.balkanforum.info/f16/damalige-grenze-kroatiens-64722/>, 20.11.2011)

Abbildung 3: Das 2. Jugoslawien. Politische und ethnische Karte



(Quelle: <http://www.marxists.de/war/jugoslaw/jugoslawien.jpg>, Abruf: 22.11.2011)

Erklärung: Die Karte zeigt die einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien- Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien sowie die beiden serbischen Provinzen (mit Autonomierechten) Kosovo und Vojwodina (hier: Wojwodina). Zudem werden die Hauptsiedlungsgebiete einzelner Ethnien angezeigt. Schließlich kann man den Anteil der Volksgruppen an der Gesamtbevölkerung in % ablesen.

Abbildung 4: Die Serbische Republik Krajina in Kroatien (1991-1995)



(Quelle: <http://guessen.privat.t-online.de/geld/kra/karte.htm>, Abruf: 22.11.2011)

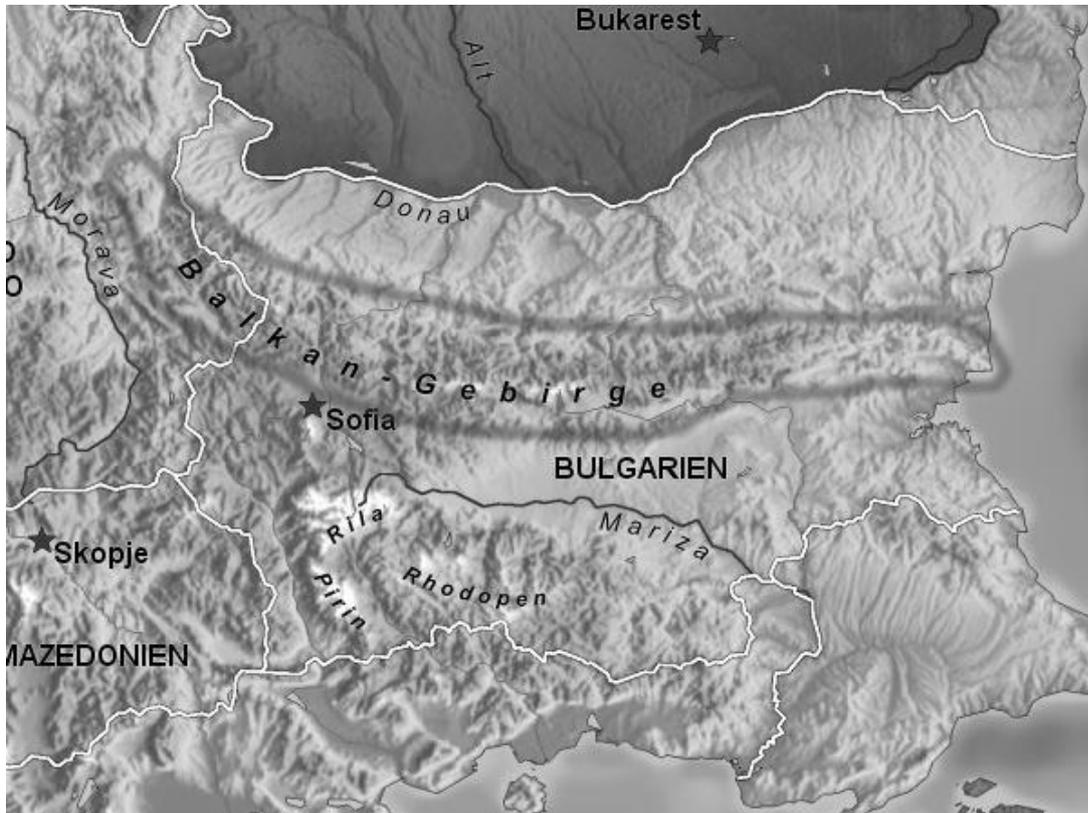
*Erklärung: Die international nicht anerkannte Serbische Republik Krajina setzte sich aus dem Gebiet Ostslawoniens (mit der Stadt Vukovar) sowie einem Raum um den Nordwesten Bosniens herum zusammen. Im letzteren Teil befindet sich die damalige Hauptstadt Knin. Diese Regionen wurden teilweise seit Jahrhunderten traditionell von Serb/innen besiedelt. (vgl. dazu die Militärgrenze des Habsburgerreiches).*

Abbildung 5: Der Staat Kroatien in seinen heutigen Grenzen



(Quelle: <http://www.zukunftsregion.org/Desktopdefault.aspx/tabid-1182/>, Abruf: 23.11.2011)

Abbildung 6: Das Balkan- Gebirge in Bulgarien und Serbien



(Quelle: [http://www.mapsofbalkan.com/shop/product\\_info.php/products\\_id/55](http://www.mapsofbalkan.com/shop/product_info.php/products_id/55), 28.11.2011)

Abbildung 7: Die „*Balkanhalbinsel*“ (Südosteuropäische Halbinsel)



(Quelle: <http://www.balkanforum.info/f45/balkan-geographisch-definiert-192773/>, 28.11.2011)

*Erklärung:* Die territoriale Begrenzung des Balkans bzw. der Balkanhalbinsel findet in diesem Fall im Bereich eines Dreiecks „Triest-Peloponnes-Odessa“ statt. Es handelt sich damit um eine weiträumige Definition der Region als einer Einheit und Halbinsel.

## 7. Anhang

### Die Verhandlungskapitel der EU (mit Kroatien) im Überblick<sup>81</sup>

- Chapter 1: Free movement of goods (*freier Warenverkehr*)
- Chapter 2: Freedom of movement for workers (*Arbeitnehmerfreizügigkeit*)
- Chapter 3: Right of establishment and freedom to provide services  
(*Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr*)
- Chapter 4: Free movement of capital (*freier Kapitalverkehr*)
- Chapter 5: Public procurement (*öffentliche Auftragsvergabe*)
- Chapter 6: Company law (*Gesellschaftsrecht*)
- Chapter 7: Intellectual property law (*Immaterialgüterrecht*)
- Chapter 8: Competition policy (*Wettbewerbspolitik*)
- Chapter 9: Financial Services (*Finanzdienstleistungen*)
- Chapter 10: Information society and media (*Informationsgesellschaft und Medien*)
- Chapter 11: Agriculture and rural development (*Entwicklung des ländlichen Raumes*)
- Chapter 12: Food safety, veterinary and phytosanitary policy (*Lebensmittelsicherheit*)
- Chapter 13: Fisheries (*Fischerei*)
- Chapter 14: Transport policy (*Verkehrspolitik*)
- Chapter 15: Energy (*Energie*)
- Chapter 16: Taxation (*Steuerwesen*)
- Chapter 17: Economic and Monetary policy (*Wirtschafts- und Währungspolitik*)
- Chapter 18: Statistics (*Statistik*)
- Chapter 19: Social policy and employment (*Sozialpolitik und Beschäftigung*)
- Chapter 20: Enterprise and industrial policy (*Industriepolitik*)
- Chapter 21: Trans European Networks (*Transeuropäische Netzwerke*)
- Chapter 22: Regional policy and coordination of structural instruments  
(*Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolitischen Instrumente*)
- Chapter 23: Judiciary and fundamental rights (*Gerichtswesen und Grundrechte*)
- Chapter 24: Justice, freedom and security (*Justiz, Freiheit und Sicherheit*)
- Chapter 25: Science and research (*Wissenschaft und Forschung*)
- Chapter 26: Education and culture (*Erziehung und Kultur*)
- Chapter 27: Environment (*Umwelt*)
- Chapter 28: Consumer and health protection  
(*Konsumenten- und Gesundheitsschutz*)
- Chapter 29: Customs Union (*Zollunion*)
- Chapter 30: External relations (*Außenbeziehungen*)
- Chapter 31: Foreign, Security and Defence Policy  
(*Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik*)
- Chapter 32: Financial control (*Finanzkontrolle*)
- Chapter 33: Financial and budgetary provisions  
(*Finanz- und Haushaltsbestimmungen*)

---

<sup>81</sup> Quelle: Letzter EU-Kommissionsfortschrittsreport für Kroatien, Oktober 2011

## 8. Abkürzungen und Hinweise

(!) : Hinweis auf Rechtschreibfehler oder alte Rechtschreibung in einem Zitat

(u.a.) : und andere

Anm. d. Verf.: Anmerkung des Verfassers

AVNOJ: Antifašističko v(ij)eće narodnog oslobođenja Jugoslavije (*Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens*)

BdKJ: Bund der Kommunisten Jugoslawiens

BiH: Bosnien und Herzegowina

d.h.: das heisst

ehem.: ehemalg/e

HDZ: Hrvatska Demokratska Zajednica (*Kroatische Demokratische Union*)

HNS: Kroatische Volkspartei

HSL: Kroatische Sozialliberale Partei

HSS: Kroatische Bauernpartei

ICTY: International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (*Internationales Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien*) in Den Haag

ital.: italienisch

JNA: Jugoslawische Nationalarmee

KPJ: Kommunistische Partei Jugoslawiens

kroat.: kroatisch

NDH: Nezavisna Država Hrvatska (*Unabhängiger Staat Kroatiens*)

S.: Seite

f.: und die folgende Seite

ff.: und die folgenden Seiten

SAA: Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

sc.: nämlich, ergänze

SDP: Sozialdemokratische Partei

serb.: serbisch

SHS: Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca (*Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen* vor der Umbenennung in *Königreich Jugoslawien*)

sog.: sogenannte/r

u.a. (im Textverlauf): unter anderem  
v.a: vor allem  
vgl.: vergleiche  
s.: siehe  
Hg.: Herausgeber/in  
ders.: derselbe Autor  
dies.: dieselbe Autorin/dieselbe Quelle  
z.B.: zum Beispiel  
zit.: zitiert nach

Diakritische Zeichen („Sonderzeichen“), die im kroatischen Alphabet als Bestandteil einiger Buchstaben existieren, wurden soweit möglich in die entsprechenden Wörter der Arbeit mit übernommen. Auch Ortsbezeichnungen, spezifische Fachbegriffe usw. wurden weitgehend in der Originalsprache belassen und dafür wenn nötig mit einer Erklärung versehen. Zitate bzw. Literaturangaben wurden jedoch in der Schreibweise der jeweiligen Originalquelle wiedergegeben.

Ähnliches gilt z.B. für eine gendergerechte Schreibweise in dieser Arbeit: Eine solche wurde - wo möglich - umgesetzt, jedoch die jeweilige Originalschreibweise in den verschiedenen Zitaten beibehalten. Außerdem bilden etwa historisch gewachsene Bezeichnungen wie *die Osmanen* oder auch Wörter mit einem besonderen Bezug zu einem Geschlecht eine solche Ausnahme der Regel.

## 9. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Beyer, Jürgen: Pfadabhängigkeit: Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel. Frankfurt/Main (u.a.), Campus Verlag 2006
- Boeckh, Katrin: Serbien. Montenegro. Geschichte und Gegenwart. Ost- und Südosteuropa. Geschichte und Gegenwart der Länder und Völker. Regensburg, Verlag Friedrich Pustet 2009
- Buchenau, Klaus: Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945-1991. Ein serbisch-kroatischer Vergleich. Wiesbaden, Harrassowitz Verlag 2004
- Bunce, Valerie: Is Ethnofederalism the Solution or the Problem? In: Mungidu-Pippidi, Alina/Krastev, Ivan (Hg.): Nationalism after Communism. Budapest, CEU-Press 2004, S. 179-197
- Carothers, Thomas: The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy 13:1, Washington D.C. 2002, S. 5-21
- Clewing, Konrad: Gaining Power and Status through Engagement and Active Policy: The Croatia Policy of United Germany. In: Ramet, Sabrina P. (u.a.) (Hg.): Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München, R. Oldenbourg Verlag 2008, S. 381-405
- Cohen, Lenard J./Dragović-Soso, Jasna (Ed.): State Collapse in South-Eastern Europe. New Perspectives on Yugoslavia's Disintegration. Indiana, Purdue University Press 2008
- Dahl, Robert A.: Polyarchie. Participation and Opposition. New Haven (u.a.), Yale University Press 1971
- Džihic, Vedran/Segert, Dieter: Das jugoslawische Rätsel: Enklavendemokratie, Staatsschwäche und Probleme externer Demokratieförderung. In: Südosteuropa-Mitteilungen, 49. Jg. 3-4/2009, S. 48-65
- Geddes, Barbara: Was wissen wir nach zwanzig Jahren über Demokratisierung? In: Berliner Initial Debatte 21 (3) 2010

Gligorov, Vladimir: Southeast Europe: An Emerging Region in Transition on the Way to EU. In: Isak, Hubert (Hg.): A European Perspective for the Western Balkans. Wien (u.a.), NWV Verlag 2007, S. 131-168

Herm, Gerhard: Der Balkan. Das Pulverfaß Europas. Düsseldorf (u.a.), Econ Verlag GmbH 1993

Hodge, Carole: Britain's Relations with Croatia: A Study in Active Diplomacy. In: Ramet, Sabrina P. (u.a.) (Hg.): Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München, R. Oldenbourg Verlag 2008, S. 407-428

Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman, University of Oklahoma Press 1992

Ivanji, Andrej: Wie eine Parteienlandschaft entstand. In: Becker, Jens/Engelberg, Achim (Hg.): Serbien nach den Kriegen, Frankfurt/Main, Suhrkamp Verlag 2008, S. 141-179

Kardov, Kruno: Remember Vukovar. Memory, Sense of Place, and the National Tradition in Croatia. In: Ramet, Sabrina P./Matić, Davorka (Hg.): Democratic Transition in Croatia. Value Transformation, Education & Media. Texas, A&M University Press 2007, S. 63-88

Listhaug, Ola/Strabac, Zan: Support for Democracy and Strength of Civic Attitudes. Croatia Compared with New and Old Democracies. In: Ramet, Sabrina P./Matić, Davorka (Hg.): Democratic Transition in Croatia. Value Transformation, Education & Media. Texas, A&M University Press 2007, S. 91-108

Mazower, Mark: Der Balkan. Berlin, Berliner TB Verlags GmbH 2002

Merkel, Wolfgang (u.a.) (Hg.): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen, Leske und Budrich 2003

Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahresschrift 48 (3) 2007, S. 413-433

Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden, VS Verlag 2010

Nadjivan, Silvia: Serbien. Europavorstellungen und –mythen im Dienste staatlicher Kontinuität und Diskontinuität. In: Džihic, Vedran (u.a.) (Hg.): Europa – Verflucht

begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien. Wien, Braumüller Verlag 2006, S. 157-215

O'Donnell, Guillermo (u.a.) (Hg.): Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives. Baltimore, The Johns Hopkins University Press 1991

Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/Main (u.a.), Campus Verlag 1994

Paić, Hrvoje: Kroatien. Europa- und Balkanvorstellungen in Kroatien. In: Džihic, Vedran (u.a.) (Hg.): Europa – Verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien. Wien, Braumüller Verlag 2006, S. 95- 156

Passin, Christian/Felkier, Artur: Kroatien auf dem Weg in die EU. Konrad Adenauer Stiftung, Wien 2005.

Popov, Nebojša: Der Blick zurück ist ein Blick nach vorn. In: Holenstein, Rene: Dieses Schicksal unterschreibe ich nicht. Gespräche im Balkan. Zürich, Chronos Verlag 2007, S. 18-39

Ramet, Sabrina P.: The Three Yugoslavias. State-Building and Legitimation, 1918-2005. Washington D.C., Woodrow Wilson Center Press 2006

Sadkovich, James J.: Franjo Tuđman: An Intellectual in Politics. In: Ramet, Sabrina P. (u.a.) (Hg.): Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations. München, R. Oldenbourg Verlag 2008, S. 59-85

Schweiger, Michael: Entwicklung der Zivilgesellschaften in den Nachfolgestaaten der zerstörten SFR-Jugoslawien. Linz, Trauner Verlag 2005

Segert, Dieter: Die Grenzen Osteuropas. Frankfurt/Main, Campus Verlag 2002

Segert, Dieter: Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe. In: Berliner Debatte Initial 20, Berlin 2009, S. 104-119

Solem, Knut Erik: Croatia, Regional Cooperation, and the EU. In: Ramet, Sabrina P./Matić, Davorka (Hg.): Democratic Transition in Croatia. Value Transformation, Education & Media. Texas, A&M University Press 2007, S. 300-325

Staničić, Damir (Hg.): Croatia on its Way towards the EU. Baden-Baden, ZEI (53) 2002

Strohmaier, Robert: Die Ideologie der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) in der Ära Franjo Tudjman. Historische Determinanten und Entwicklung. München, Liliana Djeković Verlag 2004

Sundhaussen, Holm: Serbiens extremes Zeitalter. In: Becker, Jens/Engelberg, Achim (Hg.): Serbien nach den Kriegen. Frankfurt/Main, Suhrkamp Verlag 2008, S. 28-56

Tilly, Charles: Democracy. Cambridge (u.a.), Cambridge University Press 2007

Todorova, Maria: Die Erfindung des Balkans. Europas bequemstes Vorurteil. Darmstadt, Primus Verlag 1999

Trauner, Florian: The Europeanisation of the Western Balkans. EU justice and home affairs in Croatia and Macedonia. Manchester (u.a.), Manchester University Press 2011

Trgovčević, Ljubinka: Did the Yugoslav Idea belong to the European National Ideas of the 19<sup>th</sup> century? In: Heuberger, Valeria/Vyslonzil, Elisabeth (Hg.): Serbia in Europe. Neighborhood Relations and European Integration. Wien, Lit Verlag 2006, S. 3-13

## 9.1. Internetquellen

„Blickpunkt Kroatien“ (diverse Ausgaben): In: Friedrich-Ebert-Stiftung (letzter Abruf: 1.12.2011): <http://www.fes.hr/>

„Nur die Vergangenheit kann die Gegenwart erklären“. In: Politik und Unterricht (letzter Abruf: 30.11.2011): [http://www.politikundunterricht.de/3\\_97/puu973e.htm](http://www.politikundunterricht.de/3_97/puu973e.htm)

Andrić, Ivo: Die Brücke über die Drina. In: (letzter Abruf: 30.11.2011) <http://www.chakotay.de/andric/>

Angelova, Penka: Der Balkan - Eine Landschaft als Schicksal? In: INST (letzter Abruf: 30.11.2011) <http://www.inst.at/berge/perspektiven/angelova.htm>

Blackie, Duncan (u.a.): Der Zerfall Jugoslawiens und der Krieg auf dem Balkan. Warum eine Intervention des Westens keine Lösung ist. In: Marxists.de (letzter Abruf: 30.11.2011): <http://www.marxists.de/war/jugoslaw/jugoslawien.jpg>

Damalige Grenzen Kroatiens? In: Diskussionsforum *Balkanforum* (letzter Abruf: 30.11.2011): <http://www.balkanforum.info/f16/damalige-grenze-kroatiens-64722>

Der Mörderstaat der Ustascha. Der „Unabhängige Staat Kroatien“ – die katastrophalste Schöpfung von Hitlers „Neuordnung“ In: Der Online-Standard (letzter Abruf: 1.12.2011): <http://derstandard.at/1547365>

EU- Parlament stimmt Kroatiens EU-Beitritt zu. In: Die Presse online (letzter Abruf: 2.12.2011): [http://diepresse.com/home/politik/eu/713424/EUParlament-stimmt-Kroatiens-EUBeitritt-zu? vl\\_backlink=/home/politik/eu/index.do](http://diepresse.com/home/politik/eu/713424/EUParlament-stimmt-Kroatiens-EUBeitritt-zu?_vl_backlink=/home/politik/eu/index.do)

Grenzstreit: Slowenien blockiert Kroatiens EU-Beitritt. In: Spiegel Online (letzter Abruf: 1.12.2011): <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,621517,00.html>

Historischer Überblick Serbien (und andere verwandte Themen). In: FiFo Ost (letzter Abruf: 1.12.2011): <http://www.fifoost.org/wordpress/?p=1661>

Kroatien rückt näher in Richtung EU-Mitgliedschaft. In: EU-Nachrichten (letzter Abruf: 1.12.2011): [http://europa.eu/news/external-relations/2011/03/20110302\\_de.htm](http://europa.eu/news/external-relations/2011/03/20110302_de.htm)

Kroatiens EU-Beitrittsverhandlungen abgeschlossen. In: Zeit Online Politik, Ausland (letzter Abruf: 1.12.2011): <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-06/kroatien-beitritts-verhandlungen>

Länderdaten Kroatien. In: Pro Holz Zukunftsregion online (letzter Abruf: 1.12.2011): <http://www.zukunftsregion.org/Desktopdefault.aspx/tabid-1182/>

Letzter Fortschrittsbericht der EU-Kommission zu Kroatien (letzter Abruf: 1.12.2011): [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2011/package/hr\\_rapport\\_2011\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/hr_rapport_2011_en.pdf)

Wanderkarte Balkan-Gebirge. In: Mountain Maps. Maps of Balkan (letzter Abruf: 1.12.2011): [http://www.mapsofbalkan.com/shop/product\\_info.php/products\\_id/55](http://www.mapsofbalkan.com/shop/product_info.php/products_id/55)

Wessel, Reinhard: Steht Kroatien vor einem Machtwechsel bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011? In: Länderbericht Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (letzter Abruf: 1.12.2011): [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28647-1522-1-30.pdf?111101152712](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28647-1522-1-30.pdf?111101152712)

## 10. Abstract (deutsch/englisch)

Im Vergleich zu den Transformations- bzw. Demokratisierungsvorgängen autoritärer Systeme insbesondere während den 1970er Jahren zeigte sich im Fall des Wandels in Osteuropa, dass viele der bisherigen Vorstellungen an Gültigkeit verloren hatten. Ein *Transitionsparadigma* (Carothers 2002), das vor allem von US-amerikanischen und anderen westlichen Wissenschaftler/innen als einleuchtende Erklärung genutzt wurde und den Siegeszug der Demokratie weltweit erklären sollte, stellte sich immer mehr als zumindest teilweiser Trugschluss heraus. Vielmehr brachten die folgenden Jahre nach der *Öffnung des Ostens* höchst unterschiedliche Ergebnisse hervor.

Dies wird am Beispiel der Länder des ehemaligen Jugoslawien – möglicherweise mit der Ausnahme Sloweniens – sehr gut deutlich. Kroatien konnte so erst nach einem mehrere Jahre andauernden gewaltsamen Konflikt seine Unabhängigkeit bestätigen. Weiters bedeutete dessen Ende lange Zeit nicht die automatische Konsolidierung der Demokratie. Bis heute gibt es zudem nicht vollends gelöste Fragen des Territoriums des Staates.

Zwar soll das Modell eines Transitionsparadigmas nicht gänzlich verworfen werden, da es selbst für Kroatien durchaus wichtige Impulse abgeben konnte. Jedoch wird es in solchen Fällen notwendig, alternative theoretische Erklärungsmuster aufzugreifen sowie insbesondere Faktoren wie vorangegangene Entwicklungsphasen, religiöse, soziale, gesellschaftliche und andere Bedingungen in die Forschung einzubeziehen. So lassen sich mit Gründe für das zeitweilige Scheitern bestimmter Ansätze finden, die vormals den Anspruch universeller Gültigkeit erhoben haben.

Die Erfahrung einer über Jahrhunderte andauernden Fremdherrschaft lastete so zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf den Schultern vieler Kroat/innen. Ähnlich verhielt es sich mit Serbien, das sich jedoch früher eine Unabhängigkeit erkämpfen konnte. Die Situation des Zerfalls des Habsburgerreiches führte zur Idee eines gemeinsamen südslawischen Reiches, wobei die Dominanz serbischer Ideen bereits dem Wunsch Kroatiens nach mehr Autonomie gegenüberstand. Ein folgender Bürgerkrieg hatte seinen Höhepunkt in der Zeit des 2. Weltkriegs und mit der Besetzung Jugoslawiens durch die Mittelmächte.

Die Errichtung eines faschistischen Marionettenstaates Kroatien hinterließ dauerhaft Wunden vor allem im Verhältnis zu Serbien. Nach dem Ende des Krieges folgte eine Neugründung Jugoslawiens, diesmal unter kommunistischen Vorzeichen und mit der scheinbaren Gleichstellung seiner Völker. Diesmal kam es zu Racheakten der anti-faschistischen Einheiten und zum Versuch eine gemeinsame Identität mittels eines Auflösens des kroatisch-serbischen Gegensatzes zu erreichen. Vor allem nach dem Kroatischen Frühling sah man das bestehende Konfliktpotential. Tito versuchte durch eine neue föderale Verfassung die Zeit nach seinem Tod zu regeln. Jedoch brachen die alten Gegensätze, vermengt mit der Geschichte und nationalen Mythen Kroatiens und Serbiens wieder hervor.

Das *Dilemma der Gleichzeitigkeit* (Offe 1994) beschreibt die Schwierigkeiten, denen Länder wie Kroatien zu Beginn der 1990er Jahre ausgesetzt waren und die teilweise bis heute wirken. So war der Systemwandel nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher und ein staatlicher. Der Wunsch nach einem eigenen, kroatischen Staat sollte dabei von der neuen Regierung in den Mittelpunkt gestellt werden.

Die Ära Tuđman erwies sich in Folge dessen als maßgeblich für den Aufbau und die Konstruktion einer kroatischen Identität seit dem frühen Mittelalter, die sich allerdings nationalistischer Symbolik bediente. Die Politik der Minderheitendiskriminierung und ein autoritärer Kurs verhinderten eine schnelle Konsolidierung der Demokratie. Nach Abwahl der HDZ im Jahr 2000 führten v.a. institutionelle Reformen und ein liberalerer Gesamtkurs zur erheblichen politischen Verbesserung. Das manchmal angespannte Verhältnis zum (westlichen) Ausland löste sich in den Folgejahren weitgehend.

Der Weg in Richtung EU ist ebenfalls von Schwierigkeiten gekennzeichnet. Tuđman versuchte durch Neuinterpretation der Geschichte Kroatiens als ureuropäisches Volk außerhalb des Balkans und dessen Werten darzustellen. Allerdings wurden gerade dadurch innere Konflikte geschürt, die eine schnellere Annäherung des Landes an die EU zusätzlich erschwerten. Es ergaben sich eine Reihe anderer Probleme, die einen Beitritt Kroatiens in die Europäische Union noch mehr verhindern sollten. Das waren neben inneren Fragen wie notwendigen Reformen zur Verbesserung der Justiz, der Liberalisierung und der Bekämpfung von Korruption äußere Hindernisse, wie etwa die Zusammenarbeit mit dem ICTY oder v.a. ein Grenzstreit mit Slowenien.

Mittlerweile ist der Weg in die EU – für viele gleichbedeutend mit einem Weg *nach Europa* – geebnet und es hat sich das (politische) Verhältnis zu Serbien verbessert,

womit man mit einem baldigen Ende des „Balkanfluches“ für Kroatien und womöglich in weiteren Schritten für die gesamte Region Südosteuropa rechnen kann.

*English abstract:*

This Master's Thesis should ask whether Croatia is or will be able within the next years to reach its final goal and integrate fully into Europe and its therefore assumed values, which stand at least through stereotypes opposite to those of *the Balkans*.

Within this question it mainly describes the difficult and longer path Croatia took concerning reaching independence, democracy and finally „Europe“, this also means its way heading to the European Union.

The case of Croatia shows that the expectations of a so-called *Transition Paradigm* have mostly come to an end (Carothers 2002). In general, the countries of Eastern Europe were only partly able to transform quickly into a complete Democracy, even if they have fulfilled some assumptions of a transformation sometimes quite early. This grey zone is also where Croatia has been at least until the year of 2000.

For Croatia you can find many reasons for these difficulties mainly in its own complex history and the history of the Balkan region. Beginning with a short time as an own mythologized Kingdom, it afterwards was mostly dominated by Austrian, Hungarian or for the mediterranean part by Venezian (Italian) emporers. Lateron, as the Habsburg Monarchy has come to an end, Croatia connected with Serbia, which had a similar history, and with other slavic tribes of the region as the Slovenes.

The now pronounced state of Yugoslavia, which was also a monarchy, should have made the Croats possible to live within their own state with their slavic neighbors. But since it seemed that the Serbs more and more dominated the whole system, a civil war primarily between the Croats and the Serbs started. In the times of World War Two, a fascist puppet state of Croatia was founded with the help of the *Mittelmächte*. All „enemies“ of the state, mostly Serbs, where chased away or killed. But the same also happend to many Croats after the defeat of the Third Reich. Another Yugoslavia was built up, now as a communist state. Again conflicts between the tribes began to rise but ist leader Tito tried to suppress any national feeling.

The final state collapse again opened old wounds. History and historical myths found their way into the new reality of a divided country. The *Dilemma of Simultaneity* (Offe 1994) tries to describe the reasons why it was even harder for transitional countries like Croatia to become a democracy than it was for others before. One reason is that Croatia never has been a democracy and therefore has had none such experiences. But the transformation also concerned the economical change from communism to capitalism as another huge and difficult change. The third reason can be found in the territorial situation because Croatia had to build up a somewhat new state.

War conflicts with the Serbs have not only been about the Yugoslav state itself but also about the borders of an independent Croatia. The leader of the new party HDZ, Franjo Tuđman, became known as the leader of the country for almost a decade. In this time many old and new stereotypes about the Serbs and the Balkans, but also about Europe itself were produced. While his political style was rather authoritarian, he tried to make a connection to the *progressive Europe* of which Croatia obviously was a part of and he made a strong demarcation to the *backwarded* Balkans. Ironically this was not only an obstacle for democracy but also for a better connection to Western Europe and the European Union. Still, for some aspects this period of time may have been a somewhat necessary step for the country's search for its own identity.

After the change of the government a new political course could finally start. Although the new leading parties only stayed in power for three years, the following period was very important for the consolidation of democracy in the country at several stages. Still, many problems stayed at least for a while and others may have appeared again. High rates of corruption and institutional lacks are only some, but also struggles in foreign policy affairs e.g. with Slovenia came up.

Now, after many political and economic reforms and with the liberalisation of law – e.g. concerning the rights of minorities – as also with the conciliation of some border disputes it seems that Croatia can fulfil the last big step towards a membership in the European Union in 2013.

Another important political action was the reconciliation with Serbia and the Balkans as a region as well as an idea in mind. From an optimistic point of view, the goal of overcoming a long lasting „Balkan curse“ may also be reached within the near future.

## 11. Lebenslauf

**Name:** Philipp Emanuel Hatzoglos

**Geboren am/in:** 11.12.1981, Aachen (D)

**Wohnort:** Wien

**Staatsbürgerschaft:** Österreich

**Erreichbarkeit:** [philipp.hatzoglos@aon.at](mailto:philipp.hatzoglos@aon.at)

### **Ausbildung:**

#### ***Pflichtschule und AHS***

1988 – 1992 Volksschule Hadersdorf, 1140 Wien

1992 – 1993 Sacré Coeur Preßbaum, Niederösterreich

1993 – 2000 Theresianische Akademie, 1040 Wien (**Matura**)

#### ***Universität***

2001 – 2003 Rechtswissenschaften, Universität Wien (einzelne Kurse)

2003 – 2008 Europäische Ethnologie, Universität Wien (**Bachelorstudium**)

2009 – 2012 Politikwissenschaften, Universität Wien (**Masterstudium**)

#### ***Sonstiges***

2008 – 2011 Sprach- und EDV-Kurse, diverse Institute in Wien

### **Berufliche Tätigkeiten:**

1999 – 1999 Praktikum Creditanstalt, 1070 Wien

2000 – 2000 Catering Do&Co, 1010 Wien

2000 – 2001 Präsenzdienst Garde, Wien und Niederösterreich

2002 – 2005 Promotions Young Enterprises, 1090 Wien

2005 – 2006 Catering Manpower, 1010 Wien

2007 – 2011 Einsatzbetreuer Europ Assistance, 1220 Wien

### **Sprachenkenntnisse:**

**Deutsch:** Muttersprache

**Englisch:** sehr gute Kenntnisse (Wort und Schrift)

**Französisch, Latein, Russisch, Spanisch:** Schulkenntnisse (Wort und Schrift)

**Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Neugriechisch:** Grundkenntnisse (Wort und Schrift)

## 12. Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

HATZOGLOS, Philipp Emanuel

Nachname, Vorname/n

03.12.2011

Datum



(Unterschrift)